

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



## **Zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt !**

Ein neues, integratives Bürgerbeteiligungskonzept für unsere Stadt.  
Das Innovationsprojekt zum Erfurter Zukunftspreis 2012

Eingereicht vom BUND-Stadtverband Erfurt e.V., am 15.04.2012;  
vertreten durch: Inken Karst (1.Vorsitzende), Robert Bednarsky (Vorstand)  
Alexandra Schubert (Geschäftsführerin ); Trommsdorffstr.5, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361- 555 03 40; Mail:bund.erfurt@bund.net;  
Internet: [www.vorort.bund.net/erfurt](http://www.vorort.bund.net/erfurt)

Inhaltsverzeichnis.....	S.2
<b>0. Vorrede und Zusammenfassung.....</b>	<b>S.3-9</b>
<b>I: Reflexionen über Politik in praktischer Absicht .....</b>	<b>S.9-30</b>
I.1. Notwendigkeit der Begriffsarbeit, zentrale Fragestellung.....	S.9-12
I.2. Zukunftsfähigkeit und pragmatischer Demokratiebegriff .....	S.13-30
I.3. Zehn Erfolgsfaktoren für eine demokratische Stadtkultur.....	S.30-31
<b>II. Das Konzept „zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt“ .....</b>	<b>S.32-96</b>
II.1. Was ist unter der „Bürgergesellschaft“ zu verstehen? .....	S.33-37
II.2. Die „Bürgerkommune“ als „Demokratie des Zuhauses“.....	S.37-52
II.3. Bisherige Bürgerbeteiligungssituation in Erfurt.....	S.52-71
II.4. Das neue Beteiligungsmodell: Zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt.....	S.71-96
II.4.1 Das gemeinsame Dach der drei Beteiligungsrollen.....	S.71-79
II.4.2 Beteiligung in der „Kundenrolle“.....	S.79-82
II.4.3 Beteiligung in der „Mitgestalterrolle“ .....	S.82-85
II.4.4 Beteiligung in der „Auftraggeberrolle“ .....	S.85-96
<b>III. Die Umsetzung der Konzeption und Anschubfinanzierung durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz (LAP- Lokale-Aktions-Pläne).....</b>	<b>S.96-100</b>
<b>IV. Umsetzungs- und Maßnahmenplanung.....</b>	<b>S.100-101</b>

**0. Vorrede und Zusammenfassung:** "Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden: konkret, lebendig, zupackend, mit Perspektive und gemeinsam mit den Menschen"<sup>1</sup>, so das Motto der 16 Oberbürgermeister, die im Oktober 2010 gemeinsame „Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung von Kommunen“ verabschiedet haben. Auch unser Oberbürgermeister, Andreas Bauswein, hat die Erklärung mit unterschrieben. „Wir, die Oberbürgermeister von .... sind überzeugt: Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt und auf der Grundlage generationengerechter Finanzen betreibt, ist die beste Basis für die Zukunft unserer Städte“<sup>2</sup>, heißt es im Eckpunktepapier. Und weiter: „Wir vertrauen auf die Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen der Menschen in unseren Städten. Umgekehrt ermöglichen wir politische Teilhabe und schaffen so Vertrauen, wenn wir zeigen, dass uns dieses Wissen wichtig ist. Die parlamentarische Demokratie, aber auch kommunale und landesweite Bürger und Volksbegehren sind für uns die Grundlage für partizipative Ansätze. Wir halten die kommunale Ebene als den Ort, wo Demokratie am unmittelbarsten erfahren und gelebt wird, für am besten geeignet, direktdemokratische Elemente zu erproben und dauerhaft zu implementieren. Wir ermöglichen Beteiligung deshalb nicht nur, sondern fordern die Mitwirkung und Verantwortungsübernahme auch ein. Eine echte Beteiligung fordert von der Öffentlichkeit Engagement. Die Beteiligten sollen Mitverantwortung für Umsetzung, Ergebnisse und Wirksamkeit übernehmen.“<sup>3</sup>

**Wir begrüßen dieses Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Stadt Erfurt von der „repräsentativen zur partizipativen Demokratie“! Wie dieser Reformprozess konkret aussehen könnte, welche institutionellen Strukturen im Vorfeld gesetzlicher Normierungen für eine verbindliche, ernsthafte Bürgerbeteiligung geschaffen werden müssten, das will diese Arbeit, unsere Beteiligung am Zukunftspreis 2012 aufzeigen.** Dazu legen wir unser „Politikverständnis“ und insbesondere unseren „Demokratiebegriff“ offen (vgl. Kapitel I). Zentral sind für uns auch die Begriffe „Bürgergesellschaft“ (vgl. Kapitel II.1) und „zukunftsfähige Bürgerkommune“, als die „Demokratie des Zuhauses“ (J.Dewey), wie Kapitel II.2 es zeigen wird. Der BUND Deutschland e.V. gehört seit seiner Gründung zu den aktivsten Teilen der Bürgergesellschaft, der sich für „...die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen,

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltige-stadt/>

<sup>2</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere\\_Nachhaltige\\_Stadt\\_Oktober\\_2010.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf), Seite 3

<sup>3</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere\\_Nachhaltige\\_Stadt\\_Oktober\\_2010.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf), Seite 5

soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene, solide, selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Länder“<sup>4</sup> dieser Erde einsetzt. „Klimaneutral wirtschaften, integrierte Verkehrskonzepte durchsetzen, Innenstädte sanieren, anstatt weiter auf der Grünen Wiese zu bauen: Kommunen sind ein wichtiger Akteur für ein zukunftsfähiges Deutschland. Hier kann vor Ort lebensnah und praktisch gezeigt werden, was eine nachhaltige Politik mit guten Konzepten erreichen kann. Kommunen können wesentlich zur Umsetzung der Umweltziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beitragen. Doch es geht um mehr als Umweltpolitik: Nachhaltigkeit heißt auch, dass Umwelt- und Sozialpolitik zusammengedacht und wirtschaftliche Fragen einbezogen werden. Im Idealfall entlastet mehr kommunaler Klimaschutz die knappen Haushaltskassen – und nicht umgekehrt“<sup>5</sup>, kann man auf unserer Website zum Stichwort „zukunftsfähige Kommunen“ nachlesen.

Im Rahmen einer im Jahr 2011 ausgerichteten Workshop-Reihe zum Thema „zukunftsfähige Kommune“ fanden in unterschiedlichen Regionen – im Süden, Osten, Norden und in der Mitte Deutschlands – insgesamt vier Veranstaltungen in den Städten Mannheim, Hamburg, Kassel und Erfurt (am 3.Sept. 2011 im Augustinerkloster und auf der Lagune) statt. In Fortsetzung dieser intensiven Gespräche **legt der BUND-Stadtverband-Erfurt e.V. hier eine Bürgerbeteiligungskonzeption für seine Stadt vor, die die vorhandenen, eher unsystematischen und z.T. im „Dornrösschenschlaf“ (Bürgerbeteiligungshaushalt) befindlichen Beteiligungsinstrumente (vgl. Kapitel II.3) zu einem „integrierten Zukunfts-und Modernisierungskonzept mit strategisch agierendem Bürgernetzwerk“ (in der Bürger- oder Stakeholdergesellschaft) ausbauen will (vgl. II.4.1.-4.).** Das es hier um die Institutionalisierung der *informellen, nicht-formalisierten Bürgerbeteiligung* geht und nicht um die *formelle Beteiligung*, wie z.B. im passiven und aktiven Wahlrecht oder bei den Volks-,Bürgerbegehren und Volks-, Bürgerbescheide auf Landesebene sowie der kommunalen Ebene oder schließlich im Rahmen von umweltrelevanten Planungs- u. Genehmigungsverfahren, sei ausdrücklich betont. Zu den formellen Beteiligungsverfahren, die es auch noch zu verbessern gilt, hat der BUND ein Fünf-Punkte-Papier herausgegeben, auf das wir hier nur verweisen wollen.<sup>6</sup> Uns geht es um die Verbess-

---

<sup>4</sup> Wegmarken für einen Kurswechsel. Eine Zusammenfassung der Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt' des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, hrsg. vom BUND e.V. und evangelischer Entwicklungsdienst (eed) und Misereor-Brot für die Welt, S.5

<sup>5</sup> [http://www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/nachhaltigkeit/zukunftsfaeihige\\_kommune/](http://www.bund.net/themen_und_projekte/nachhaltigkeit/zukunftsfaeihige_kommune/)

<sup>6</sup> BUND e.V., Fünf-Punkte-Programm zum Ausbau und zur Effektivierung der Bürger- und Verbandsbeteiligung

erung der den Planungsvorhaben weit vorausliegenden, Bürgerbeteiligung, die deshalb „informelle“ oder „nicht-formalisierte“ genannt werden. „Unter nichtformalisierter Bürgerbeteiligung lassen sich alle Formen von Gesprächsrunden, Dialog-Veranstaltungen und Beteiligungsstrukturen zusammenfassen, die nicht im gesetzlichen oder kommunalpolitischen Rahmen vorgeschrieben sind. Nichtformalisierte Beteiligungsverfahren haben als solche.. keine demokratische Legitimation, wenngleich sie die demokratische Legitimität der repräsentativen Wählerdemokratie erhöhen können.“<sup>7</sup> Durch die *vornormierte Institutionalisierung* des hier vorgeschlagenen Konzepts der „zukunftsfähigen Bürgerkommune“, mit Rechten und Pflichten zwischen der Bürgerschaft und dem gewählten Rat, soll eine Verbindlichkeit, Ernsthaftigkeit im BürgerInnen-Dialog hergestellt, gewährleistet werden, sodass die repräsentativen Vertreter am Einfluss der Mitbestimmenden nicht so ohne weiteres vorbeisehen können. Für Veranstaltungen mit „scheindemokratischem Charakter“, ohne einen echten Willen zum Dialog, zwischen den gewählten Politikern und dem Souverän, die Bürgerschaft stehen wir u.a. „ethische Demokraten“ (vgl. Kapitel I.2) nicht zur Verfügung. Diese unsäglichen Veranstaltungen erhöhen nur die Kluft zwischen den (stetig zunehmend frustrierten) Wählern und den gewählten Politikern und demotivieren den (stetig abnehmenden) Rest, der sich noch aktiv für das Gemeinwohl einsetzen möchte. Wir bauen trotz der erheblichen Kritik an der repräsentativen Demokratie durch die BürgerInnen, auf deren grundsätzliches Wohlwollen, Zustimmung zu den demokratischen Werten. Denn „...über 50% der Befragten sind mit der demokratischen Situation hierzulande unzufrieden. Die Forderung nach mehr Beteiligung ist groß: Knapp 90% der Befragten fordern den Ausbau direktdemokratischer Elemente.“<sup>8</sup>

Das hier in Anlehnung aus der „Gouvernance-Theorie“<sup>9</sup>, mit ihrer Entdeckung der vielfältigen Akteure im Stadtentwicklungsprozess, vorgelegte Konzept der „zukunftsfähigen Bürgerkommune“ will dazu beitragen, dass eine  
-„höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz)

---

Version 2.0, Berlin Oktober 2011

<sup>7</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung. Überlegungen und Vorschläge, hrsg. von der Stadt Potsdam, September 20011

<sup>8</sup> Göttinger Institut für Demokratieforschung, Neue Dimensionen des Protests?, Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, Göttingen 2011, S.13

<sup>9</sup> Vgl. K.Selle, Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen, Kurzgutachten für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation, Aachen 2010, S.6ff.; im weiteren zitiert K.Selle, Gemeinschaftswerk?..., a.a.O., S.xx

- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung)
- Stärkung der Unterstützungsnetzwerke der Bürger (Solidarität)
- Entlastung der kommunalen Haushalte (Effizienz)
- bessere Politikerergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Effektivität)<sup>10</sup>

erreicht wird. Diese Ziele, die auch als Nutzen für die Stadt Erfurt verstanden werden können, wollen Antworten geben auf die langfristigen Trends, Krisen in der Gesellschaft, die da heißen: *Demokratie-, Legitimations-, Haushalts- u. Steuerungskrise sowie die Krise gesellschaftlicher Institutionen*. Eingebettet sind diese Teilkrisen im übergeordneten Dreieck der *Ökologie-Ökonomie- u. Sozialkrise*, zu dem in Kapitel II.2 mutig Stellung bezogen wird. Mit einer mehrdimensionalen Vorgehensweise und zielgerichteten Instrumenten der informellen Bürgerbeteiligung, die sich aus drei Beteiligungsrollen der Bürgerschaft ergeben, sollen die o.g. fünf Ziele angestrebt werden. „Es geht in der Bürgerkommune.. darum, parallel die Kunden-, Mitgestalter- und Auftraggeberrolle zu fördern. Die Beteiligung in der Auftraggeberrolle setzt bei der kommunalen Politikformulierung und Planung an..., während die Mitgestalter- und Kundenrolle in der Phase der Politikumsetzung greift. Die Kundenrolle meint eher die passive Beurteilung des kommunalen Outputs..., während unter der Mitgestalterrolle das aktive Mitproduzieren des Outputs... zu verstehen ist.“<sup>11</sup>

(Unterstreichung durch uns) Passgenauere und qualitativ gute Instrumente zu diesen *drei Säulen der Bürgerkommune* sowie das verbindende *Dach* mit seinen *vier Bausteinen (politikfeldübergreifende Koordination, professionelles Partizipationsmanagement, Delegation und Kulturwandel)* werden in Kapitel II.4.1-4 ausführlich dargestellt und zur Umsetzung empfohlen. Ein *professionelles Partizipationsmanagement*, das bürgerseitig autonom von einem „*Bürger Netzwerk (BNW)-Erfurt*“ und deren „*Demokratiebüro*“ gesteuert und verwaltungsseitig vom „*Bürgerbüro*“ als Stabsstelle beim OB unterstützt wird, will zu einem umfassenden *demokratischen Kulturwandel* in der Stadt Erfurt führen. Für die Umsetzung, Erreichung des sozialen Wandels werden sehr konkrete Vorschläge gemacht. **Die Ziele, Inhalte und Mittel (Instrumente) der informellen Bürgerbeteiligung für die o.g. drei Beteiligungsrollen Bürger/-Innen in ihrer „nachhaltigen oder zukunftsfähigen Bürgerkommune“ werden hier nur zusammenfassend aufgezählt:**

**a.) Instrumente für die „Kundenrolle“ der Bürger/-Innen:**

<sup>10</sup> Bogumil u.a. Das Reformmodell Bürgerkommune, Leistungen-Grenzen-Perspektiven, Berlin 2003, S.8

<sup>11</sup> Bogumil u.a. Das Reformmodell Bürgerkommune, a.a.O., S.23

- Ein direktes und für Erfurt besseres Online-Beschwerdemanagement.
- Ein ganzjährig geöffnetes Internetforum zur Abgabe von Vorschlägen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Stadt EF; gegliedert nach Themenbereichen (ähnlich wie das derzeitige Forum Erfurt).
- Gezieltere Nutzung der bisherigen Wohnungs- und Haushaltserhebungen um repräsentative Ergebnisse zu div. Themen und Problemlagen der BürgerInnen in seiner/ihrer Stadt zu erhalten.

**b.) Instrumente für die „Mitgestalterrolle“ der Bürger/-Innen:**

- Freiwilligenagentur ( vorhanden)
- Bürgerstiftung (vorhanden)
- Aufgabenübertragungen verschiedenster Art (tlw. vorhanden); primär zur Selbstverwirklichung von Initiativen/Gruppen und nur sekundär auch als Sparstrategie von uns gedacht.

**c.) Instrumente für die „Auftraggeberrolle“ der Bürger/-Innen:**

- Bürgerversammlungen, allgemein nach §15(1) ThürKO.
- Bürgerversammlungen, speziell für den neu vorgeschlagenen „strategischen Stadtentwicklungs-Bürgerbeteiligungshaushalt (BBH)“; ebenso nach §15(1) ThürKO, womit eine Quasi-Normierung stattfindet.
- Verbesserungsvorschläge in den fünf Phasen des „Jahres-BBH“ wird gemacht. Zusätzlich sollten repräsentative Bürgerbefragungen zum Haushalt oder zukünftig den bürgerseitig gesetzten Schwerpunkten davon durchgeführt werden, damit Informationsschieflagen aufgrund sozialer Ungleichheiten vermieden werden. Zielgruppenorientierte Ansprachen, nicht nur Mittelschicht orientierte Aktionen könnten Exklusionen verhindern. Insbesondere ist der Rechenschaftsbericht zukünftig zeitnah und Teilnehmerorientiert zu geben. Ebenso sind die Gründe für Nichtberücksichtigungen von Vorschlägen zu geben. Dass die Dokumentation & Archivierung der bisherigen Kommunikationsprozesse zu verbessern ist, wird ausgeführt.
- Neu werden die Instrumente Schul- u. Schülerbeteiligungshaushalte sowie Stadtteifonds vorgeschlagen um „Selbstwirksamkeit“ sehr dezentral und individuell und in Bezugsgruppen erfahrbar zu machen.
- Ferner werden gemäß den Ausführungen zum partizipativ-deliberativen Demokratiebegriff für den „strategischen Stadtentwicklungs-BBH“ die

dialogorientierten Instrumente, wie z.B. die „Runden Tische“ oder „Zukunftskonferenzen“, „Perspektivwerkstätten“ ins Gespräch gebracht. Auch das Instrument der „Bürgerforen nach dem Modell der Planungszellen“ gehört dazu.

- Neben dem zu verbessernden „Jahres-BBH“ sollte ein zusätzlicher „Mehrjahres-BBH“, der die mittel- und langfristige Finanzplanung der Stadt abbildet, eingeführt werden. Beide BBH sollten strategisch und inhaltlich mit dem seit Oktober 2008 vom Rat beschlossenen, „integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Erfurt 2020“ verknüpft sein. Erst damit wäre die „zukunftsfähige oder nachhaltige Bürgerkommune“ angezielt. Das *Zusammenspiel von strategischer „...Steuerung in der, aber keine von einem Zentrum ausgehende Steuerung der Stadtentwicklung“<sup>12</sup> und der Finanzierung dieser Entwicklung* ermöglicht allen Beteiligten eine ganzheitliche Sicht auf ihre Stadt, wird im Endbericht des NRW-Projektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“<sup>13</sup> ausgeführt. Die insgesamt 13 politisch legitimierten Handlungsfelder mit den definierten Zielen, Inhalten, die zu fünf thematischen Konzeptbausteinen mit div. Projekten verdichtet werden, müssten auch der Leitfaden für die Schwerpunktsetzungen des „*strategischen BBH-tes*“ sein, so unsere Auffassung. Auch die derzeit vorhandenen *Agenda21-Projekte* könnten den Bausteinen und zukünftigen Arbeitsgruppen im o.g., neuen „*Bürgernetzwerkes Erfurt*“ zugeordnet werden.

Die Umsetzung, vor allem die Anschubfinanzierung der vorgelegten Konzeption müsste durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz (LAP-Lokale Aktionspläne) erleichtert werden (vgl. Kapitel III). In Kapitel IV wird ein erster, noch grober Umsetzungs- u. Maßnahmenplan vorgetragen.

Leitend bei allen unseren Überlegungen zum vorgelegten, neuartigen Bürgerbeteiligungskonzept ist uns ein kantisch-pragmatisch orientierter Demokratiebegriff. Wenden wir uns nun dieser Begriffs-, und Konzeptionsarbeit im Detail zu. Denn ohne eine

---

<sup>12</sup> Vgl. K.Selle, *Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen*, Aachen 2010, S.10/58

<sup>13</sup> Vgl. Innenministerium & Bertelsmannstiftung, (Hg.), *Kommunaler Bürgerhaushalt. Ein Leitfaden für die Praxis*, Düsseldorf 2004, S.36f.



Begriffsklärung ist keine Politik, keine Verständigung über das gemeinsam Gewollte oder auch nicht Angestrebte möglich, wie wir sogleich zeigen werden.

## I. Reflexionen über die Politik in praktischer Absicht

**I.1. Notwendige Begriffsarbeit, zentrale Fragestellung:** In Anlehnung an die mehrfachen, öffentlichen Äußerungen des Alt-Kanzlers Helmut Schmidt, ist für ihn Politik die Fähigkeit zum Kompromiss zu kommen. Für Max Weber ist in seinem Vortrag im Revolutionsjahr 1919 „Politik“ „...die Leitung oder Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes, heute also: eines Staates.“<sup>14</sup> Und der „territoriale“ oder der auf eine Sprach-u.Kulturgemeinschaft bezogene „nationale Staat“ ist für Max Weber „...diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ‘Gebiet’, gehört zum Merkmal- das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.“<sup>15</sup> Hier ist bei Max Weber Kants „staatsförmige Rechtsdurchsetzung“<sup>16</sup> leitend. Darin, im Recht auf legitime Gewaltsamkeit steckt für Weber die Fähigkeit zur „Macht“, als „...Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“<sup>17</sup>, so seine viel zitierte Definition. Folgerichtig ist für Max Weber „Politik“ dann das „...Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“<sup>18</sup> Auch i.d. jüngeren Fachwissenschaft wird diese Sichtweise beibehalten, wenn Vittorio Hösle sagt: „Unter ‘Politik’ verstehe ich also Handlungen, die im Kontext von Machtkämpfen auf die Bestimmung und/oder Durchsetzung von Staatszwecken ausgerichtet sind.“<sup>19</sup>

Auf die Zwecke des Staates müssen wir hier nicht eingehen und auch nicht darauf, wann öffentliche, d.h. allgemein zu behandelnde Zwecke vorliegen bzw. wie sie

---

<sup>14</sup> M.Weber, Politik als Beruf, (1919), hrsg. von Marianne Weber, Heidelberg 1926, Nachdruck Stuttgart 1992,S.5

<sup>15</sup> M.Weber, Politik..., a.a.O.,S.6

<sup>16</sup> I.Kant, Immanuel Kant, Metaphysik der Sitten, Erster Teil: Anfangsgründe der Rechtslehre, (1797<sup>1</sup>: 1798<sup>2</sup>), hrsg. von Karl Vorländer nach der 1+2. Original-Auflage (s. Einleitung S.XLVIIIff.), unv. Nachdruck der 4.Auflage von 1922, Hamburg 1966, S.36 ( S. 231, AA, Bd.VI ); im weiteren als I.Kant, MS, a.a.O., S.xx zitiert

<sup>17</sup> M.Weber, Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie,(1911-13), 1.Halbband, §16, 5. rev. Aufl., hrsg. von J.Winkelmann, Tübingen 1976

<sup>18</sup> M.Weber, Politik..., a.a.O.,S.7

<sup>19</sup> Vittorio Hösle, Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21.Jahrhundert, München 1997, S.101

soziologisch entstehen und von privaten Zwecken zu unterscheiden sind. Gerade im Zeitalter der umfassenden Mediendemokratien und der sog. „Talkshow-Ersatzparlamente“ ist die Unterscheidung von „Öffentlichkeit“ und „Privatem“ nicht mehr so einfach zu treffen. Denn lt. dem polnisch-englischen Soziologen Zygmunt Baumann wird „die ‘Öffentlichkeit’ ..durch die ‘Privatsphäre’ kolonisiert; das ‘öffentliche Interesse’ reduziert sich auf die Neugier des Publikums, auf das Interesse am Privatleben von Figuren des öffentlichen Lebens, und die Kultur der Öffentlichkeit schnürt zusammen auf die öffentliche Darstellung privater Affären und das öffentliche Eingeständnis privater Gefühle (je intimer, desto besser).“<sup>20</sup> Das „Öffentliche“, die „...Suche nach gemeinsamen Anliegen und nach der angemessenen Art und Weise, darüber und über die Prinzipien des guten Lebens zu verhandeln..., sich ein (politisches; E.Ä.) Netzwerk zu schaffen und Kontakte zu knüpfen“<sup>21</sup>, geht im Zeitalter des Boulevards verloren, stellen wir fest. Hier will das unten dargestellte Konzept der „zukunfts-fähigen Bürgerkommune“ z.B. auch gegensteuern!

Um ein öffentliches Netzwerk aufbauen und politisch verhandeln zu können, bedarf es aber der wichtigen Kulturtechnik der Sprache und anderer Fähigkeiten, wie Kapitel I.3 zeigen wird. Sprache über die pol. Realitäten benötigt Begriffe, sagt uns die politische Philosophie, z.B. die neukantische orientierte Partizipationstheorie. „Mit dem Begriff lässt sich das Wirkliche in Perspektiven rücken, in denen es verbindlich beurteilt und gemeinsam behandelt werden kann. Der Begriff zeigt an, dass sich Individuen mit Bezug auf einen Sachverhalt verständigen (wollen, E.Ä). In ihm sind verschiedene Menschen mit ihrem individuellen Bewusstsein (erstmal) auf *ein und dasselbe* bezogen, so dass sie in der (erstmal möglichen) exakten Absprache *ein und dasselbe* (oder aber ausdrücklich *Verschiedenes*) tun können. Ohne Begriffe gäbe es keine Kooperation und ohne Kooperation keine Politik“<sup>22</sup>, sagt der „Neukantianer“<sup>23</sup> Volker Gerhardt. Das die **Begriffsarbeit** nicht schon deshalb obsolet ist, weil die Wirklichkeit widerständig, wandelbar, flüchtig etc. ist, das können wir bei Gerhardt mit Kritik an seichte Kulturkritiker (und Denkfaule obendrein, ergänzen wir)

---

<sup>20</sup> Zygmunt Baumann, *Flüchtige Moderne*, (engl. 2000), Frankfurt/a.M. 2003, S.49

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Volker Gerhardt, *Partizipation. Das Prinzip der Politik*, München 2007, S.387f.; im weiteren V.Gerhardt, *Partizipation...*, a.a.O., S.xx zitiert

<sup>23</sup> So betitelt der em. Philosoph Herbert Schnädelbach alle jene Denker, die in der Tradition des „Großen Aufklärers“ Immanuel Kant stehen und in dessen Geist die Zeit in eigene Gedanken (Hegel) fassen. Vgl. H. Schnädelbach, *Unser neuer Neukantianismus*, (1992), in: ders., *Philosophie der modernen Kultur*, Frankfurt/a.M. 2000, S. 43ff.

einige Zeilen zuvor lesen. Mit dem ehemaligen Dekan des Max-Weber-Kollegs an der Universität Erfurt, Prof. Hans Joas, sagen wir, das die „Schwierigkeiten den richtigen Begriff zu finden, ...meist auch Schwierigkeiten in der Sache (signalisieren; E.Ä.). Diese lassen sich gegenwärtig in den Programmdiskussionen aller politischen Parteien ... identifizieren, da sie alle ihr Verständnis der Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft oder zwischen Individuum und Gemeinwesen neu justieren müssen.“<sup>24</sup> Im **Kern** geht es ihnen und uns und den darüber reflektierenden Sozialwissenschaften um die Antwort auf die gemeinsame **Fragestellung: „Durch welche gesellschaftlichen Kräfte kann gesichert werden, dass Markt und Staat als die beiden dominierenden Mechanismen moderner Vergesellschaftung durch ein drittes Prinzip relativiert und modifiziert werden- so dass wir nicht vor der Alternative stehen, entweder die Folgen unregulierten Marktgeschehens einfach passiv hinzunehmen oder umgekehrt zu ihrer Bewältigung ausschließlich auf staatliche Interventionen zu setzen mit der Gefahr einer erstickenden Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens?“**<sup>25</sup> (Hervorhebung durch uns).

Der Begriffe, „Theorien (Hypothesen) mittlerer Reichweite“<sup>26</sup> gibt es viele als Antworten auf das Dazwischen von Staat und Wirtschaft, Politik und Ökonomie zur Stärkung des „Gemeinwohls“, „Gemeinsinns“. „Vertrauen“, „Soziales Kapital“, „Dritter Weg“, „Kommunitarismus“, „politischer Republikanismus“, „Zivil-oder Bürgergesellschaft“ sind die angebotenen Vermittlungskonzepte von Markt und Staat. Wir werden im Folgenden den Terminus „*Bürgergesellschaft*“ verwenden, der auf kommunaler Ebene „*Bürgerkommune*“ heißt (s.u. Kapitel II.1-2), weil er u.E. die Wirklichkeit der Machtrelativierung (Limitierung und Legitimierung) von Markt und Staat am Geeignetesten bestimmt, werden wir begründen. Zuvor müssen wir aber noch das Adjektiv „*zukunftsfähige*“ Bürgerkommune bestimmen, damit uns nicht das passiert, was mit dem schwammigen Begriff der „*Nachhaltigkeit*“ oder der „*nachhaltigen Kommune*“ geschieht. Man beruft sich allzu gern in Sonntagsreden auf das „Gebot der

---

<sup>24</sup> H.Joas, Ungleichheit in der Bürgergesellschaft: Über einige Dilemmas des Gemeinsinns, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25-26/2001, S.3 ([www.bpb.de/pubkationen/C4P9PH.html](http://www.bpb.de/pubkationen/C4P9PH.html))

<sup>25</sup> H.Joas, Ungleichheit..., a.a.O., S.1

<sup>26</sup> Diese Bezeichnung wurde 1962 von Robert K. Merton i.d Methodologie-Diskussion der Sozialwissenschaften eingebracht, um den Unterschied zu dem Universalismus, den Gesetzaussagen der Naturwissenschaften und mancher totaler Gesellschaftstheorien (orthodoxer Marxismus o. Marktradikalismus) sowie psychologisierender Mikrotheorien aufzuzeigen. Theorien mittlerer Reichweite gelten nicht für alle Gesellschaften und nicht zu jeder Zeit. Musterbeispiel ist Max Webers Ableitung des Kapitalismus aus dem „Geist des Protestantismus“ (1904/05) oder Emile Durkheims Anomietheorie (1897); vgl. R.K.Merton, Social Theory and Social Structure, [1949] 1968 (dt. Soziologische Theorie und soziale Struktur. 1998)

Nachhaltigkeit“, macht es auch schon mal zur Chefsache<sup>27</sup>, aber in der Alltagspraxis fehlt es dann an den notwendigen Konsequenzen bei der Umsetzung in politische Beschlüsse und Verwaltungshandeln. Ebenso werden wir uns mit dem „*Demokratie-begriff*“ befassen müssen, damit wir an das neue Konzept der „*zukunfts-fähigen Bürgerkommune Erfurt*“ nicht die falschen Erwartungen herantragen. Sowohl eine Überforderung der Bürgerschaft, als auch eine Unterforderung der gewählten Politik (samt ihrer umsetzenden Verwaltungen auf verschiedenen Ebenen sowie nach Fachgebieten gegliedert) und der Wirtschaft gilt es zu vermeiden.

---

<sup>27</sup> Die Oberbürgermeister 16 deutscher Städte (auch der OB von Erfurt ist dabei; E.Ä.) haben von der Bundes- u. Landespolitik mehr Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanz-, Wirtschafts- und Klimapolitik gefordert, kann auf der Website des „Rates für nachhaltige Entwicklung“ gelesen werden. Vgl. [www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltige-stadt/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltige-stadt/).

## **I.2. „Zukunftsfähigkeit“ und „pragmatischer Demokratiebegriff“:**

„Mit Strategien oder strategischen Prozessen versucht ein Gemeinwesen, den Lauf der Welt langfristig und möglichst stark zu beeinflussen“<sup>28</sup>, sagt ein weiterer Kant-Freund, der Tübinger Philosoph Otfried Höffe. Abweichend vom militärischen Ursprung bedeutet die zivile Variante der Strategie, keinen Sieg zu erringen, sondern man bemühe sich um ein „...planvolles und methodisches Vorgehen im Dienst einer möglichst guten Zukunft“<sup>29</sup>, lesen wir weiter. Umgangssprachlich wird der Ausdruck Strategie oft mit der Taktik verwechselt oder überhaupt sehr unspezifisch benutzt. Man verliert sich dann in Mittelwahldiskussionen und verliert die Zielsetzungen ganz aus den Augen oder hat gar keine. Dass es überall bei knappen Ressourcen und unersättlichen Ansprüchen der Agierenden Zielkonflikte gibt, weiß die Erfahrung, d.h. die menschliche Praxis zu allen Zeiten zu berichten. Beispiele könnten wir hier im aktuellen Handlungsbereich der Armutsbekämpfung, des Klimaschutzes, der Energieversorgung oder in der Wachstumsdebatte ausführen. Dass Ziele darüber hinaus auch verfehlt werden können, weil falsche oder sehr einseitige Operationalisierungen verwendet werden, zeigt z.B. der derzeitige Wohlstandbegriff. Wer Wohlstand gleichsetzt mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), das nur Messgröße für wirtschaftliches Wachstum ist, der operationalisiert das Ziel der Lebensqualität einer Gesellschaft falsch bzw. macht es sehr einseitig messbar und verfehlt es natürlich auch, weil weder das Ziel eindeutig bestimmt ist, noch das Wissen um die einzusetzenden Mittel dann vorhanden sein kann. Dass darüber hinaus die Wohlstandsmehrung nicht alleiniges Staatsziel sein kann, das wissen die Aufgeklärteren. Spätestens seit Platon/Aristoteles wissen wir, das der Staat zuallererst für die „Gerechtigkeit“<sup>30</sup>, das „gerechte Recht“<sup>31</sup> zu sorgen hat. Das die neuzeitliche Philosophie auch andere Kriterien der Sittlichkeit eingeführt hat, nämlich „...Hobbes... individual-pragmatischer Maßstab des Selbstinteresses oder des eigenen Wohlergehens; (oder; E.Ä.) das sozialpragmatische oder utilitaristische Kriterium des Wohlergehens aller Betroffenen...“<sup>32</sup> oder zumindest das einer größtmöglichen Zahl von Betroffenen, das wissen die Beleseneren von uns. Die jüngste Gerechtigkeitstheorie von J.Rawls sowie die

---

<sup>28</sup> O.Höffe, Ist die Demokratie zukunftsfähig?, München 2009, S. 16; im weiteren als O.Höffe (2009)... zitiert

<sup>29</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.124

<sup>30</sup> Vgl. Platon, Der Staat. Über das Gerechte, übersetzt u. erl. von K.O. Apelt, 11.Aufl. Hamburg 1989

<sup>31</sup> „Die Gerechtigkeit aber, der Inbegriff aller Moralität, ist ein staatliches Ding. Denn das Recht ist nichts anderes als die in der staatlichen Gemeinschaft herrschende Ordnung, und eben dieses Recht ist es auch, das über das Gerechte entscheidet.“ Aristoteles, Politik, übersetzt von Eugen Rolfes, 4. Aufl. Hamburg 1981, S.5f.

<sup>32</sup> O.Höffe, Den Staat braucht selbst ein Volk von Teufeln. Philosophische Versuche zur Rechts- und Staatsethik, Stuttgart 1988, S.49; im weiteren zitiert als O.Höffe (1988), a.a.O., S.xx

Diskurstheorie der Ethik von Apel und Habermas widersprechen den Utilitaristen und greifen Kants „...Kriterium der strikten Universalisierbarkeit der Handlungsprinzipien“<sup>33</sup> auf. Sein kategorisches Rechtsprinzip oder „...das allgemeine Rechtsgesetz (lautet; E.Ä.): Handle äußerlich so, dass der freie Gebrauch Deiner Willkür mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen könne....“<sup>34</sup> Das ist das strikte Universalisierungsgebot für den staatlichen Gesetzgeber und jeden denkenden und handelnden Menschen. Die kantische Norm der „gleichen Freiheit“ für alle lautet mit Bezug auf die seit Mitte der 70-er Jahre stark ansteigende soziale Ungleichheit politischer ausgedrückt: *Die reale Freiheit gehört nicht nur den Reichen!!!*

Das dies durch eine ständige Fortentwicklung der Ausgestaltung der Menschen- u. Grundrechte in Form von persönlichen Freiheitsrechten, politischen Mitwirkungsrechten sowie auch sozialen Rechte oder besser Wirtschaftsbürgerrechte zu konkretisieren ist, sei hier nur angerissen. Dass zur geschichtlichen Konkretion der Gerechtigkeit noch weitere normative Kriterien sowie empirische Kenntnisse der Wirtschafts- u. Sozialwelt gehören, das wissen wir mit Höffe. Es kommt daher „...darauf an, die naturrechtlich begründeten Prinzipien der politisch-sozialen Gerechtigkeit mit den Funktionsanforderungen hochkomplexer Industrie-gesellschaften und ihrer jeweiligen gesellschaftlich-geschichtlichen Situation methodisch zu vermitteln“<sup>35</sup>, sagen wir mit direktem Bezug auf Höffe.

Zu dieser Vermittlungsaufgabe, Zukunftsgestaltung bedarf es also der *Kompetenzen*, und zwar in dreierlei Art, nämlich des „...Sachverstand(es) als Inbegriff von erforderlichen Kenntnissen (‘know that’) und Fertigkeiten (‘know how’), der Macht als Chance, sich durchzusetzen, und das Recht im Sinne von Ermächtigung und Befugnis. Die Zukunftsfähigkeit umfasst also *Zukunftssachverstand, Zukunftsmacht und Zukunftsbefugnisse* (kursiv durch uns).“<sup>36</sup> Im Fall der Politik kommt zu dieser dreidimensionalen Zukunftsfähigkeit noch eine *Deutungs- u. Gestaltungsfähigkeit* hinzu. “Bei der Deutungsfähigkeit geht es um die Frage, was die Zukunft bringen wird, bei der Gestaltungsfähigkeit um die Frage, wie man die Zukunft, soweit es in der

---

<sup>33</sup> O.Höffe (1988), a.a.O., S.50

<sup>34</sup> I.Kant, I.Kant, MS, a.a.O., S.35

<sup>35</sup> O.Höffe (1988), a.a.O., S.54

<sup>36</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.31

eigenen Hand liegt, zu formen vermag.“<sup>37</sup> Daraus ergibt sich lt. Höffe „...eine zweimal dreiteilige Zukunftsfähigkeit. Ihr entsprechen auf der einen Seite Deutungsfähige (Deutungsfachleute bzw.-experten), Deutungsmächtige und Deutungsberechtigte, auf der anderen Seite Gestaltungsfachleute bzw.-experten, Gestaltungsmächtige und Gestaltungsberechtigte.“<sup>38</sup>

Zur Deutungsfähigkeit gesellt sich ein sog. vierter Experte, nämlich der *Visionär*. „Visionäre sind ihrer Zeit voraus“, sagt das Faltblatt zum Erfurter Zukunftspreis sehr richtig. Und sie unterscheiden sich gravierend von Utopisten. Letztere leben wie die Literaten in der Gefahr der Schwärmerei, weil sie ihre bloße „...Einbildungskraft auf Reisen schicken.“<sup>39</sup> Darüber hinaus pflegen Utopien ...“über die Zukunft die Vergangenheit und die Gegenwart zu vergessen. Die Zukunft kann sich aber nur aus der Gegenwart entwickeln, die sich ihrerseits aus der Vergangenheit entwickelt hat.“<sup>40</sup> Dem neuem Welt-u. Menschenbild steht der verzerrt wahrgenommenen Gegenwart gegenüber und geschichtliche Unterschiede sowie „...dem Recht auf kulturelle Eigenart, (wird; E.Ä.) zu wenig Raum.“<sup>41</sup> gelassen. Der „*realistische Visionär*“ verbindet sich dagegen mit der erfahrungsgesättigten Politik, erkennt Eigen-gesetzlichkeiten rel. autonomer Handlungssysteme (Wirtschaft, Politik, div. Organisationen der Bürgergesellschaften) an. „Weiterhin rechnet er nicht mit einem neuen, von Grund auf besseren Menschen. Mit dem tatsächlich bekannten Menschen und seinem aufgeklärten Eigeninteresse zufrieden, sucht... (er ;E.Ä.) in den gegebenen Verhältnissen Ansätze, sie zu verbessern: Visionen blicken nicht lediglich in die Zukunft, vielmehr spüren sie ein schon in der Gegenwart verborgenes Reformpotential auf.“<sup>42</sup> Für die geschichtlichen Umstände sensibel und für das Recht auf kulturelle Differenz eintretend, hält sich „...eine realistische Vision zusätzlich mit der Beschreibung konkreter (zukünftiger; E.Ä.) Verhältnisse zurück.“<sup>43</sup> Sie begnügt sich bescheiden mit Rahmenaussagen und lässt die konkrete Verleblichung offen, weil der demokratische Prozess der Betroffenen nicht von selbsternannten Avant-garden (Vorhut des zumeist utopischen Neuen) vergewaltigt werden soll. Für ungeduldige Zeitgenossen sind die realistischen Visionäre zumeist zu langsam. „Bei der

---

<sup>37</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.32

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.188

<sup>40</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.191

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.193

<sup>43</sup> Ebd.

Realisierung von Visionen braucht es einen langen Atem“<sup>44</sup>, wissen erfahrene Visionäre.

Abschließend zur Zeitschiene der hier beschriebenen Zukunftsfähigkeit: „Ob Deutung oder Gestaltung- die Zukunftsfähigkeit ist wesentlich eine Gegenwartsfähigkeit, die allerdings im Blick auf die Zukunft wahrgenommen wird“<sup>45</sup> Eine Politik verletzt ihre Grundaufgabe, wenn sie erst eingreift, wenn sprichwörtlich „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“. „ Eine gesteigerte Zukunftsfähigkeit sieht voraus, dass bestimmte Entwicklungen Schwierigkeiten hervorrufen können, und sucht die Entwicklungen so zu beeinflussen, dass es zu Schwierigkeiten gar nicht kommt. Hohe Zukunftsfähigkeit löst viele Probleme, indem sie diese Probleme erst gar nicht entstehen lässt.“<sup>46</sup> Das die Realpolitik eine ganz andere Handlungsperspektive ausweist, darauf kommen wir in Kapitel II.2 (langfristige Trends und Krisen der Gesellschaft und i.d. Bürgerkommune) zurück.

Auf die **Krise der Demokratie** gehen wir jetzt ganz kurz ein. Bereits i.d. 70-er Jahren wurde dieser Tatbestand diagnostiziert<sup>47</sup>. Heute ist die Flut der Fachbücher<sup>48</sup> dazu schier unübersehbar und selbst in Lehrbüchern<sup>49</sup> zur Demokratietheorie nicht mehr auszublenden. Der jüngst verstorbene Sozialliberale Ralf Dahrendorf stellt in einem Fachgespräch fest: „Ich stimme zu, dass wir heute eine schwere Krise der Demokratie erleben....Zweifellos ist die Form der Demokratie, die viele von uns 1989 im Sinn hatten, in ernste und tiefe Schwierigkeiten geraten. Selbst freie Wahlen scheinen nicht mehr in der Lage (zu sein; E.Ä.), befriedigende und dauerhafte Lösungen zu bieten.“<sup>50</sup> Dennoch ist die Lage nicht völlig hoffnungslos angesichts auch des Sieges der Demokratie vor 23 Jahren in Deutschland-Ost und im sog. Ostblock, als auch heute in Nordafrika. „Seit dem Zusammenbruch staatssozialistischer Systeme Mittel-

---

<sup>44</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.194

<sup>45</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.32

<sup>46</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.31

<sup>47</sup> M.Crozier et al., The Crisis of democracy, New-York 1975

<sup>48</sup> Bei der Eingabe des Titels „Krise der Demokratie“ erhält man im Gemeinsamen Verbundkatalog (GKV) der Universitätsbibliotheken 1520 Treffer und bei amazon.de 780 Büchernennungen.

<sup>49</sup> Während i.d. 3.Auflage von M.G.Schmidt, Demokratietheorie, Opladen 2000 die Frage nach der Zukunft der Demokratie noch nicht gestellt wurde, so findet man diese Fragestellung in Kapitel 29 der 4.Auflage von 2003. Der mehrfach oben zitierte Höffe widmet dieser Frage ein ganzes Buch mit 334 Seiten; O.Höffe (2009); explizit s.a. W.Merkel, Defekte Demokratien, 2.Bände, Opladen 2003. Colin Crouch sieht gar das Zeitalter der Postdemokratie angekommen; vgl. C.Crouch, Postdemokratie, Berlin 2008 u. ders. Postdemokratie II. Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin 2011

<sup>50</sup> R.Dahrendorf, Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito, aus dem Ital. übersetzt von Rita Seuß, München 2002, S.7f.; im weiteren als R.Dahrendorf (2002), a.a.O., S.xx zitiert



u. Osteuropas ist einerseits vom 'Sieg' der Demokratie als der einzigen verbleibenden politischen Organisationsform moderner Gesellschaften, andererseits und gleichzeitig von deren 'Krise' und Niedergang die Rede<sup>51</sup>, bestätigt Claus Offe. Dazu passt der Befund, dass nach den Daten des *European Election Survey* große Mehrheiten der Bürger insbesondere im Nordwesten Europas „...nach wie vor mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind. Mit Spitzenwerten von beispielsweise 92 Prozent in Dänemark, 88 Prozent in Luxemburg und 81 Prozent in Schweden.“<sup>52</sup> Auch die empirische Untersuchungen der sog. „Wutbürger“ von Stuttgart durch das Göttinger Institut für Demokratieforschung zeigt ein hohe „Identifikation mit demokratischen Werten: Über 90 % der Befragten identifizieren sich mit grundlegenden demokratischen Werten.“<sup>53</sup> Die Rede von der Postdemokratie (s.u. FN 49) ist deshalb sicher überzogen und verfrüht, aber dennoch kann gleichzeitig „...ein Bedeutungsverlust etablierter demokratischer Verfahren nicht übersehen werden...Parteien schrumpfen definitiv, Debatten finden vermehrt in Talkshows, aber kaum noch in den Parlamenten statt, und das Mittel der außerparlamentarischen Opposition ist spätestens seit Stuttgart 21 kein generationenspezifisches mehr.“<sup>54</sup> Bei den Protestierenden handelt es sich um überdurchschnittlich Gebildete. „Über 70% der Befragten haben mindestens Abitur, über 40% sogar einen Hochschulabschluss. Der Altersschnitt ist relativ hoch (75% der Protestierenden sind über 35 Jahre), auch Personen über 55 Jahren sind mit fast 20% stark vertreten. Obwohl eine Online-Umfrage eigentlich zu einer Überrepräsentierung von Jüngeren führen müsste, sind noch nicht einmal 10% der Teilnehmer jünger als 25 Jahre. Die Verteilung der Geschlechter ergibt ein leichtes Übergewicht für männliche Protestierende, auch hier könnte das Medium der Online-Umfrage eine Rolle spielen“<sup>55</sup>, ermittelten die Göttinger Forscher.

Diese Sozialgruppe der „ethischen Demokraten“, wie wir sie mit John Dewey (s.u. zum pragmatischen Demokratiebegriff) nennen, jene also, die eine Differenz zwischen dem Begriff des Politischen und der staatlich fixierten Parteien-Politik erkennen können, sind durch eine kritische Einstellung gegenüber dem Zustand der

---

<sup>51</sup> C.Offe, (Hg.), *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt/a.M., New York 2003, S.10

<sup>52</sup> M.Zürn, *Die Rückkehr der Demokratiefrage, Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft*, in: *Blätter für deutsche und intern. Politik*, 56 Jg., Heft 6/2001, S.64f.; s.a. [www.piredeu.eu](http://www.piredeu.eu)

<sup>53</sup> Göttinger Institut für Demokratieforschung, *Neue Dimensionen des Protests?, Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, Göttingen 2011, S.13

<sup>54</sup> M.Zürn, a.a.O., S.65

<sup>55</sup> Göttinger Institut für Demokratieforschung, a.a.O., S.5

Demokratie in der BRD geprägt. "... Denn über 50% der Befragten sind mit der demokratischen Situation hierzulande unzufrieden. Die Forderung nach mehr Beteiligung ist groß: Knapp 90% der Befragten fordern den Ausbau direktdemokratischer Elemente"<sup>56</sup> Es gibt bei ihnen trotz Gesamtvertrauen in der Funktionsweise unserer Demokratien eine (ge-)wachsene „...Unzufriedenheit mit den Kerninstitutionen der parlamentarischen Demokratie- mit Parteien, Parlamenten und auch Regierungen.“<sup>57</sup> So glaubt „eine große Mehrheit der (Stuttgarter; E.Ä.) Befragten.. , dass es Probleme gibt, die Parteien nicht mehr lösen können. Darüber hinaus scheint es eine große Unzufriedenheit mit den Politikern in Baden-Württemberg zu geben, denen nicht mehr zugetraut wird, auf die Bedürfnisse ihrer Wähler einzugehen. Diese Unzufriedenheit mit Parteien und ihren Vertretern lässt Parteien in den Augen der Protestierenden aber nicht komplett überflüssig werden: Nur ein Viertel der Befragten glaubt, dass Parteien überhaupt nicht mehr in der Lage sind, Probleme zu lösen, immerhin ca. 20% äußern sich überwiegend positiv zu einer auch zukünftig wichtigen Rolle von Parteien im politischen Prozess. In den Augen der Protestierenden versagen Parteien also in bestimmten Sachfragen, in anderen Punkten erfüllen sie aber weiterhin wichtige politische Funktionen. Ein Festhalten an der Idee und dem Nutzen der politischen Partei zeigt sich auch in dem hohen Vertrauen, das den Grünen entgegen gebracht wird."<sup>58</sup> (Unterstreichung durch uns)

Den Blick noch einmal auf die europäische Ebene gelenkt, so lässt sich feststellen, dass „... eine frappierende Abwesenheit von Vertrauen in Parteien und auch Parlamenten in allen konsolidierten Demokratien besteht: In Deutschland trauen weit über 80 Prozent den Parteien und dem Parlament ´nicht sehr´ oder ´gar nicht´.“<sup>59</sup> Trauriger Tiefpunkt dieses Misstrauens sind die Repräsentativquoten unserer gewählten Regenten, wie z.B. bei der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel, die bei einer für die Bundestagswahlen niedrigen Wahlbeteiligung von 70,8% von rd. 34% der Wahlberechtigten gewählt wurde. Die CDU/CSU-Wähler verhelfen ihrer Bundeskanzlerin nur zu rd. 24% Repräsentanz.<sup>60</sup> Noch niedriger fällt dieser Wert in Amerika aus. "Die meisten amerikanischen Präsidenten werden .. von zehn, zwölf Prozent

---

<sup>56</sup> Göttinger Institut für Demokratieforschung, a.a.O., S.13

<sup>57</sup> M.Zürn, a.a.O., S.65

<sup>58</sup> Göttinger Institut für Demokratieforschung, a.a.O., S.16

<sup>59</sup> M.Zürn, a.a.O., S.65

<sup>60</sup> [www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html)

der Wählerschaft gewählt.“<sup>61</sup> Auch unser Oberbürgermeister, Andreas Bausewein, kommt bei 30,5% Wahlbeteiligung i.d. Stichwahl am 21.05.06 und einer Zustimmung von 60,2% auf eine ähnlich traurige Repräsentanz von 18,4%<sup>62</sup> Die ihn tragende SPD hat bei der Wahlbeteiligung von rd. 48 % in der Kommunalwahl 2009 rd. 33% erreicht, d.h. sie kann sich auf 16% der Erfurter Wahlberechtigten stützen. Alle anderen Parteien haben noch niedrigere Werte (CDU 11%, Die Linke 9,5%, B90/Die Grünen und Freie Wähler 4%, FDP 2,5%; alle Werte gerundet) erreicht.<sup>63</sup> Diese Werte würden insgesamt ergänzende, ausführliche Überlegungen zum Begriff der Re-Präsentanz notwendig machen, was hier aber nicht geleistet werden kann. Unten wird in aller Kürze darauf eingegangen (s.S.13). Das Ergebnis würde möglicherweise die falsche Grenzziehung zwischen repräsentativer (J. Locke, Ch.L. de Montesquieu, J.S.Mill u.a.) und direkter Demokratie (J.-J.Rousseau, K.Marx, R.Luxemburg u.a.) ein wenig einzureißen helfen.<sup>64</sup>

Es ist hier auch nicht der Platz nur im Überblick die *Demokratiebegriffe u.-theorien*<sup>65</sup> vorzustellen, kritisch gegeneinander abzuwägen und die seit Langem diskutierten Gefahren, Defizite i.d. demokratischen Praxis (z.B. Alexis de Tocquevilles Warnung vor der Tyrannei der Mehrheit<sup>66</sup> im frühen 19.Jh. oder jünger (1996) die Aussage des Bundesbankchefs a.D., Hans Tietmeyer, vor dem Weltwirtschaftsforum 1996 in Davos, das die Politiker unter der Herrschaft, Kontrolle der Finanzmärkte stehen würden und das dies noch nicht allen bewußt sei<sup>67</sup> oder noch jünger aus der pol. Wissenschaft festgestellte Herrschaftsdefekte<sup>68</sup> in sog. konsolidierten Demokratien)

---

<sup>61</sup> R.Dahrendorf, Die Krisen der Demokratie, a.a.O., S.57

<sup>62</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/wahlen/ob/jahre/24449.shtml>

<sup>63</sup> Vgl. [www.erfurt.de/ef/de/wahlen](http://www.erfurt.de/ef/de/wahlen)

<sup>64</sup> Lea Heyne, Montesquieu versus Rousseau? Über die Vereinbarkeit von direkter und repräsentativer Demokratie in Deutschland, in: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/montesquieu-versus-rousseau/2011>

<sup>65</sup> Allein in einer Einführung i.d. Demokratietheorien haben wir 22 Adjektive zum/r Demokratiebegriff/-Theorie ausgezählt und da fehlten noch weitere, wie z.B. die dialogische (A.Giddens), embedded-eingebettete (W. Merkel) und pragmatische Demokratie (J.Dewey). Der Inhalt des Demokratiebegriffs ist...nur scheinbar hinreichend eindeutig. Tatsächlich wird unter Demokratie höchst Unterschiedliches verstanden, schreibt der Autor in seiner Einleitung. Vgl. M.G.Schmidt, Demokratietheorien, 3.Aufl., Opladen 2000, S.23; „Es gibt...keine verbindliche und von allen Seiten getragene Theorie der Demokratie, ja nicht einmal eine Definition von Demokratie, die bei allen Demokratieforschern auf Zustimmung stoßen würde“, bestätigt eine weitere Einführungslektüre; vgl. E.Wiesendahl, Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen, Frankfurt 1981, S.8

<sup>66</sup> Vgl. Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, (1835), Stuttgart 1985

<sup>67</sup> Vgl. H.P.Martin, H.Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg 1997, S.90

<sup>68</sup> Wolfgang Merkel sieht wesentlich fünf Defekte i.d. Regierungspraxis konsolidierter Demokratien: Defekte im 1. Herrschaftszugang, 2. Herrschaftsanspruch, 3. Herrschaftsmonopol, 4. i.d. Herrschaftsstruktur u. 5. Herrschaftsweise. Nur formale Demokratien mit vorhandenem Mehrparteiensystem, Wahlrecht, Gewaltenteilung u.a. demokratischen Merkmalen, Institutionen etc. ,bei ungleicher Verteilung von sozialen u. politischen Ressourcen

durch einen stimmigen Reformvorschlag beheben zu wollen, ja überhaupt zu können. Versprechen in diese Richtung entsprächen auch nicht unserem Verständnis von Demokratie als „...ein Ensemble von Institutionen, die darauf abzielen, der Ausübung politischer Macht (nach Max Weber besser befristete Herrschaft<sup>69</sup>) Legitimation zu verleihen...“<sup>70</sup>. Zu den aufgeklärt-liberalen Institutionen der repräsentativen Demokratie mit den Grundrechten, dem Wahlrecht, der Gewaltenteilung, dem Sozialstaat, der eingebetteten Marktwirtschaft, die es stets wieder aufs Neue zu zivilisieren gilt, kommen für uns u.a. noch drei Bausteine der partizipativen, republikanischen Demokratie hinzu:

- 1.) „Die Zwischensphäre zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich, die Zivil- bzw. Bürgergesellschaft;“<sup>71</sup> (s. nächstes Kapitel II.1)
- 2.) „...intensive, wo erforderlich auch grundlegende (‘diskursive’) öffentliche Debatten, die die Demokratie ‘deliberativ’ werden lässt;...“<sup>72</sup> (siehe im Anschluss)
- 3.) „...schließlich Elemente direkter Demokratie...“<sup>73</sup> (heute schon Bürgerbegehren u.-Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sowie Volksbegehren und -entscheide auf Landesebene, die zukünftig auch für die Bundes und Europaebene eingeführt werden sollten. Ferner werden in Kapitel II.4.1.-4. diverse Instrumente und Methoden informeller, aber wegen der Erhöhung von Verbindlichkeit und damit Ernsthaftigkeit zu institutionalisierender Elemente der direkten Bürgerbeteiligung in einer sog. Bürgerkommune vorgestellt).

**„Die partizipative ist (also; E.Ä.) keine Alternative zur repräsentativen Demokratie, wohl aber eine Fortentwicklung“<sup>74</sup>, die die repräsentative Demokratie repräsentativer, demokratischer machen soll, sagen wir mit dem mehrfach zitierten Kantianer Otfried Höffe. Der ebenfalls schon zitierte Neu-Kantianer Volker Gerhardt klärt uns in seiner Vermessung des Politikbegriffs, der Bestimmung des „Spezifikums der Politik“ darüber auf, das es „...das *Prinzip der Partizipation* (ist; E.Ä.), in der die Menschen wechselseitig Einfluss aufeinander nehmen, um im**

---

der Bürger gleichen lt. Merkel einem bestimmten Typ defekter Demokratie; vgl. W.Merkel, u.a., Defekte Demokratie Bd.I: Theorie, Opladen 2003

<sup>69</sup> Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd.1: Soziologische Kategorienlehre, § 16 Macht, Herrschaft, 5. revidierte Aufl., hrsg. von J.Winkelmann, Tübingen 1976, S. 28ff.

<sup>70</sup> R.Dahrendorf, *Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch*, 2.Aufl., München 2002, S.9

<sup>71</sup> O.Höffe, (2009), a.a.O., S.290f.

<sup>72</sup> O.Höffe, (2009), a.a.O., S.291

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> Ebd.

sozialen Zusammenhang mehr zu erreichen, als ihnen als Einzelwesen möglich ist.“<sup>75</sup> Selbstbestimmung aus eigenen Gründen (Autonomie) ist das Prinzip der Individualität und trotz zahlreicher interner und externer Abhängigkeits-, Konditionsfaktoren können und wollen Individuen (Menschen, Persönlichkeiten etc.) „...alles auf ihre eigene Einsicht gründen- und sich spätestens darin als Einheit *präsentieren*. Sie können ganz von sich aus handeln- und darin die Einheit, als die sie sich verstehen, *repräsentieren*.“<sup>76</sup> In dieser individuellen Selbstbestimmung liegt der Ursprung der Partizipation und ist zugleich „...derart beschränkt, dass sie auf Dauer der Selbstbestimmung durch einzelne untersteht. Und in der praktischen Durchführung ist sie allemal auf Abstimmung der Individuen untereinander angewiesen. In der Sicherung und Förderung dieser Individuen hat sie ihren wesentlichen Zweck. Politik...steht letztlich immer nur im Dienst der Individuen, in deren Namen sie gemacht wird.“<sup>77</sup>

Die von der Selbstbestimmung her gedachte Mitbestimmung, die Gerhardt in der Begriffsabgrenzung zur betrieblichen Mitbestimmung *Partizipation* nennt, hat darüber hinaus, „... den Vorteil, dass er stets das Ganze (*totum*) ins Bewusstsein rückt, an dem der Teil (*pars*) seinen sowohl aktiven als auch passiven Anteil nimmt....Mit der Partizipation wird die in allen menschlichen Vollzügen wirksame *Repräsentation* zu einer ausdrücklichen Leistung.... Dieses Handeln für und im Namen anderer ist der zentrale Vorgang in einem politischen Geschehen. Folglich ist die Partizipation aufs Engste mit der *Repräsentation* verbunden.“<sup>78</sup> Nur wenn man den **Begriff der Repräsentation** richtig versteht, d.h. ihn nicht begrenzt „...auf die Vertretung des einen durch einen anderen.“<sup>79</sup>, sondern den prinzipiell partizipativ-wollenden Menschen „... als Beitrag zum Gelingen des Ganzen versteht“<sup>80</sup>, erst dann wird man die Begriffs-, Theoriedichotomie zwischen der repräsentativen und direkten Demokratie einreißen können. Damit ist noch nicht einer Rousseauschen „...Identitätstheorie im Sinne weitgehender Identität von Herrschenden und Beherrschten...“<sup>81</sup> das Wort geredet und auch nicht seiner radikalen Souveränitätslehre, die einen Transfer vom Volk als Ganzem auf Volksvertreter, Repräsentanten in einem wie auch immer gearteten

---

<sup>75</sup> V.Gerhardt, Partizipation...,a.a.O.,S.14

<sup>76</sup> V.Gerhardt, Partizipation...,a.a.O.,S.31

<sup>77</sup> V.Gerhardt, Partizipation...,a.a.O.,S.32

<sup>78</sup> V.Gerhardt, Partizipation...,a.a.O.,S.25

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> M.G.Schmidt, a.a.O., S.98

Parlamentarismus nicht für zulässig erklärt<sup>82</sup>, zugestimmt. Er hat den o.g. begrenzten Repräsentationsbegriff, während wir sog. neuen Kantianer aufgrund des oben auch genannten Universalisierungsgebotes eine andere Erkenntnis vom Verhältnis des Ganzen und seiner Teile haben. „... Das jeweilige gesellschaftliche Ganze (fungiert; Ergänzung nach Gerhardt) selbst als Repräsentation derer, die unter ihrem Anspruch zusammenwirken. Das *totum* einer politischen Organisation repräsentiert die *partes*, aus denen sie besteht, doch jeder *pars* hat seine Eigenart erst als Element dieses bestimmten Ganzen, sofern in ihm das *totum* zur Geltung kommt. Ohne Repräsentation gibt es keine Partizipation; die Repräsentation aber hätte nicht das Geringste vorzustellen, wenn ihr nicht die Anteil nehmende Aktivität der Individuen zugrunde läge.“<sup>83</sup>

Daraus folgt das aus Selbst-u.Mitbestimmungsgründen der „gleich freien Menschen“ die Demokratie eben nicht nur die bis heute wichtigen formalen Institutionen des Rechtsstaates, mit den direkten und indirekten Wahlen zur befristeten Berufung oder Ablösung von Regierungen sowie den Gewaltenteilungen, eingerichtet hat, sondern wesentlich die öffentliche Diskussionen, die Beteiligung der BürgerInnen in vielfältigen Problemlagen und zwischen den Wahlen hinzu kommen müssen. **Die Demokratie ist eine zivilisierte Staats-u. Regierungsform und eine Diskussions- und Teilhabeplattform, die, wie oben mit Baustein 2 gesagt, die Demokratie deliberativ werden lässt.** Diesen Baustein hat der international renommierte Philosoph Jürgen Habermas geprägt, der die *Vorraussetzungen einer deliberativen Demokratie* herausarbeitete und damit als Nestor des Begriffs bezeichnet werden kann. Mit Bezug auf John Dewey und Joshua Cohen sagt er in seinem rechts-u. staatsethischen Hauptwerk „Faktizität und Geltung“: „Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen *Qualität* ihrer Ergebnisse erfüllen kann.“<sup>84</sup> Was die repräsentative Parteien-Politik aus Sicht ihrer Kritiker, wie oben empirisch belegt, aus sich heraus allein nicht mehr voll erfüllen kann. Deshalb muss „...das diskursive Niveau der öffentlichen Debatte... (als; E.Ä.) die wichtigste Variable...“<sup>85</sup> hinzutreten. „Das Konzept einer zweigleisigen

---

<sup>82</sup> Vgl. M.G.Schmidt, a.a.O.,S.94ff.

<sup>83</sup> V.Gerhardt, Partizipation...,a.a.O.,S.25f.

<sup>84</sup> J.Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, (1992<sup>1</sup>), 4.erw. Aufl., Frankfurt/a.M. 1998, S.369

<sup>85</sup> Ebd.

deliberativen Politik...“<sup>86</sup> kennzeichnet sich nach Habermas durch die folgende Kernstruktur aus:

- „(a) Die Beratungen vollziehen sich in argumentativer Form, also durch den geregelten Austausch von Informationen und Gründen... .
- (b) Die Beratungen sind inklusiv und öffentlich. Im Prinzip darf niemand ausgeschlossen werden; ...
- (c) Die Beratungen sind frei von externen Zwängen, die die Gleichstellung der Teilnehmer beeinträchtigen können. Die Teilnehmer sind insofern souverän, als sie einzig an die Kommunikationsvoraussetzungen und Verfahrensregeln der Argumentation gebunden sind.
- (d) Die Beratungen sind frei von internen Zwängen... . Jeder hat die gleichen Chancen gehört zu werden, Themen einzubringen, Beiträge zu leisten, Vorschläge zu machen und zu kritisieren. ...
- (e) Beratungen zielen allgemein auf ein rational motiviertes Einverständnis und können im Prinzip unbegrenzt fortgesetzt oder jederzeit wieder aufgenommen werden. Politische Beratungen müssen aber mit Rücksicht auf Entscheidungszwänge durch Mehrheitsbeschluss beendet werden. ...
- (f) Die politischen Beratungen erstrecken sich auf sämtliche Materien, die im gleichmäßigen Interesse aller geregelt werden können. ...
- (g) Politische Beratungen erstrecken sich auch auf die Interpretation von Bedürfnissen und die Veränderung vorpolitischer Einstellungen und Präferenzen. Dabei stützt sich die konsenserzielende Kraft der Argumente keineswegs nur auf einen in gemeinsamen Traditionen und Lebensformen vorgängig ausgebildeten Wertekonsens.

Jede Assoziation, die ein solches Verfahren institutionalisiert, um die Bedingungen ihres Zusammenlebens demokratisch zu regeln, konstituiert sich damit als Bürgerschaft<sup>87</sup> der unten (siehe Kapitel II.1) noch näher zu beschreibenden Bürgergesellschaft, ergänzen wir. Sie, die „nicht-institutionalisierte Volkssouveränität“ und die „institutionalisierte Souveränität“ der Sphäre des Rechtsstaat mit seinen Parlamenten und Gerichten vermitteln sich und sind „...der Schlüssel zur demokratischen Genese des Rechts.“<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> J.Habermas, Faktizität..., a.a.O.,S.370-72

<sup>88</sup> J.Habermas, Faktizität..., a.a.O.,S.532

„Tatsächlich bietet das Zusammenspiel einer zivilgesellschaftlich basierten Öffentlichkeit mit der rechtsstaatlich institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung im parlamentarischen Komplex (und der evtl. korrigierenden Entscheidungspraxis der Gerichte) einen guten Ansatzpunkt für die soziologische Analyse des Begriffs der deliberativer Politik.“<sup>89</sup> Allerdings darf die Zivil- oder Bürgergesellschaft auch nicht überbewertet werden, weil „...sich eine vitale Bürgergesellschaft nur im Kontext einer freiheitlichen politischen Kultur und entsprechender Sozialisationsmuster (dazu mehr in der Kritik an Habermas im Anschluss; E.Ä.) sowie auf der Basis einer unversehrten Privatsphäre herausbilden.. kann... Zweitens können die Akteure in der Öffentlichkeit... nur Einfluss erwerben, nicht politische Macht (erneut mit Max Weber besser die pol. Herrschaft erwerben; E.Ä.).“<sup>90</sup> Einfluss kann sich aber in *kommunikative Macht* umwandeln, an die keine Regierung vorbeisehen kann, wie der lange, stetige Kampf der Umweltschutzverbände und ihrer parlamentarischen Vertretung durch die in den 80-er Jahren gegründete Partei Die Grünen, ab 1990 Bündnis90/Die Grünen bei der Energiewende dieser Tage zeigt. Auch die Einführung erweiterter Mitspracheregungen in Volks- u. Bürgerbegehren oder -Entscheiden auf Länder und Gemeindeebenen ab den 90-er Jahren ist Folge der Bürgerrechtsbewegungen, die den sog. Sozialismus in der DDR und Osteuropa maßgeblich mit transformierten. Auch der Kämmerer der Stadt Jena sprach auf einer Tagung<sup>91</sup> vom wirkungsvollen Einfluss einer etablierten Bürger-AG, die den Bürgerbeteiligungshaushalt (BBH) der Stadt Jena souverän steuert, auf die Finanzgestaltung der Stadt.

Die partizipatorisch-deliberative Demokratietheorie ist natürlich nicht unumstritten. „Engagierte Parteigänger hat sie zuhauf. Aber gegen sie wurden auch kritische Stimmen laut....Zur Standardkritik...zählen vor allem sechs Argumente. Die Stichworte lauten: 1) Primat des Normativen, 2) unrealistisches Menschenbild, 3) Tocquevilles Problem, 4) Destabilisierung durch Übermobilisierung, 5) Eindimensionalität und 6) Überschätzung der Bürgerkompetenzen.“<sup>92</sup> Hinzu kommen spezielle Kritiken, wie 7) die Überschätzung der Sprache und Kommunikation, also die hohe „...Bewert-

---

<sup>89</sup> J.Habermas, Faktizität..., a.a.O.,S.448f.

<sup>90</sup> J.Habermas, Faktizität..., a.a.O.,S.449

<sup>91</sup> Diese Tagung wurde am 23.06.2011 vom Bündnis Mehr Demokratie e.V. im Erfurter Landtag veranstaltet. Vgl. Ralf-Uwe Beck, Es ist Zeit, das zu klären: Bürgerbeteiligung und Finanzen Eröffnungsvortrag Symposium am 23. Juni 2011 im Thüringer Landtag ([http://www.thueringen.mehr-demokratie.de/index.php?eID=tx\\_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV\\_Thueringen/Buergerbeteiligung\\_und\\_Finanz-Einfuehrungsvortrag\\_Beck.pdf&t=1311088204&hash=49e4b41ab087d45e1cdf30145766a447](http://www.thueringen.mehr-demokratie.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV_Thueringen/Buergerbeteiligung_und_Finanz-Einfuehrungsvortrag_Beck.pdf&t=1311088204&hash=49e4b41ab087d45e1cdf30145766a447)).

<sup>92</sup> M.G.Schmidt, a.a.O., S.261



ung der kognitiven Fähigkeiten...“<sup>93</sup> unter Vernachlässigung affektiver Aspekte. 8) Sie nimmt die Variationen der Abstimmungs- und Stimmverrechnungsregeln, die bereits bei geringfügigen Abweichungen zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen führen und damit über Sieg und Niederlage entscheiden<sup>94</sup>, nicht zur Kenntnis und schließlich sagt sie 9) „...herzlich wenig über die realgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen solche Diskurse überhaupt zustande kommen, aufrechterhalten und in entscheidungsfähige Alternativen gegossen werden können.“<sup>95</sup> etwas aus.

Wir werden nur kurz auf den letzten Punkt eingehen und leugnen mit der Kritik auch nicht „...die Wichtigkeit deliberativer Prozesse.... Keine Demokratie kommt ohne die lebendige, intelligente Diskussionskultur aus, in der Gründe und Gegengründe öffentlich ausgetauscht werden, in der Entscheidungen kritisiert und akzeptiert werden, in der Enttäuschungen artikuliert und als Anlass zu weiteren Reflexionen genutzt werden. Gerade Dewey (auf den Habermas ja Bezug nimmt; E.Ä.) wäre der schlechteste Gewährsmann für eine Kritik an öffentlich geführten, egalitär strukturierten Diskursen“<sup>96</sup>, sagt Martin Hartmann, der die **pragmatische Demokratietheorie** von John Dewey untersucht hat. Im Gegensatz zu den sprach- u. kommunikationstheoretischen Demokratievertretern (Habermas, Apel) fundiert Dewey nämlich die demokratischen Prozesse handlungstheoretisch und beschränkt darüber hinaus die Demokratie „...nicht nur in der Teilnahme an öffentlichen Diskussionsprozessen.“<sup>97</sup> der staatlich orientierten Politik, so Hartmann. Für Dewey ist die Demokratie eine *ethische Lebensform*, „...die gerade nicht in einem abgegrenzten Bereich der sozialen Interaktion ihren Platz findet. Deweys Demokratieverständnis ist in diesem Sinne extensiv.“<sup>98</sup> Sie ist „...der individuellen Selbstverwirklichung förderlich...(und umfasst; E.Ä.) sämtliche Dimensionen des sozialen Zusammenlebens...“<sup>99</sup> Dewey geht von der Vorstellung einer *kooperativen Interaktionsgemeinschaft* aus und siedelt die Möglichkeit der Selbstverwirklichung (neben der Selbstbestimmung als zweiten

---

<sup>93</sup> M.G.Schmidt, a.a.O., S.263

<sup>94</sup> M.G.Schmidt, a.a.O., S.264

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Deweys Demokratiekonzeption ist ethisch, kooperativ, egalitär und kritisch (s. S.64ff) belegt M.Hartmann in seiner Untersuchung (Buch): ders., Die Kreativität der Gewohnheit. Grundzüge einer pragmatischen Demokratietheorie, Frankfurt/a.M. 2003, S.40; s.a. R.Wentz, Demokratie am Scheideweg. Die Aktualität der Sozialphilosophie John Deweys für eine kritische Gesellschaftstheorie, Berlin 2006; s.a. Joas, Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey, Frankfurt/a.M. 2000

<sup>97</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.31

<sup>98</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.64

<sup>99</sup> Ebd.

Strang der reflexiven Freiheit, wie Axel Honneth aufzeigt<sup>100</sup>) im Rahmen einer arbeitsteilig gegliederten Gesellschaft an, die ihren Mitgliedern die Möglichkeit bietet, ihre je unterschiedlichen Fähigkeiten und Eigenschaften in je unterschiedlichen sozialen Kooperationszusammenhängen zur Geltung zu bringen.“<sup>101</sup> Hier ist die intersubjektive Handlungsdimension seines Demokratiebegriffes, die Autonomie des Subjekts und die Verwiesenheit auf plurale Kooperationen erkennbar. “Die Demokratie ist mehr als (nur; E.Ä.) eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsam und miteinander geteilten Erfahrung.“<sup>102</sup> „...Nur in Prozessen kooperativer Interaktion mit anderen gewinne ich überhaupt die Einsicht in meine Fähigkeiten, die mich in die Lage versetzt, selbstbewusst an den demokratischen Assoziationsformen teilzunehmen.“<sup>103</sup> Für Dewey ist Demokratie aber immer auch ein *egalitäres Projekt*. „Es gehört von Anfang an zu den Grundüberzeugungen Deweys, jede Form einer demokratischen Elitebildung abzulehnen, so dass es zum normativen Kernbestand der Dewey’schen Demokratiekonzeption gehört, die Partizipationsmöglichkeiten so inklusiv wie nur möglich zu gestalten, ohne dass damit die Qualität der Entscheidungen ernsthaft beeinträchtigt wird.“<sup>104</sup> Der angemessenen, zielgruppen-orientierten Sprache und Gestaltung von Informationen kommt dabei eine sehr hohe Bedeutung zu. Wir kommen darauf beim Aufzeigen der zehn Erfolgsfaktoren einer demokratischen Kultur noch zurück.

Demokratie ist also ein praktisches Lehr-Lernverhältnis in der Familie, den Schulen, Universitäten, Erwachsenenbildungsstätten, aber auch ein handlungstheoretisches Praxisfeld in diversen anderen, wichtigen empirischen Teilsystemen unserer Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Betrieben, Wissenschaft, Kunst, Ehrenamt etc.) . Wenn Demokratie eine ethische Lebensform ist, dann „...stellt sich die Frage, ob sie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen ein- oder ausschließt: die ökonomische Organisation der Gesellschaft; die Probleme von Arbeitgeber und Arbeitnehmer; die Frage einer materiellen Grundsicherung. Aber auch wenn die Auffassung von Demokratie auf eine Regierungsform eingegrenzt wird, stellt sich die Frage, wie sehr eine demokratische Regierung möglich ist, wenn auf der einen Seite

---

<sup>100</sup> Vgl. A.Honneth, Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin 2011, S.58-80

<sup>101</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.64

<sup>102</sup> J.Dewey, The Middle Works. 1899-1924, Bd.9: Democracy and Education, Southern Illinois Press, S.89f; deutsch: Ders., Demokratie und Erziehung, Weinheim-Basel 1993, S.115f.;zit. nach M.Hartmann, a.a.O.,S.65

<sup>103</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.65

<sup>104</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.68

großer Wohlstand (bei Wenigen; E.Ä.) und auf der anderen Seite wirtschaftliche Unsicherheit (und kleinste Einkommen sowie kein Vermögen bei sehr Vielen; E.Ä.) die Gesellschaft prägen. Ist eine wirtschaftliche Oligarchie mit demokratischem Regieren vereinbar“<sup>105</sup>, fragt ein weiterer Pragmatist? *Deweys Kapitalismuskritik* läuft auf die These hinaus, „... das ein ungezügelter Kapitalismus die Menschen daran hindert, das kooperative Potential zu verwirklichen, das in den Interdependenzen enthalten ist, die durch die wachsenden sozioökonomischen Verflechtungen der modernen Gesellschaft beständig erzeugt werden. Mit anderen Worten, der fortgeschrittene Kapitalismus hält Individuen von solchen Formen der kooperativen Selbstverwirklichung ab, die dann Realität werden könnten, wenn einige tief sitzende und historisch bedingte Missverständnisse der kapitalistischen Ordnung überwunden werden.“<sup>106</sup>

Wer also mangelnde Selbst- u. Mitbestimmung sowie Selbstverwirklichungsmöglichkeiten i.d. vielfältig vorhandenen Handlungssituationen der Lebenspraxis erhält bzw. erfährt, der kann sicher nicht frei von externen und internen Zwängen im politisch und sozioökonomischen Prozess kommunizieren, wie Jürgen Habermas es i.d. deliberativen Demokratie voraussetzt. Eine deliberative Demokratietheorie müsste viel stärker als Habermas dies tut, die primären (zuförderst elterliche u. verwandtschaftliche Erziehung von der Geburt bis zur Einschulung und darüber hinaus) und sekundären, d.h. in Kindergärten, Schulen, Peer-Groups, Betrieben u.a. Lernorten stattfindenden „...Sozialisationsprozesse.. thematisieren, in denen die Subjekte genau die Eigenschaften und Fähigkeiten erwerben (sollen; E.Ä.), die für das Zustandekommen und Funktionieren der spezifisch deliberativen Interaktionssituationen relevant sind“<sup>107</sup>, sagt der Pragmatiker und wir als Eltern, Berufspraktiker und langjährige Ehrenämter in der Bürgergesellschaft. Klassensprecher oder Schülerzeitungen zuzulassen oder nur Institutionenkunde an Berufsschüler zu verabreichen, werden das pädagogische Ziel, politisch reife Erwachsene heranzubilden nicht erreichen. Der Religions-, Ethik- u. Geschichtsunterricht in unseren Gymnasien entlässt auch nicht die moralisch reifen Menschen, wie wir sie uns wünschen sollten. Das zeigt sich z.B. im Verhalten eines wachsenden Teils unserer Eliten. „Nach den Ergebnissen der .. präsentierten quanti-

---

<sup>105</sup> R.Wentz, *Demokratie am Scheideweg. Die Aktualität der Sozialphilosophie John Deweys für eine kritische Gesellschaftstheorie*, Berlin 2006, S.178f.

<sup>106</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.261

<sup>107</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.35

tativen Analysen, der Fallbeschreibungen und Essays muß von einem zunehmend gesellschaftsabgewandten Handeln der unterschiedlichen Teileliten in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft etc. gesprochen werden“<sup>108</sup>, stellt der Konfliktforscher, Wilhelm Heitmeyer, im 9.Jahr seiner 10-jährigen Forschungsreihe über die „Deutschen Zustände“ fest. Dieses von uns sog. „asoziale“ Verhalten ist Ausdruck der Zuspitzung der realen gesellschaftlichen Kontroverse, die im Kern auf die Frage abzielt:“...wer die enormen Kosten der Finanzkrise in den nächsten Jahren (Jahrzehnten; E.Ä.) tragen soll: ihre Verursacher und Profiteure oder die breite Bevölkerung und die Schwachen der Gesellschaft“<sup>109</sup>? Die Interaktions-, Sozial- und Moralstufe fünf (Orientierung an Gerechtigkeitsprinzipien) und sechs (Orientierung an Verfahren der Normenbegründung) der Kohlberg/Habermas'schen Typologie<sup>110</sup> erreichen die meisten hauptverantwortlichen Politik- u. Wirtschaftsgestalter unserer Tage auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene nicht, sagen wir.

Wer also die Erziehungs- u. Bildungs- sowie gesellschaftlichen Machtbildungsprozesse vernachlässigt bzw. in seiner Demokratietheorie als gelungen im Sinne von symmetrischen Ergebnissen zur Befähigung am Diskurs voraussetzt, der muss sich den Vorwurf der „Zirkelhaftigkeit“ gefallen lassen, sagen wir Pragmatiker der selbsternannten „Kritischen Theorie“ entgegen. „Welche konkreten soziokulturellen Normen nämlich das Zusammenleben im demokratischen Gemeinwesen leiten sollen, soll ja gerade erst das Ergebnis eines egalitär strukturierten öffentlichen Diskurses sein und kann deswegen nicht schon vorausgesetzt werden. ...Um .. eine unlösbare Zirkelhaftigkeit seiner Argumentation zu vermeiden, kann Habermas gar nicht davon ausgehen, dass die entgegenkommende Lebenswelt selbst schon die Struktur eines auf Dauer gestellten Diskurses angenommen hat...“<sup>111</sup> Habermas u.a. deliberative Demokratietheoretiker unterschlagen allzu leichtfertig das Problem der sozialen Ungleichheit, das viele Bürger, insbesondere die benachteiligten unteren Bildungs- und Einkommenschichten sowie Vermögenslose davon abhalten, überhaupt in den Beratungsprozess eintreten zu können bzw. unter diesen Voraussetzungen zu wollen. Das in der deliberativen Beratungssituation unterstellte, normative Ideal der sozialen Gleichheit bedarf zuvor und parallel zu seiner konkreten Verwirklichung der Etablier-

---

<sup>108</sup> Deutsche Zustände, Bd.9, hrsg. von W.Heitmeyer, Berlin 2010, S.241

<sup>109</sup> M.Hartmann, Klassenkampf von oben. Die gezielte Desintegration, in Deutsche Zustände, Bd.9, a.a.O., S.269

<sup>110</sup> Vgl. J.Habermas, Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt/a.M.1983, hier Tab.7,S.176f.

<sup>111</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.40

ung einer breiten „demokratischen Kultur“, die weit über die „Vereinseitigung der Demokratie auf die politische Sphäre“<sup>112</sup> hinausgeht, meinen wir mit John Dewey und den zitierten Pragmatikern aus jüngerer Zeit.

In der pragmatischen Demokratietheorie spielen Begriffe wie die praktische Erfahrung in allen und vor allem den wichtigsten Handlungsfeldern der Menschen (Familie, Verwandtschaft, Schule, Universität, Forschung, Wirtschaft-Betrieben-Büros, Politik, Ehrenämter etc.) die Gewohnheiten und das Vertrauen eine wichtige Rolle, wie uns Martin Hartmann zeigt. Demokratische Akteure sind nicht nur theoretisch argumentierende, also nur rationale Wesen, sondern auch fühlende und an ihrer Gesellschaft leidende Wesen. „Um diese Dimensionen des Handelns besser in den Blick zu bekommen, werden in dieser Arbeit Kategorien wie Erfahrung, Gewohnheit oder Vertrauen in den Mittelpunkt gestellt, auch auf die Gefahr hin, damit ganz und gar quer zu den derzeit einflussreichen Modellen der Demokratietheorie zu stehen“<sup>113</sup>, sagt Hartmann am Beginn seiner Arbeit, aus der hier das Wesentliche zitiert wurde. Es ist hier nicht der Raum diese wichtigen Bedingungsfaktoren für die Etablierung einer demokratischen Kultur zu vertiefen (vgl. Kap. 1.3 und Anlage 4 dazu). Nur soviel zum Abschluss des o.g. 2. Bausteines der partizipativen Demokratie von ihm: „Die Bereitschaft, an demokratischen Interaktionsprozessen teilzunehmen, so können wir jetzt sagen, beruht auf einem Vorgriff auf die Kooperationsbereitschaft anderer, dessen motivationale Quelle wiederum in einzelnen Erfahrungen liegt, in denen sich die Realität einer solchen allgemeinen Kooperationsbereitschaft zumindest punktuell erwiesen hat. In diesem Sinne beruht das demokratische Handeln auf einem Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft anderer, und in diesem Sinne sind die gemeinsamen Ziele, in deren Lichte sich die Subjekte wechselseitig auch über eventuelle Differenzen hinweg unterstützen, nicht im sicheren Besitz der demokratischen Akteure, sondern müssen in zumeist langwierigen Prozessen öffentlicher Auseinandersetzung als solche bestätigt werden.“<sup>114</sup> Und noch ein wichtiges Merkmal ist den philosophisch-wissenschaftlich orientierten Pragmatisten gemeinsam in ihrer Demokratieauffassung: „Es ist gerade ein wesentliches Element des Dewey’schen Vertrauensbegriff..., dass das Vertrauen nicht auf die Gewissheit des Ausgangs einer Handlung beruht. So gesehen, gilt das Vertrauen nicht so sehr den

---

<sup>112</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.41

<sup>113</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.9f.

<sup>114</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.297

Ergebnissen des demokratischen Handelns als dem Vermögen der handelnden Subjekte, mit möglichen Enttäuschungen und Widerständen angemessen, das heißt in lernbereiter und kreativer Haltung umzugehen.“<sup>115</sup> „Institutionelle Phantasie ist.. gefordert; eben darauf zielte ja Deweys Programm einer ´kreativen Demokratie“<sup>116</sup>, lassen wir abschließend den Nestor des Deutschen phil.-soziologischen Pragmatismus sagen, weil wir ihm folgen.

### **I.3. Zehn Erfolgsfaktoren für eine demokratische Kultur**

Abschließen möchten wir dieses vorbereitende Kapitel für den pol. Entwurf einer „zukunftsfähigen Bürgerkommune“, in der ein pragmatischer Demokratiebegriff wirken soll, mit der Nennung von zehn *Erfolgsfaktoren für eine demokratische Kultur*, damit die Herausforderungen des neuen Konzepts der Bürgerbeteiligung gemeistert werden können. Nach Strobl und Lobermeier ist die „... ´demokratische Kultur´... als eine Form der Herstellung von Entscheidungen (anzusehen; E.Ä.), ´bei der es darum geht, im Rahmen von grundlegenden Rechten (Grundrechte, Menschenrechte) und wechselseitigem Respekt möglichst alle Betroffenen (Partizipation) mit ihren unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnissen (Pluralismus) in einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozess (Kommunikation) einzubeziehen´. Demokratische Kultur meint.. einen Rahmen, in dem ein gemeinsamer Entscheidungsfindungsprozess über das Leben in einem bestimmten sozialen Kontext unter Berücksichtigung von grundlegenden Rechten (und Pflichten, ergänze ich) sowie der Beachtung von individuellen (und kollektiven; ergänze ich wiederum) Forderungen und Bedürfnissen institutionalisiert ist.“<sup>117</sup>

Die eigentliche Herausforderung ist nach Strobl/Lobermeier „die Gestaltung des Lebens vor Ort. So ist der Rechtsextremismus auch deshalb attraktiv, weil er das Unbehagen über die Funktionsweisen der kapitalistischen Gesellschaft aufgreift und ihm einen Raum gibt.“<sup>118</sup> Wer im Begriff der „kapitalistischen Gesellschaft“ bereits eine Tendenzlösung zur endgültigen Aufhebung der Widersprüche, also eine Revolutionsanbahnung in Richtung eines Heilsversprechens vermutet, welcher Ausprägung auch immer, der unterliegt einer naiven Soziologie oder Gesellschaftstheorie, die hier nicht

---

<sup>115</sup> M.Hartmann, a.a.O., S.327f.

<sup>116</sup> H.Joas, Die Kreativität des Handelns. Frankfurt/a.M., (1992<sup>1</sup>), tb:1996,S.356

<sup>117</sup> R.Strobl,O.Lobermeier, Wie schafft man demokratische Kultur? Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention und wirkungslosem Aktionismus, in: Deutsche Zustände,Bd.9,hrsg. v. W.Heitmeyer, Berlin 2010,S.309

<sup>118</sup> Ebd.

gegeben wird. Wir hätten auch den soziologischen Begriff „eigentümergeleitete Industriegesellschaften im globalen Wettbewerb“ und ihre Funktionsweisen nehmen können. Lassen wir diese wissenschaftlich orientierte Perspektivendiskussion vorerst einmal pragmatisch außer Acht.

„Nur wenn es der demokratischen Gesellschaft gelingt, ein konkurrenzfähiges Maß an Orientierung, Lebensqualität, Solidarität, Unterhaltung und Spaß anzubieten, kann rechts (-u. links-; E.Ä.) extremen Gruppen (mit naiven Theorien und Menschenbildern, die auch apolitische Menschen haben; E.Ä.) auf Dauer der Boden entzogen werden. Die Reflexion von Orientierungs- u. Angebotsdefiziten und die aktive Gestaltung einer demokratischen Stadtkultur dürfen..nicht in einer gesellschaftlichen Nische stattfinden, sondern sie müssen möglichst alle demokratisch gesinnten gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen und durch Bereitstellung materieller und immaterieller Ressourcen unterstützt werden.“<sup>119</sup> Dies kann natürlich nicht von einem Akteur allein reflektiert, organisiert und inhaltlich gestaltet werden. „Erfolge sind nur dann wahrscheinlich, wenn es gelingt, ein möglichst breites Spektrum an demokratischen Kräften und Institutionen in ein Netzwerk einzubinden...“<sup>120</sup>, wie empirisch vergleichende Studien zum Kampf gegen den Rechtsextremismus es belegen. Wo nur einzelne Engagierte für oder gegen eine Sache kämpfen, „...fühlen sich die engagierten Personen... unzufrieden und überfordert.“<sup>121</sup> Vernetzung ist heute eine Modeforderung geworden und tlw. zum Selbstzweck degeneriert. Das ist hier nicht gemeint, sondern „Netzwerke müssen.. strategisch geplant und bewusst gesteuert werden, wenn sie die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen sollen.“<sup>122</sup> Sie stehen also unter einer klar definierten Zielstellung, wie sich der Vorschlag zur Weiterentwicklung der Stadt Erfurt zur „zukunftsfähigen Bürgerkommune“ (vgl. Kapitel II.) zeigen wird.

Die empirische Forschung zur demokratischen Stadtkultur hat zehn Faktoren einer erfolgsversprechenden Netzwerkbildung eruiert, die wir mit der **Anlage 4** besonders herausstellen wollen.

---

<sup>119</sup> R.Strobl,O.Lobermeier,a.a.O., S.310

<sup>120</sup> Ebd.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> R.Strobl,O.Lobermeier,a.a.O., S.311

## II. Das Konzept der „zukunftsfähigen Bürgerkommune“

In Kapitel I.1 haben wir einleitend darauf hingewiesen, das wir für die neu herzustellende Machtbalance zwischen Staat (Politik und Verwaltungen), Wirtschaft (div. Märkte) und Gesellschaften, Gemeinschaften<sup>123</sup> sowie Individuen den Terminus „*Bürgergesellschaft*“ verwenden wollen, der auf kommunaler Ebene die „*Bürgerkommune*“ heißt. Diese „...auf langfristige angelegte und auf gesellschaftlichen Lernprozessen aufbauende Konzepte der Zivilgesellschaft...ebenso wie auf Gemeinschaftsorientierung setzende Konzepte des Kommunitarismus...“<sup>124</sup> klammert Bogumil u.a. in seiner Analyse und Empfehlungen für das „*Modell der Bürgerkommune*“, auf die wir *im Kern* auch Bezug nehmen werden, leider aus. Wir möchten uns hier nicht nur auf die kommunalen Entscheidungsprozesse im engeren Sinne konzentrieren, weil damit das „Politische“ im Sinne des in Kapitel I Vorgetragenen verloren geht und die pragmatischen Empfehlungen allzu leicht eine staatszentrierte Richtung erhalten können. Diese Kritik wurde dem Leitbild von Bogumil u.a. in der breiten Diskussionen mit kommunalen Verantwortlichen i.d. Verwaltung und den Fraktionen zweier typischer Fallstädte (Schwäbisch Gmünd u. Arnsberg) und allen Kommunen über 20.000 Einwohner in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen entgegen gebracht. „Unser Konzept der Bürgerkommune sei.. zu ´staatszentriert´- zu stark auf die Bedürfnisse der kommunalen Entscheidungsträger ausgerichtet“<sup>125</sup>, lesen wir. Hinter dieser Kritik steht das Leitbild der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Elements“, sagen Bogumil u.a. selbstkritisch.

---

<sup>123</sup> Mit Bezug auf Ferdinand Tönnies unterscheiden wir die beiden **Grundformen menschlicher Verbundenheit bzw. von Beziehungsformen**, ohne seine, auch von ihm später selbst korrigierte, Entwicklungsgeschichte von der „natürlich-organischen **Gemeinschaft**“ zur „mechanisch-zweckhaften **Gesellschaft**“ mit zu denken. Denn beide u.a. „soziale Realitäten“ liegen der „ganzen Wirklichkeit“ (Totalität) zugrunde. Auch wird hier nicht der Ruf nach einer warmherzigen Gemeinschaft, in Abgrenzung zur kalten, berechnenden Gesellschaft der Geschäfte und Zwecke vertretenen, also keiner Sozialromantik das Wort geredet. Sind für Tönnies die Familien, Freundschaften, Nachbarschaften, das Dorf etc. die klass. Orte für Gemeinschaften, so ist die „bürgerliche Wirtschafts-, Erwerbs-u. Handelsgesellschaften“ mit ihrem Kredit-u.Geldsystem, den Verträgen des Waren-u.Dienstleistungsaustausches, auch der Staat, die Vereine etc. die andere Qualität der sozialen Beziehungen, die es zu unterscheiden gilt. In den wirtschaftlichen „**Genossenschaften**“ sieht Tönnies eine Synthesform zwischen den soz. Realitäten der Gemeinschaft und Gesellschaft, weil sie den „...furchtbaren Zerrüttungen, die das kapitalistisch-gesellschaftliche Weltsystem...“ (S.175) seinerzeit (19. und frühe 20.Jahrhundert) und auch heute noch z.T. hinterlässt, ein „...**neues Prinzip der Gemeinschaftsökonomie...**“ entgegensetzt. Vgl. F.Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, (1887<sup>1</sup>), Neudruck der 8.Aufl. von 1935, Darmstadt 1979, S.174 Auch die **Sozialversicherungen** sind genossenschaftliche Aktivitäten und heute würde man nach Alexander Deichsel den **Ruf nach Regionalisierungen, Bindungen des Handelns, die Stadtteilsteste, die Tendenzen nach alternativen Lebens-u.Arbeitsformen etc.** als **moderne Erscheinungen nach Gemeinschaftsbeziehungen** werten können. Vgl. Alexander Deichsel, Gemeinschaft und Gesellschaft als analytische Kategorien. Eine Skizze, in: Ankunft bei Tönnies, Soziologische Beiträge zum 125.Geburtstag von Ferdinand Tönnies, hrsg. von Lars Claußen u. Urban Pappi, Hamburg 1980, S.33-41

<sup>124</sup> Bogumil u.a. Das Reformmodell Bürgerkommune, a.a.O., S.8

<sup>125</sup> Bogumil u.a. Das Reformmodell Bürgerkommune, a.a.O., S.35



„Das Leitbild der ‚Bürgerkommune‘ meint dabei mehr als Kommunalpolitik. Es umfasst alle Lebensbereiche, die in lokalen Räumen organisiert sind und alle Akteure, die unmittelbar auf das lokale Zusammenleben Einfluss nehmen (...) In Kommunen, die z.B. durch ein ansässiges Großunternehmen geprägt sind, dürfte dessen lokales Engagement gelegentlich mehr Gewicht für die Umsetzung des Leitbilds ‚Bürgerkommune‘ haben als Rat und Kommunalverwaltung“<sup>126</sup>. Diese Sichtweise kommt unserem o.g. Demokratieverständnis als eine „*ethische Lebensform*“ in allen Handlungssituationen und -räumen sehr nahe und verweist auf die Gestaltungsnotwendigkeiten aller Beziehungen in der Wirtschafts-u.Bürgergesellschaft sowie den Kommunen (Staat) hin. Dabei kommt der Bürgergesellschaft oder den kommunalen Bürgerschaften eine erhebliche Bedeutung zu. Was verstehen wir aber unter dem Begriff der Bürgergesellschaft (s. Kap. II.1) und der Bürgerkommune (s.Kap. II.2) genauer? Wenden wir uns dieser Begriffsarbeit in den nächsten beiden Kapiteln zu, um dann im Weiteren das Erfurter Zukunftsmodell einer „zukunftsfähigen Bürgerkommune“ konkret vorzustellen (s.Kap. II.4.1.-4.).

## II.1.) Was ist unter der Bürgergesellschaft zu verstehen?

Der Begriff der Bürgergesellschaft unterliegt einer „...gewissen Vieldeutigkeit und definitorischen Unschärfe...“<sup>127</sup>, sagt uns die Fachwissenschaft. Es ist hier nicht der Raum, einen ausführlichen, ideengeschichtlichen Rückblick oder die idealtypischen Begriffe einer liberalen, kommunitaristischen, radikaldemokratischen, diskurstheoretischen Bürgergesellschaft<sup>128</sup> abwägend zueinander zu reflektieren und auf die

---

<sup>126</sup> Enquete-Kommission, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: Bürgerschaftlichen Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Bundestagsdrucksache 14/2351, Berlin, S.159; zitiert nach Bogumil u.a.,S.35

<sup>127</sup> Vgl. L.Probst, Idee und Gestalt der Bürgergesellschaft, in: R.Kreibach,Ch.Trapp, Bürgergesellschaft, Floskel oder Programm, Baden-Baden 2002, S.26f. ;s.a. G.Kneer, Zivilgesellschaft, in: Soziologische Gesellschaftsbegriffe,2.Aufl., München 2000, S.228

<sup>128</sup> Vgl. dazu einleitend G.Kneer, a.a.O., S.234-247 und ideengeschichtlich L.Probst, a.a.O., S.27-30; vertiefend: **Bürgergesellschaft**, Recht und Demokratie, hrsg. von B.van den Brink,W.van Reijen, Frankfurt/a.M.1995; Van den Brink sieht drei **Theorietraditionen**, die kurz wie folgt beschrieben und durch eine vierte Tradition ergänzt werden: I. „In der Grundform des klass. liberalen Modells dient die demokratische Bürgergesellschaft vorpolitischen, individuellen Zwecken und keinen kollektiven.“(S.15) Der Bürger wird durch seine individuellen Rechte (pers. Freiheitsrechte, pol. Teilhaberechte und Wirtschaftsbürgerrechte) definiert, die der „wertneutrale“ Staat zu garantieren hat. Die polit. Rolle des Bürgers ist „...auf die kritische Überprüfung des vom Staat gewährten Rechtssystem beschränkt.“ (Ebd.)

II. Die *zweite Theorietradition* trägt den Namen Kommunitarismus und stellt eine Ergänzung der liberalen Perspektive dar. „Die demokratische Bürgergesellschaft dient hier sowohl individuellen wie kollektiven Zwecken: der Reproduktion der für unser individuelles und kollektives Selbstverständnis ausschlaggebenden Gemeinschaftswerte, die auch im Rechtssystem und im politischen System zum Ausdruck kommen sollten.“ (S.18) Der Bürger wird also nicht primär nur als Träger von unter I. genannten Rechten angesehen, sondern

wissenschaftliche Kritik des angeblich „...*unterkomplexen* Bildes von der Moderne“<sup>129</sup> bei den Bürgergesellschaftstheoretikern einzugehen, sondern die Benennung der Hauptkennzeichen einer Bürgergesellschaft muss hier genügen, um dann mit diesem minimalen Hintergrundwissen den Blick auf das hier vorgeschlagene neue Beteiligungskonzept der „zukunftsfähigen Bürgerkommune“ zu richten. Der Nestor der deutschen Begriffsbildung, der jüngst verstorbene Soziologe Ralf Dahrendorf, gibt uns drei wichtige Hauptmerkmale zur Kenntnis:

1. Das *erste Hauptmerkmal* der Bürgergesellschaft ist lt. Dahrendorf „...das schöpferische Chaos der vielen, vor dem Zugriff des (Zentral-) Staates geschützten Organisationen und Institutionen. ...Es gibt eine Fülle von Organisationen und Institutionen, in denen Menschen Dimensionen ihrer Lebensinteressen realisieren können. Eine Staatskirche (z.B. die des wirtschaftspolitischen Mantras des neoklassisch verstandenen Wettbewerbs und der vollständigen Ökonomisierung aller Lebensbereiche als Folge; E.Ä.) hat.. nichts mit der bürgerlichen Gesellschaft zu

---

zugleich immer als Angehöriger seiner „...ethischen und kulturellen Gemeinschaft, deren Traditionen er mit den Mitbürgern durch aktive soziale und politische Partizipation reproduziert.“(S.17) Diese „kollektive Selbstbestimmung“ (S.18) gehört wie die „individuelle Selbstbestimmung“ aus der liberalen Theorietradition zum ganzen Leben hinzu. Über das „wie“ der Konkretisierung der kollektiven Selbstbestimmung sind sich die Kommunitaristen jedoch nicht einig, weil es verschiedene Vorstellungen vom guten Leben gibt.

III. Die *dritte Theorieposition* ist die von Otto Apel und Jürgen Habermas entwickelte *Diskurstheorie*. Sie will eine zwischen dem Liberalismus und Kommunitarismus vermittelnde Position sein.(S.19).“So versucht Jürgen Habermas... zu zeigen, dass das liberale System subjektiver Rechte und die kommunitaristisch-republikanische Idee der Volkssouveränität sich wechselseitig voraussetzen.“(S.19f.) Anders als der kommunitaristische Republikanismus sieht die soziologisch orientierte Diskurstheorie eine komplexe, konflikthafte Gesellschaft vor sich und nicht als eine rel. harmonische „...face-to-face Interaktion zwischen Mitgliedern derselben ethisch-kulturellen Gemeinschaft“(S.20), wie es der Kommunitarismus tut. Das Private und Öffentliche lässt sich nicht so strikt voneinander trennen, wie es der Liberalismus unterstellt. (S.21) “Wer das liberale Ideal der gleichen Freiheit für alle ernst nimmt, und allen Bürgern gleichen Respekt zollen möchte, sollte den Liberalismus...um einen *deliberativen* Begriff von Politik ergänzen...“(S.21f.), weil wir vor dem Hintergrund der Tatsache des Wertekonflikts (nicht eines Zerfalls, wie Konservative stets unterstellen) in pluralistischen Gesellschaften “...institutionell abgesicherte Möglichkeiten (benötigen;E.Ä.), um in öffentlichen Debatten (Rechts-)Normen hervorzubringen, die wir alle als verbindlich anerkennen können.“(S.22). Jeder Bürger in hochdifferenzierten und dynamisch, industriell-kapitalistischen Gesellschaften „...muß einsehen, dass in einer pluralistischen Gesellschaft öffentliche Diskussionen nicht ohne moralische Konflikte zu haben sind. Und er muß in der Lage sein, Menschen, mit denen er nicht einverstanden ist, zu respektieren und als Träger gleicher Rechte anzuerkennen.“(S.22).

IV. Im Streit unter den aufgezeigten, drei Traditionssträngen der „Familie des Liberalismus“ fehlt m.E. noch der „*Pragmatismus*“, wie ihn insbesondere John Dewey in seiner Demokratietheorie grundgelegt hat. Neo-Pragmatiker werfen der Diskurstheorie „Kopflastigkeit“ oder einen „einseitigen Rationalismus“ vor und die Beschränkung demokratischer Lebensweisen auf nur einem Handlungsfeld, den des Politischen. Die Demokratie ist für Dewey „...eine *Lebensform*... die gerade nicht in einem abgegrenzten Bereich der sozialen Interaktion ihren Platz findet.“ M.Hartmann, Die Kreativität der Gewohnheit. Grundzüge einer pragmatischen Demokratietheorie, Frankfurt/a.M. 2003, S.64. Auch wird die strikte Unterscheidung zwischen dem „Guten“ (kommunitaristische Perspektive) und dem „Gerechten“ (Position des klass. Liberalismus) von den Pragmatikern nicht geteilt, weil für Dewey und Apologeten „...von Anfang an kein Zweifel daran besteht, dass das Gerechte als ein Gutes wahrgenommen werden muss, um überhaupt handlungswirksam zu werden (S.67). Soweit eine Kurzfassung der unterschiedlichen Begriffsinhalte zum Sachverhalt der „Bürgergesellschaft.“

<sup>129</sup> G.Kneer, a.a.O., S.248

tun.“<sup>130</sup> Die „Bürgergesellschaft“ und die „bürgerliche Gesellschaft“ (als Wirtschaftsgesellschaft der Eigentümer, die „Eigentümergeellschaft“<sup>131</sup>) sind verschiedene Begriffe für unterschiedliche Gegenstandsbezeichnungen (s.a. sogleich die Ziffer 4).

2. „Ein *zweites wichtiges Merkmal* der Bürgergesellschaft ist die Autonomie der vielen Organisationen und Institutionen.“<sup>132</sup> (Kursiv durch uns) Vor allem verstanden als Unabhängigkeit von einem Machtzentrum<sup>133</sup>, wie dem des Staates oder der Wirtschaft (den Märkten). Unabhängigkeit bedeutet aber nicht ein Gegenprojekt zu diesen beiden dominierenden Mechanismen moderner Vergesellschaftung zu sein, sondern die Bürgergesellschaft will als drittes Prinzip diese Mächte nur zu relativieren<sup>134</sup> und wo nötig, zu zivilisieren<sup>135</sup> versuchen. „Wo die Verfassung der Freiheit herrscht, ist die Bürgergesellschaft das normale Lebensmedium der Menschen. Sie ist nicht gerade eine Stütze des Staates...(aber; E.Ä.) sie steht.. auch nicht in Opposition zum Staat“<sup>136</sup>, sagt Ralf Dahrendorf.

3. Als *drittes Hauptkennzeichen* von Bürgergesellschaften nennt Dahrendorf die Heranbildung von „Bürgersinn“. „Der Bürger in diesem Sinn fragt nicht, was andere, insbesondere der Staat, für ihn tun können, sondern tut selbst etwas. Bürgerstolz, Zivilcourage-...(sind; E. Ä.) die Tugenden der Mitglieder von Bürgergesellschaften.“<sup>137</sup> Damit hier keine Missverständnisse entstehen, sei gesagt, dass Dahrendorf mit dem dritten Merkmal keinen, heute üblichen, vulgärliberalen Ruf nach existenzieller Eigenverantwortung vertritt. Er und die politischen Liberalen (versus Wirtschaftsliberale in allen Parteien!) wissen, dass der aus Würde- und Freiheitsgründen richtige Ruf nach der Eigenverantwortung auf voraussetzungsvolle gesellschaftliche Bedingungen beruhen, wie z.B. die Befähigung von Bürger/-Innen, ihre Ausstattung mit, bzw. zumindest den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Grundgütern. Gegen die von wirtschaftlicher und politischer Macht verursachten sozialen Ungleichheiten hilft für ihn „...wenn es ein garantiertes Grundniveau für alle gibt und wenn niemand seinen Reichtum nutzen kann, um die Teilnahmekancen anderer zu beschneiden....Der Grundstatus für alle ist zu definieren, wozu die Dis-

---

<sup>130</sup> R.Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, München 1994 S.69; im weiteren als R.Dahrendorf (1994), a.a.O.,S.xx zitiert

<sup>131</sup> Vgl. G.Heinsohn, O.Steiger, *Eigentumsökonomik*, Marburg 2006

<sup>132</sup> R.Dahrendorf (1994), a.a.O.,S.69

<sup>133</sup> Ebd.

<sup>134</sup> Vgl. H.Joas 82001), a.a.O., S.2

<sup>135</sup> Vgl. u.a. P.Ulrich, *Zivilisierte Marktwirtschaft, Eine wirtschaftsethische Orientierung*,(2002<sup>1</sup>), Freiburg-Basel-Wien 2005

<sup>136</sup> R.Dahrendorf (1994), a.a.O., S.71

<sup>137</sup> R.Dahrendorf (1994), a.a.O., S.70

kussion um ein Bürgereinkommen- ein garantiertes Grundeinkommen - wichtige Beiträge geleistet hat.“<sup>138</sup> Ein (demütigender) Fürsorgestaat, der die Menschen i.d. Not stets fragt, ob sie denn auch wirklich bedürftig sind und dabei mit mehreren Personen vom JobCenter das Schlafzimmer durchsuchen lässt, ob sich nicht doch Personen unter der Decke verstecken, die nicht zur sog. Bedarfsgemeinschaft gehören, entwürdigt die Menschen, auch wenn die Fürsorge mit positiv-en Begriffen, wie z.B. mit Fordern und Fördern daherkommt. Das Fördern wird in Praxis durch permanente Kontrolle ersetzt, ob sich die Ausgeschlossenen nicht dem Niedriglohnsektor entziehen. Der Politologe Franz Walter charakterisiert das seit 2005 in Kraft getretene, neue Fürsorgesystem Hartz-IV zu Recht „...als herrisch diktierte Pflicht zum Billigjob.“<sup>139</sup>

Ergänzend charakterisiert Lothar Probst diese drei wichtigsten Kennzeichen der Bürgergesellschaft durch nachfolgende zwei Charakteristika:

4. Im Begriff der „*Bürgerschaft*“ aus der Tradition der Deutschen Stadtstaaten (z.B. der Hansestädte) ist die Ursprungsbedeutung dieser Einrichtung noch erkennbar: „Sie sollen ein Ort der schaffenden Bürger sein, der Bürger, die sich um das Gemeinwohl kümmern und die öffentlichen Belange.“<sup>140</sup> und nicht (nur) den wirtschaftlichen Eigennutz vertreten. „Das Projekt der Bürgergesellschaft ist ein genuin politisches Projekt. ... Dort, wo die Bürgergesellschaft ihrer politisch-partizipativen Dimensionen entkleidet und der Bürger auf den Status eines Wirtschaftssubjektes reduziert wird, handelt es sich um eine Mogelpackung.“<sup>141</sup> Das *Leitbild einer voll entfalteten Bürgergesellschaft* umfasst „...neben den elementaren Persönlichkeitsrechten und Staatsbürgerrechten ( politische Teilnahmerechten) auch teilweise noch fehlende Wirtschaftsbürgerrechte (sozioökonomische Grundrechte), soweit solche zur selbstständigen Lebensführung in realer Freiheit und Selbstachtung nötig sind“<sup>142</sup>, sagt uns der an Kant und Habermas orientierte Wirtschaftsethiker Peter Ulrich von der sog. „Kaderschmiede“ der Wirtschaftseliten, der Universität St. Gallen.

5. „In den kleinen politischen Einheiten, den Kommunen, kann sich die Selbstregierung der Bürgerinnen und Bürger am besten entfalten. Sie sind der öffentliche

---

<sup>138</sup> R.Dahrendorf, Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21.Jahrhundert, München 2003, S. 102; im weiteren als R.Dahrendorf (2003), a.a.O., S.xx zitiert

<sup>139</sup> F. Walter, Die ziellose Republik, Gezeitenwechsel in Gesellschaft und Politik, Köln 2006, S.110

<sup>140</sup> L.Probst, a.a.O., S.31

<sup>141</sup> Ebd.

<sup>142</sup> P.Ulrich, Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung,2.Aufl., Freiburg-Basel-Wien 2005, S.86

Raum, in dem die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ´Geschmack an der Freiheit´ entwickeln, sondern auch ihre sozialen und politischen Kompetenzen einbringen können. Nicht zufällig ist deshalb die Idee der Bürgergesellschaft eng mit dem Subsidiaritätsprinzip verknüpft<sup>143</sup>, sagt Probst. Das leitet über zur Notwendigkeit der Konkretisierung der Bürgergesellschaft auf kommunaler Ebene und damit zur Begriffsklärung der „Bürgerkommune“. Was verstehen wir darunter?

## II.2. Die Bürgerkommune als „Demokratie vor Ort“ oder „des Zuhauses“

John Dewey, auf dessen pragmatischen Demokratieverständnis wir uns oben berufen haben, sagte: „Demokratie´ .. beginnt zu Hause, und zu Hause, das ist die nachbarschaftliche Gemeinde´... An diese Einsicht knüpfen seit den achtziger Jahren die so genannten Kommunitaristen an, die in den USA das Konzept der Bürgergesellschaft wieder belebt haben. Es geht den Kommunitaristen um die Wiedergewinnung der Freiräume des Bürgers für souveränes politisches Handeln zwischen den Einflussbereichen der Wirtschaft und des Staates.“<sup>144</sup> Insofern versuchen sie auch eine Antwort auf die oben in Kapitel I.1 gestellte Kernfragestellung zu geben. Allerdings zeigen die kurzen Ausführungen i.d. FN 141 einige Schwachpunkte auf, die hier nicht weiter theoretisch vertieft werden können. Interessanter für diese Arbeit ist die Konkretion der Wiedergewinnung der Freiräume der BürgerInnen, Vereine, Organisationen etc., die wir in Erweiterung der o.g. Kennzeichnung vier der Bürgergesellschaft auch als „Stakeholder-Gesellschaft“<sup>145</sup> benennen können, in ihrer „partizipativen Stadt“ oder auch „Bürgerkommune“ genannt. Dies kann deshalb gelingen, weil „auf der lokalen Ebene ... Betroffenheit, Vertrautheit und Einflussnahmemöglichkeiten besonders eng zusammen“<sup>146</sup> kommen.

---

<sup>143</sup> L.Probst, a.a.O., S.31

<sup>144</sup> L.Probst, a.a.O., S.30

<sup>145</sup> Der Zentralbegriff des amerikanischen, liberalen Republikanismus „Stakeholder-Gesellschaft“ ist zwar unübersetzbar, wie Claus Offe sagt, aber als Gegenbegriff zur „Shareholder-Value-Gesellschaft“ gedacht. „Der Gegenbegriff des stakeholding besagt, dass auch diejenigen Akteure, die an den Kapitalmärkten nicht mithalten können (oder wollen), ein als legitim berücksichtigungswürdiges Interesse und ein Einspruchsrecht haben gegen das Diktat der Kurse“, also der ökonomischen Eigentümergesellschaft. (C.Offe, Zur Einführung: Die Wiederentdeckung der Chancengleichheit, in: B.Ackermann, A.Alstott, Die Stakeholder-Gesellschaft. Ein Modell für mehr Chancengleichheit, Frankfurt/a.M. –New York 2001, S.10 . Universell und umfassende Bürgerrechte brechen ethisch die kurzfristigen Gewinninteressen von Anteilseignern an den Börsen!

<sup>146</sup> Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, hrsg. von BUND-Deutschland e.V., eed-evangelischer Entwicklungsdienst u. Misereor-Brot für die Welt, (1996<sup>1</sup>), 2.Aufl., Frankfurt/a.M. 2008,S.545

Die „Bürgerkommune“ ist keine „...´neue Sau, die durchs Dorf getrieben´...“<sup>147</sup> wird und „... kein kurzfristiger Modetrend, sondern ein Konzept, welches versucht Antworten auf verschiedene gesellschaftliche Trends zu geben, auf die wir sogleich zu sprechen kommen. Mittlerweile haben sich mehr als der Hälfte der Städte in Baden-Württemberg und NRW offiziell das Ziel gesetzt., eine Bürgerkommune zu werden.“<sup>148</sup> Auch die Stadt Potsdam hat sich auf den Weg zur Bürgerkommune gemacht, weil sie erkannt hat, dass die Kommunen der Austragungsort, der primäre Ermöglichungsraum von aktiver Bürgerschaft und partizipativer Demokratie ist, auch wenn die nationalen und europäischen Vorgaben mächtig in die kommunale Ebene hineinwirken. Deshalb sind nationale und europäische Volksentscheide zu fordern und baldmöglichst zu ermöglichen. Dennoch haben auch die Kreise, Kommunen beachtliche Gestaltungsspielräume, wie wir aus der Erfahrung wissen. Potsdam, Jena, Großbreitenbach, um nur die Aktivsten in den Neuen Bundesländern zu nennen, nutzen sie: „Die Rahmenbedingungen für die Engagierten in der Stadt zu verbessern, die Kommunikation der aktiven Bürger unter einander sowie mit ihrer Verwaltung zu verstetigen und gemeinsam eine Kultur des Ehrenamtes zu entwickeln, das sind die Hauptziele des Vorhabens Bürgerkommune in Potsdam. Um das gegenseitige Verständnis für einander zu vertiefen, sollen Verwaltungsentscheidungen für die Bürger transparenter werden, sollen umfassend Informationen bereitgestellt werden und zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet werden. Als Bestandteil des Leitbildprozesses führt die Landeshauptstadt Potsdam neben weiteren Bereichen der Verwaltungsmodernisierung unter dem Projekt Bürgerkommune die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten und Einzelprojekte zu einem Gesamtkonzept (Unterstreichung durch uns) zusammen“<sup>149</sup>, kann man auf der Website der Stadt lesen.

Auch die Stadt Hamm verweist z.B. darauf, das es sich bei der Bürgerkommune nicht um ein aufgesetztes, zusätzliches Konzept bisherigen bürokratischen Verhaltens zwischen der Stadtverwaltung u. den gewählten Repräsentanten sowie aktiven Bürgern, Vereinen u.a. handelt, sondern um ein integriertes Zukunfts-und Modernisierungskonzept., „Unter dem Leitbild der Bürgerkommune fügt die Stadt Hamm verschiedenste Einzelprojekte zu einem Zukunfts-und Modernisierungskonzept zu-

---

<sup>147</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.7

<sup>148</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.83

<sup>149</sup> <http://www.potsdam.de/cms/ziel/282558/DE/>

sammen, das als wesentliches Element die Herstellung einer örtlichen Verantwortungs-gemeinschaft von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft beinhaltet.“<sup>150</sup>

Wie könnte nun ein solches *normatives Leitbild* aussehen, welches auch Chancen zur Realisierung hätte? Jörg Bogumil u.a. haben auf der Basis von „...´einschlägiger´ Praktikerliteratur und wissenschaftlichen Studien zur Förderung von Bürgerengagement...ein Leitbild der Bürgerkommune entwickelt“<sup>151</sup> und es dann vor allem empirisch getestet, d.h. „...mit den Akteuren vor Ort in den halbstandardisierten Interviews systematisch auf ihre Praxistauglichkeit durchgegangen.“<sup>152</sup> Auch in den landesweiten Befragungen der Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD sowie der (Ober-)Bürgermeister aller Kommunen >20.000 Einw. in NRW u. Baden-Württemberg mit hohen Rücklaufquoten(CDU 72%, SPD 75% sowie Ober-Bürgermeister 69%) wurde der Praxistest einbezogen. Wir fassen das Ergebnis hier zusammen und werden es in Kapitel II.4.1-4. für die „zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt“ fruchtbar, umsetzbar zu machen versuchen. Dabei knüpfen wir natürlich an die Ist-Situation der Bürgerbeteiligung in Erfurt an (vgl. Kapitel II.3).

*Gesellschaftliche Trends* sind lt. Bogumil dafür verantwortlich, dass der Weg in die Bürger-kommune gegangen werden sollte. „Diese langfristigen Trends, die sich kurz- und mittel-fristig nicht nachhaltig verändern dürften (sich u.E. noch verschärfen werden; E.Ä.), führen unseres Erachtens dazu, dass die Bürgerkommune oder zumindest die dahinter stehenden Ziele keine ´Eintagsfliege´ sein wird.“<sup>153</sup> Die *Legitimations-, Steuerungs-u. Haushaltskrise sowie die Krise der gesellschaftlichen Institutionen* sind nach Bogumil die Ursache für den Modernisierungs-o. Reformdruck i.d. Kommunen und den höheren Ebenen ( Land, Bund, EU etc.) der Politik. Die Legitimationskrise haben wir oben unter dem Titel der Demokratiekrise rel. ausführlich beschrieben. Auf der Bundesländerebene haben nach 1990 alle Länder ein mehr oder weniger an formellen Elementen der direkten Demokratie eingeführt. „Ein deutliches Beispiel dafür ist der direkt gewählte Bürgermeister.“<sup>154</sup> In den Landesverfassungen wurden Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt sowie i.d. Kommunalverfassungen die Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Bundes-

---

<sup>150</sup> <http://www.hamm.de/58.html>

<sup>151</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.22

<sup>152</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.30

<sup>153</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.13

<sup>154</sup> Ebd.

weite Volksabstimmungen fanden im Bundestag bisher keine Mehrheit. Die Qualität der Länder- u. Kommunalbegehren u.– entscheide im Hinblick auf die Zulassung von Themen der direkten Mitbestimmung und die Hürden der Mindestbeteiligung, die sog. Quoren, sind höchst unterschiedlich<sup>155</sup> und können vor allem von kleineren Initiativen oder Gruppen selten bewältigt werde. „Stadtteilbezogene Interessen können auf diesem Weg nur schwerlich repräsentiert werden“<sup>156</sup>, sagt eine Expertise für die Weiterentwicklung der informellen Bürgerbeteiligung i.d. Bürgerkommune Potsdam. Auf die Legitimationskrise wird also folge-richtig mit einer stärkeren Demokratisierung geantwortet.

Über die Finanzmarkt und Staatsschuldenkrise werden wir fast täglich aus den Medien bombardiert und Griechenland, Italien, Spanien, Portugal sind nur die jüngsten Fälle in einer Serie von Finanzsystemkrisen weltweit (Mexiko 1994, Südostasien 1997, Russland 1998, Brasilien 1999, Argentinienkrise 2001/02). Auch viele Deutsche Kommunen sind seit Anfang der 90er Jahre „...in eine schwere *Haushaltskrise* geraten, ohne das absehbar wäre, wie sie aus eigener Kraft aus der überwiegend exogen bedingten Krise herauskommen können.. Im Zuge der Deutschen Einheit und der Wirtschaftskrise wiesen die deutschen Kommunen bereits 1992 einen negativen Finanzierungssaldo von 4.2 Mrd. Euro aus.“<sup>157</sup> Auf das durch erheblichen Personalabbau im öffentlichen Dienst und den Investitionsverzicht i.d. Kommunen folgende positive Finanzierungssaldo der Jahre 1998 bis 2000 folgte dann sprunghaft seit 1999 das Ansteigen des kommunalen Gesamt-Defizit im Jahr 2003 auf 8,4 Mrd. € und etwas schwächer in 2004/ 05 auf rd. 4/5Mrd. €. Von 2006 an wurde das bisherige Defizit „...in einen Finanzierungsüberschuss von 2,9 Mrd. € um“<sup>158</sup>-gedreht. 2007/08 erhöhte sich das Plus stark auf 8,6/7,7 Mrd. , um dann mit der einsetzenden Finanzkrise sprunghaft auf ein Minus von 7,2 Mrd. € umzuschlagen. „2010 mussten Städte und Gemeinden mit elf Milliarden Euro ihr bisher mit Abstand größtes Finanzierungsdefizit hinnehmen“<sup>159</sup>, berichtet die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Allerdings sind die Bundesländer untereinander und auch die Städte sehr unterschiedlich von der Haushaltskrise betroffen. So geht es den Südländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen rel. gut und den Nordlichtern sowie insbe-

---

<sup>155</sup> Vgl. u.a. Mehr Demokratie-Grundlagenheft, hrsg. von Mehr Demokratie e.V., München 2010

<sup>156</sup> Bürgerbeteiligung, Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung, a.a.O., S. 3

<sup>157</sup> Bogumil u.a., a.a.O., S.16

<sup>158</sup> Albert Günther, a.a.O., S.119f.

<sup>159</sup> Vgl. [http://wipo.verdi.de/broschueren/konzept\\_steurgerechtigkeit\\_1](http://wipo.verdi.de/broschueren/konzept_steurgerechtigkeit_1)



sondere Nordrhein-Westfalen und seinen großen Städten eher sehr schlecht. „Zudem gelingt es immer weniger Großstädten in Nordrhein-Westfalen nachzuweisen, dass sie einen Haushaltsausgleich innerhalb von wenigen Jahren wieder erreichen können. Die Folge davon ist, dass die Haushaltssicherungskonzepte von den Genehmigungsbehörden nicht mehr genehmigt werden und die Kommunen damit nur noch aufgaben wahrnehmen dürfen, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind ‘oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unauf-schiebbar sind’ (GO NW § 81 Abs.1).“<sup>160</sup> Das diese Haushaltskrisen dann auch zu der Forderung nach einer verstärkten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Ersatz für den Ausfall von staatlichen Dienstleistungen zu beobachten ist, deutet sich bereits i.d. 90er Jahren an. Wir werden darauf in Kapitel II.4.3. kritisch zurückkommen. Einem Missbrauch des Bürgerengagements zu Sparzwecken, widersprechen wir bereits hier. Was nicht heißt, dass das Engagement der BürgerInnen in ihrer Mitgestalterrolle in der Stadt nicht auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen kann. Aber eben nur als sekundärer Nebeneffekt und nicht als primäre Zielformulierung in der Beteiligungspolitik. Die Finanz- u. Haushaltskrisen lassen sich u.E. nur durch eine gerechte Steuerpolitik, sparsame Haushaltspolitik, die auch dem Effizienzprinzip folgt, sowie strengen Regeln für den Finanzmarkt, bis hin zu Verboten hochspekulativer Finanzmarktprodukte, die auf falschen finanzmathematischen Risikomodellen<sup>161</sup> beruhen, lösen.

Aus der Demokratie-u.Legitimationskrise und der falschen Sichtweise von der „Kommune als „Reparaturbetrieb“, erwächst u.a. auch die Steuerungskrise. „Zunehmend wird deutlich, dass sich mit den klassischen Steuerungsmedien (Geld und Recht) immer weniger politische Zielsetzungen erreichen lassen. Die Steuerung setzt dann in der Regel erst ein, wenn das je-weilige Problem nur noch schwer zu lösen ist.... Will man aber bei der Entstehung der Probleme ansetzen, ist man auf die Kooperation mit anderen Akteuren angewiesen, denn Prävention ist oftmals gleichbedeutend mit Beteiligung.“<sup>162</sup> Damit rückt das altehrwürdige Wort „Teilhabe“ wieder in den Fokus von Regierungshandeln, sagt der Beteiligungsforscher Klaus Selle. „‘Teilhabe’ meint zunächst: Dabeisein, beteiligt werden, sich beteiligen, mitwirken, mitgestalten etc. und kann damit ein sehr breites Spektrum von Aktivitäten und eine

---

<sup>160</sup> Bogumil u.a., a.a.O.,S.17

<sup>161</sup> Vgl. J.Arnoldi, Alles Geld verdampft, Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt/a.M. 2009, S. 18ff.

<sup>162</sup> Ebd.

sehr unterschiedliche Reichweite von Einflussnahmen bezeichnen<sup>163</sup>, so Selle. Wir werden diesen komplexen Sachverhalt unten Mithilfe der Governancetheorie und der Rollentheorie in einer Stadt zu erfassen versuchen. „Die Theorie hat inzwischen mit dem ‘Governance’-Konzept das analytische Instrument bereit gestellt, um die Prozesse der Stadtentwicklung durch viele Akteure abzubilden“<sup>164</sup>, sagt uns Selle. Man spricht heute von den Akteuren der Märkte (Grundeigentümer, Banken, Wohnungsunternehmen, Immobilien-entwickler, Baufirmen, Architekten, Ingenieure etc.), Akteuren der Zivilgesellschaft (Familien, soziale Netzwerke, Initiativen, Vereine etc.) und den öffentlichen Akteuren (Parlamente, Behörden, öffentl. Betriebe etc.).<sup>165</sup> Auf der Ebene der konkreten Handlungsausgestaltung der BürgerInnen in der Stadtpolitik ist es sinnvoll die Rollentheorie mit den Begriffen von der „Kunden-, Mitgestalter-u.Auftraggeberrolle“ der BürgerInnen i.d. Stadt zu benutzen. Wir werden unten so verfahren. An die Stelle der ehemals „...‘etatistischen‘ (auf staatliches Handeln fixierten) Betrachtungsweise ist ..die ‘Governance-Perspektive‘ getreten: Die Kunst der Politik besteht nun darin, das Handeln Vieler aufeinander zu beziehen und soweit möglich auf gemeinsame Ziele und Handlungsfelder auszurichten.“<sup>166</sup> Die Einsicht ist gereift, dass es zwar „...eine *Steuerung in der* funktional differenzierten Gesellschaft gibt, aber keine *politische Steuerung der* Gesellschaft“<sup>167</sup> z.B. durch den Staat oder die Wirtschaft allein gibt. Auf die Stadtebene bezogen heißt das:“ Es gibt demnach *Steuerung in der* Stadtentwicklung, aber *keine* von einem Zentrum ausgehende *Steuerung der* Stadtentwicklung.“<sup>168</sup>

Von einer „Krise der gesellschaftlichen Institutionen“ wie z.B. der Familie zeugen u.a. die hohen Scheidungsraten. Bindungsverluste an die klass. Organisationen wie z.B. an Kirchen Gewerkschaften, Parteien, Vereine etc. sind ebenfalls empirisch zu verzeichnen. Im Zuge der Erhöhung des Wettbewerbdruckes durch die Automatisierung und Internationalisierung (Globalisierung) in der Wirtschaft seit Mitte der 70er Jahre sprechen die Soziologen von der „entfesselten Welt“ ( Anthony Giddens) oder der „Welt ohne Halt“ (R.Dahrendorf) oder auf der sozialpsychologischen Ebene vom „flexiblen Menschen“ (R.Sennett), die „die Kultur des neuen

---

<sup>163</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?..., a.a.O.,S.3

<sup>164</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.1

<sup>165</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.8

<sup>166</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.21

<sup>167</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.10f.

<sup>168</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.11

Kapitalismus“<sup>169</sup> von den Unternehmern und Beschäftigten abnötigt. Bereits Karl Marx und auch Max Weber als Analytiker des frühen Kapitalismus wiesen uns auf die „Auflösung, Verdampfung allen Ständischen“ hin. „Solche Auflösung setzt Menschen frei, sie nimmt ihnen zugleich die Verlässlichkeit hergebrachter Bindungen“<sup>170</sup>, formuliert heute der Konflikttheoretiker Ralf Dahrendorf. Die „Flexi-Optionen-Welt“ ist in einem doppelten Sinne haltlos geworden: „Keiner kann sie halten, und wir finden in ihr keinen Halt.“<sup>171</sup> Entsprechend hat sich das Verhalten auch im Ehrenamt verändert. Nicht mehr das „lebenslange Aufopfern“ im Vereinsvorstand z.B. ist die Regel, sondern „...das Bedürfnis sich zeitlich befristet und projektorientiert zu engagieren“<sup>172</sup>, tritt an die Stelle, wissen Engagementforscher. Und nicht vergessen werden darf der „Spaßfaktor“ des Engagements. „Man kann sich ... aufgrund der Flexibilitätsanforderungen der Arbeitswelt nicht mehr dauerhaft auf ein Ehrenamt festlegen und Engagement wird für viele eher zu einer Wahlentscheidung, in der auch Kosten-Nutzen-Erwägungen eine Rolle spielen, während Tradition und ´gesellschaftliche Pflichten´ zusehends an Bedeutung verlieren.“<sup>173</sup>

Eingebettet sind diese konkreten Krisen in *das krisenhafte Spannungsdreieck von Ökologie-Ökonomie und Soziales*. „Die Welt.. steht im Schatten einer wirtschaftlichen und ökologischen (und sozialen; E.Ä.) Katastrophe“<sup>174</sup>, ist eine starke Aussage des renommierten, englischen Soziologen Anthony Giddens, die wir teilen. Zumind-est kann sie dann volle Geltung beanspruchen kann, wenn wir den „westlichen Lebensstil“ universalisieren würden. Und wer wollte es den Indern, Chinesen, Latein-amerikanern und Afrikanern verwehren, die gleichen materiellen Ansprüche wie die Bürger der sog. 1.Welt stellen zu dürfen, wenn diese sich aus Einsicht, Vernunft-gründen nicht drastisch selbst beschränken? Die „soziale Frage“ lässt sich nicht mehr durch die bisherige, überholte Lösung, immer noch mehr materielles Wachstum zu erzeugen, beantworten. Dies lässt die Natur nicht mehr zu! Die Antworten des „ökonomischen Liberalismus“, die wirtschaftlichen Kräfte (das Besitzbürgertum) nur ja ungestört machen zu lassen, um damit das Wohlergehen Aller befriedigen zu können, ist eine Ideologie, die sich seit der großen Industrialisierung und Technisier-

---

<sup>169</sup> Vgl. R.Sennett, Die Kultur des neuen Kapitalismus, (engl. 2004), Berlin 2005

<sup>170</sup> R.Dahrendorf (2003), a.a.O., S.36

<sup>171</sup> Ebd.

<sup>172</sup> Bogumil u.a., a.a.O., S.19

<sup>173</sup> Ebd.

<sup>174</sup> Vgl. A.Giddens, Soziologie, (1997), 2.überarb. Aufl., Graz/Wien 1999, S.575

ung unserer sog. modernen Gesellschaften nicht realisiert hat. Auch der staatskapitalistische Weg war (UdSSR samt Satellitenstaaten ehemals) und ist (China heute) nicht i.d. Lage die Menschenrechte mit ihren individuellen Freiheitsrechten, den politischen Teilhaberechten sowie den Wirtschaftsbürgerrechten in einer intakten Umwelt zu sichern. Mit Höffe ist festzuhalten: „Auf der Ebene der Zivilisationsentwicklung muß man sich .. fragen, ob die gewaltige Industrialisierung, die im Laufe der letzten Generationen in (fast) alle überlieferten Kulturverhältnisse eingedrungen ist, sich noch mit der Toleranz vereinbaren lässt. Denn diese Entwicklung zerstört die natürliche Umwelt, dann auch persönliche, gesellschaftliche und politische Verhältnisse.“<sup>175</sup> Wir haben eine veritable Kulturkrise, eine Veränderung i.d. Moral von den Kardinal-Tugenden der „Tapferkeit, Besonnenheit, Klugheit und Gerechtigkeit“<sup>176</sup> hin zur Maßlosigkeit, Habsucht, dem immer „Mehr-haben-wollen, Pleonexie nannte das die aufgeklärte Antike, Streitsucht um Nebensächlichkeiten etc. „Angesichts der Überbeanspruchung der Natur bedarf es ... einer ökologischen Lebenskunst ... (mit; E. Ä.) Blick auf das Wohlergehen der Gattung“<sup>177</sup>, sagt Höffe an anderer Stelle sehr richtig. „Eingestehen müssen wir uns deshalb, dass gegen die Natur ein strukturelles Laster vorherrscht, eine „Kultur“ der Habsucht im globalen Maßstab. Aufzuheben ist sie nur durch eine ebenso globale Kultur der freiwilligen u. gesetzlich geregelten „Selbsteinschränkung“<sup>178</sup>. Zur Effizienzpolitik und Steuergerechtigkeit muß also auch noch die Suffizienz, eine Selbstbeschränkung aus Vernunftgründen, hinzukommen. Die Nur-Effizienzanhänger setzten auf die Wirkung von Ökotechnik, einem „Green New Deal“. Die vernünftigeren, klügeren Zeitgenossen bejahen diesen „Deal“ auch, aber wollen den sog. „Rebound-Effekt“<sup>179</sup> verhindern, d.h. das die Effizienzgewinne durch weitere materielle Wachstumseffekte, in absoluten Zahlen betrachtet, dann doch wieder „aufgezehrt“ werden.

Unsere Vorstellungen zur „ökologischen Lebenskunst“ zielen nicht auf eine „Romantik der Armut“ und die Unsicherheiten des flexiblen Kapitalismus allein auf die

---

<sup>175</sup> O.Höffe, Den Staat braucht selbst ein Volk von Teufeln. Philosophische Versuche zur Rechts- und Staatsethik, Stuttgart 1988, S.123

<sup>176</sup> Vgl. Aristoteles, Nikomachische Ethik. Auf d. Grundlage d. Übers. Von Eugen Rolfes, hrsg. von Günther Bien, hier 2.-7. Buch, 4. durchgesehene Aufl., Hamburg 1985, S.26-181

<sup>177</sup> O.Höffe, Moral als Preis der Moderne. Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt, Frankfurt/a.M. 1973, S.151; im weiteren zitiert als O.Höffe,(1973), a.a.O., S.xx

<sup>178</sup> O.Höffe,(1973), a.a.O., S.165

<sup>179</sup> So nennen Ökonomen dieses Phänomen: „Das, was an Umweltentlastung durch bessere Effizienz gewonnen wird, wird durch (quantitative; E.Ä.) Wachstumseffekte wieder aufgezehrt.“ R.Loske, Effizienz versus Suffizienz, Das grüne Schisma, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 56.Jg., Heft 8/2011, S.64

Ausgegrenzten, vom Erwerbsleben Ausgeschlossenen und vor allem die unteren Mittelschichten abzuwälzen bzw. die Umverteilung von „unten nach oben“ weiter fortzusetzen, steht der „ökologischen Lebenskunst“ diametral entgegen. Diese Politik zerreißt die Gesellschaften früher oder später. Auch zielt unsere „ökologische Lebenskunst“ nicht nur auf eine Rehabilitierung der *Tugendlehre*, also das beklagen des Verlustes von Bürgertugenden und Forderungen dieselben zu stärken. Ganz kantisch bleiben wir hier nicht stehen, sondern es verlangt auch nach einer *Rechtslehre*<sup>180</sup>. „Verlangt ist nicht... ein neuer Mensch, sondern lediglich ein neues (erweitertes; E.Ä.) Recht. Die dafür zuständige Rechtsordnung überschreitet allerdings jenen Rahmen, indem Rechtsanpassungen noch relativ leicht vorgenommen werden, den der Territorialstaaten.“<sup>181</sup> Internationale Verträge sind vonnöten und sind z.B. mit den Abkommen zur internationalen Klimapolitik von Rio de Janeiro (1992), dem Kyoto-Protokoll (1997), Montreal (2005), Nairobi (2006), Bali (2007), Kopenhagen (2009), Durban (2011) beschritten worden, wenn auch noch sehr unzulänglich! Auch unsere jetzige Regierungskoalition will ihr abgegebenes Versprechen, die Treibhausgase um 80-95% gegenüber den Werten von 1990 abzusenken, nun nicht mehr verbindlich, d.h. per Gesetz regeln. Das Einhalten der notwendigen Klimaschutzziele wird damit unverbindlich bleiben, konnte man jüngst in einer großen Tageszeitung<sup>182</sup> lesen.

Diese gegebenen, kurzen Hinweise zu den wichtigsten Krisen der Welt, Nationen und Kommunen (Stichwortartig zusammengefasst: Bevölkerungsexplosion, Armut-Reichtum, also sozioökonomische Ungleichheiten, Energie-u. Ressourcenraubbau, Terror, ethnische Säuberungen, Gewalt in den Vorstädten, Migration-u. Integrationsprobleme, Erwerbslosigkeit i.d. Welt, EU und bei uns, Prekäre Beschäftigung im Niedriglohnsektor, Klima-u.a.Umweltprobleme, Verlust der Bindungsfähigkeiten mangels Möglichkeiten, Verdrängung des humanistischen Bildungsbegriffes zugunsten einer ökonomisch fixierten Kompetenzausrichtung und die oben etwas ausführlicher beschriebene Vertrauenskrise in den repräsentativen Parteien-, Medien-Demokratien und Autokratien sowieso), die je für sich einzeln eine ausführliche Beleuchtung benötigten, haben wir hier in einer Graphik 1 abgebildet<sup>183</sup>, um den Zu-

---

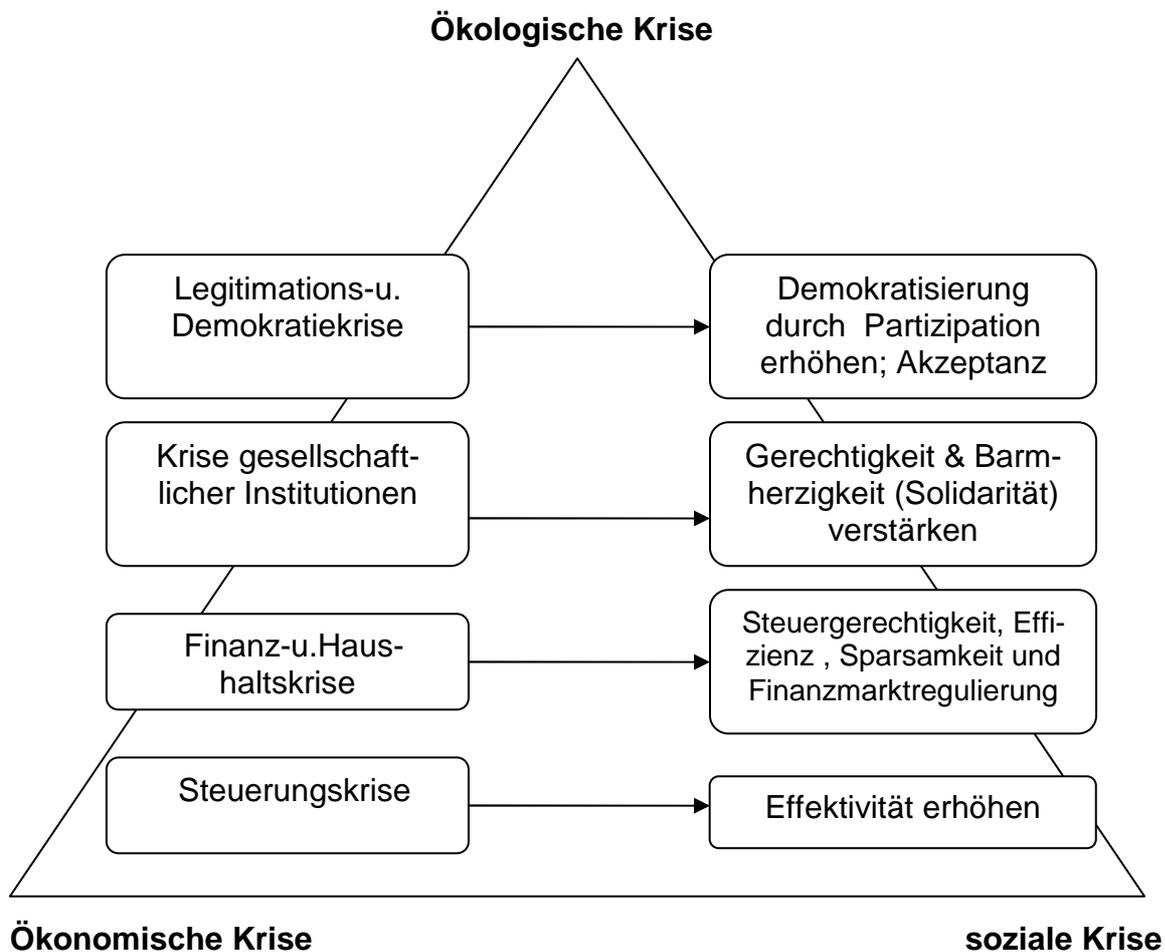
<sup>180</sup> Vgl. I.Kant (1797), MS..., a.a.O., S.3-208

<sup>181</sup> O.Höffe, *Moral als Preis der Moderne...*, a.a.O., S.171

<sup>182</sup> Vgl. Bundesregierung stützt ihre Klimaschutzpläne, in: *Zeit-Online* vom 23. August 2011 (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-08/klima-schutz-gesetz>)

<sup>183</sup> Die Abb.1 wurde in Anlehnung an Bogumil, a.a.O., S. 23 gefertigt, erweitert und verändert.

sammenhang von gesellschaftlichen Trends und Zielen der Bürgerkommune darzustellen:



Es lassen sich demnach mit Bogumil u.a. vier bis fünf Ziele, je nach Differenzierungsgrad, für die Bürgerkommune identifizieren:

- „Höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz)
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung)
- Stärkung der Unterstützungsnetzwerke der Bürger (Solidarität)
- Entlastung der kommunalen Haushalte (Effizienz)
- Bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Effektivität)<sup>184</sup>

Diese anspruchsvollen Ziele lassen sich kaum alle gemeinsam und auf einmal realisieren. „Um möglichst zu einer Optimierung der Zielvorgaben zu kommen, setzt

<sup>184</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.22

man auf eine mehr-dimensionale Vorgehensweise. ... Es geht in der Bürgerkommune also darum, (wie bereits oben gesagt; E.Ä.) parallel die Kunden-, Mitgestalter- und Auftraggeberrolle zu fördern<sup>185</sup> und in allen *drei Säulen der Bürgerkommune* setzt man unterschiedliche Instrumente ein (s.Anlage 3), auf die wir hier nicht eingehen werden, sondern gezielt und konkret in Kapitel II.4.2.-4. Eine kurze Definition vorweg: "Die Beteiligung in der Auftraggeberrolle setzt bei der kommunalen Politikformulierung und Planung an..., während die Mitgestalter- und Kundenrolle in der Phase der Politikumsetzung greift. Die Kundenrolle meint eher die passive Beurteilung des kommunalen Outputs..., während unter der Mitgestalterrolle das aktive Mitproduzieren des Outputs...zu verstehen ist."<sup>186</sup> Die o.g. Ziele der Bürgerkommune werden von den „... drei Beteiligungsrollen, die von uns als die drei Säulen der Bürgerkommune bezeichnet werden, ..allerdings im unterschiedlichen Maße.. (realisiert; E.Ä.): Während die Mitgestalterrolle als einzige Rolle in starkem Maße die Effizienz...und die Solidarität... fördert, ist die Auftraggeberrolle im besonderen Maße dazu geeignet, die Revitalisierung der kommunalen Demokratie voranzutreiben. Will man also die Ziele der Bürgerkommune nicht gegeneinander ausspielen, empfiehlt sich eine gleichberechtigte Förderung..(aller;E.Ä.) Beteiligungsrollen."<sup>187</sup> Die alleinige Fokussierung auf eine der drei Säulen führt i.d. Sackgasse, sagen Bogumil u.a. zu Recht. Wer nur die Aufgabenübertragung anzielt, um z.B. die Haushaltskrise dadurch ein Stück weit zu bewältigen, der wird Forderungen nach Mitsprache in Finanzangelegenheiten der Kommune nicht abwehren können. "Insofern hängen Mitgestalter- und Auftraggeberrolle eng miteinander zusammen."<sup>188</sup>

Diese drei Säulen bedürfen nach Bogumil u.a. einer grundlegenden Umgestaltung des kommunalen Entscheidungssystems, damit die Beteiligungsinstrumente in den einzelnen Rollen ihren vollen Nutzen entfalten können. Dieses gemeinsame *Dach* könnte *aus vier Bausteinen* bestehen.<sup>189</sup>

„(1) Zunächst sollten Organisationsstrukturen geschaffen werden, die eine ressort- bzw. *poli-tikfeldübergreifende Koordination* der Bürgerbeteiligung ermöglichen.“<sup>190</sup>

---

<sup>185</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.23

<sup>186</sup> Ebd.

<sup>187</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.23f.

<sup>188</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.24

<sup>189</sup> Ebd.

<sup>190</sup> Ebd.

Der vorgeschlagene *Bürgerbeauftragte*, der im Praxistest eher durchfiel<sup>191</sup>, muss es nicht sein, denn die landesweite Befragung der Bürgermeister ergab, „...dass in ca. 46% der Städte bereits zumindest ein Mitarbeiter ausschließlich für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zuständig ist und somit als eine Art ‘Bürgerbeauftragter fungiert’.“<sup>192</sup> In Erfurt scheint es ähnlich zu liegen und wer im Internet recherchiert, der erkennt, dass es hier gleich drei Stellen gibt, nämlich 1. den Bürgerbeauftragten (Kummerkastenfunktion für die Kundenrolle); 2. die Ehrenamtsbeauftragte (Ansprechpartnerin für die Bürger/-Innen in ihrer Mitgestalterrolle) sowie 3. den Agenda21-Beauftragten (Ansprech-partner für die Bürger/-Innen in ihrer Auftraggeberrolle). Ob hier strategisch, koordiniert und damit effektiv und effizient gearbeitet wird, kann diese Arbeit nicht beurteilen. Obwohl in NRW und Baden-Württemberg die Schaffung einer neuen Stelle aus haushälterischen Gründen kritisch gesehen wird, stimmen die Bürgermeister dennoch zu, dass die politikfeld-, ressortübergreifenden Koordination „...als sehr wichtige Aufgabe...“<sup>193</sup> angesehen wird. Wir schlagen in Kapitel II.4.1 die Schaffung eines verwaltungsseitig eingerichteten *Bürgerbüros als Stabstelle beim Oberbürgermeister* vor, damit das integriertes Zukunfts- und Modernisierungskonzept „zukunftsfähige Bürgerkommune“ seine Ziele auch erreichen kann. Damit die Konzeption aber keine staatszentrierte Ausrichtung erhält bzw. Lastigkeit ausweist, diese Kritik wurde oben (S.23) am Grundmodell von Bogumil u.a. vorgetragen, ist die Steuerung der Partizipation auf gleicher Augenhöhe durch die kritische Bürgerschaft selbst, von ihrem *Demokratiebüro* aus, vorgesehen (vgl. II.4.1.). Dies ist unsere Ergänzung am Grundmodell von Bogumil u.a. .

(2) Zweiter und wichtiger Baustein ist „...ein *Partizipationsmanagement* unter gleichberechtigter Beteiligung der Mehrheits-und Oppositionsfraktionen, um auch bei veränderten politischen Mehrheiten die Kontinuität des Projektes Bürgerkommune gewährleisten zu können.“<sup>194</sup> In der Praxis wird dieses Partizipationsmanagement in beiden untersuchten Städten (Schwäbisch-Gmünd und Arnberg) im Wesentlichen von der Stadtverwaltung alleine bearbeitet. Die (ehrenamtlichen) Kommunalpolitiker überlassen „...die Detailfragen des Partizipationsmanagements der Verwaltung. ...In der landesweiten Befragung...der Bürger-meister (11%) und der Fraktionsvor-

---

<sup>191</sup> Siehe J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.30f.

<sup>192</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.31

<sup>193</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.30

<sup>194</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.25



sitzenden (17%) ... (zeigte sich kein; E.Ä.) ausgeprägtes Interesse an einer stärkeren Beteiligung des Rates am Partizipationsmanagement.“<sup>195</sup>, so Bogumil u.a.. Die Oppositionsfraktionsvorsitzenden bewerteten das naturgemäß anders „und wünschten sich eine stärkere Beteiligung der Politik als die Mehrheitsfraktionen.“<sup>196</sup> Die Mehrheitsfraktionsführer scheinen häufiger an informellen Vorentscheidungsstrukturen beteiligt zu sein und damit weniger an einer intensiven Einbeziehung der Opposition beim Partizipationsmanagement. „Diese unterschiedlichen Interessen von Mehrheits- und Oppositionsfraktionen dürften ein parteiübergreifendes Partizipationsmanagement erheblich erschweren.“<sup>197</sup> Was, wie gesagt, für die Langfristigkeit des zukünftigen LAP-Projektes der Bürgerkommune Erfurt (vgl. Kapitel III.) nicht förderlich wäre. Es könnte von Wahlperiode zu Wahlperiode evtl. sogar gefährdet werden.

Ferner ist lt. Bogumil u.a. häufig ein unreflektierter Einsatz von Beteiligungsinstrumenten i.d. kommunalen Praxis festzustellen, weil Bürgerbeteiligung auch Mode ist. Diese Praxis wäre abzulösen von einem konzeptionellen Einsatz der Beteiligung in den o.g. drei Rollen. „Im Rahmen des Partizipationsmanagements sollen sich die kommunalen Entscheidungsträger *vor* dem Einsatz von Beteiligungsinstrumenten darüber Gedanken machen, wann, an welcher Stelle, zu welchen Themen Bürger wie zu beteiligen sind“<sup>198</sup>; (Unterstreichungen durch uns). Zwei normative Kriterien kennzeichnen ein gutes Partizipationsmanagement aus: *Nachhaltigkeit* und *soziale Ausgewogenheit*! Damit die Beteiligungsangebote nachhaltig, d.h. hier dauerhaft zur Geltung kommen können, sind neben der zuvor genannten Gewolltheit des Projektes durch alle Fraktionen und der Verwaltung auch die Wünsche der Bürger zu beachten. Die repräsentative Befragung der Bürger ergab folgendes Stimmungsbild: „Wichtig war nach Auffassung der Bürger vor allem die Information über Planungsvorhaben in einfacher Sprache und dass die Anregungen und Wünsche der Bürger hinterher zumindest zum Teil umgesetzt werden.“<sup>199</sup> Eine Erkenntnis, die oben in Kapitel I.3 zu den neun Erfolgsbedingungen für eine „demokratische Kultur“ bereits angesprochen wurde. Um die bisher festgestellte, sehr stark ausgeprägte selektive Teilnahme in der Bürgerbeteiligung (starke Mittelschichtdominanz und Vereins-, Verbandsvertreter) zu

---

<sup>195</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.32

<sup>196</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.33

<sup>197</sup> Ebd.

<sup>198</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.25

<sup>199</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.26

vermeiden, sollten Beteiligungsangebote „...vermehrt auf bestimmte Zielgruppen...“<sup>200</sup> zugeschnitten werden. Damit *auch andere Kreise* einbezogen werden. Ferner sind neben den offenen Beteiligungsverfahren insbesondere *repräsentative Beteiligungsinstrumente* einzusetzen und hier die Dialogorientierten, wie z.B. die Planungszelle<sup>201</sup> (s. Kapitel II.4.1.-4.).

(3) Dritter Baustein sollte das bekannte und bewährte *Subsidiaritätsprinzip* sein. „Konkret heißt das für die kommunale Ebene, dass die *Delegation* von Verantwortung auf Stadtteil-ebene, dezentrale Einrichtungen und Bürgergruppen bei kommunaler Rahmensteuerung ein weiterer Baustein des gemeinsamen Daches der Bürgerkommune sein sollte. Die Delegation führt zu erhöhten Anreizen der Bürger, sich an der Planung und Umsetzung lokaler Politik zu beteiligen, weil der einzelne Bürger sieht, dass es auf sein Handeln wirklich ankommt und Trittbrettfahrerverhalten aufgrund größerer sozialer Kontrolle unwahrscheinlicher ist als in größeren Einheiten.“<sup>202</sup>

„(4) Last but not least ist ein umfassender *Kulturwandel* erforderlich, der als kollektiver Lernprozess dazu führen sollte, dass die kommunalen Entscheidungsträger von sich aus auf die Bürger zugehen und die Beteiligung der Bürger eher als Bereicherung, denn als Beschneidung ihrer Kompetenzen und Gefährdung eingespielter Routinen empfinden.“<sup>203</sup> Auf der Ebene der Lösung der ökologisch-sozialen-ökonomischen Probleme sollten wir, wie oben zur „ökologischen Lebenskunst“ bereits angedeutet, nicht nur einen „Green-New-Deal“ anstreben, sondern uns den Zusammenhang von quantitativem und qualitativem Wachstum sowie die Differenz zwischen dieser Begrifflichkeit und den Wohlstand diskutieren, um auch die Möglichkeit von anderen Lebensstilen mit zu bedenken. Dabei kann dann auch der o.g. „Rebound-Effekt“ vermieden werden. Durch „...einen Kulturwandel in Richtung Suffizienz und Genügsamkeit,...Entrümpelung statt Konsum, Entschlackung statt (materielles; E.Ä.) Wachstum, Entschleunigung statt Turbo-Innovationen“<sup>204</sup> wäre das gemeinsame Glück der Menschen in unserem Land und der Welt anzustreben. „Das Ziel wirklich nachhaltiger, suffizienter Politik müssen Maßnahmen sein, die Wachs-

---

<sup>200</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.28

<sup>201</sup> Ebd.

<sup>202</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.29

<sup>203</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.29

<sup>204</sup> R.Loske, a.a.O., S.64

tumszwang und -drang einhegen<sup>205</sup>, wissen die Vernünftigen unter uns. Das diese Maßnahmen im Streitgespräch nach Regeln und der Konsensbildung nach Prinzipien gesucht werden müssen sowie anschließend effektiv und effizient umgesetzt werden sollten, das wissen die im Wachsen befindlichen Anhänger des sog. „rechten Maßes“ (Aristoteles) auch. Das bei dieser Transformation der Lebensstile vor allem freiheitlich wirkende Instrumente eingesetzt werden sollten, ergibt sich aus dem in Kapitel I postulierten Werten, vor allem der „gleichen Freiheit“ für alle, die (fast) alle aus Vernunftgründen akzeptieren. D.h. dann auch, das z.B. die im Überfluss Lebenden im Norden mit den Armen im Süden und die Reicheren im eigenen Land mit den Ärmeren teilen werden. Die derzeitige Realität sieht dagegen leider noch anders aus, wie der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer zeigt: „Die Sensibilität für soziale Probleme und die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, sinkt in Gruppen mit entsprechend hohen Äquivalenzeinkommen- kein gutes Zeichen für schwache Gruppen.“<sup>206</sup> Die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bei den Eliten nimmt zu, so Heitmeyer, und lässt sich an der „...Verteidigung von Privilegien mit der Stigmatisierung schwacher Gruppen...“<sup>207</sup> belegen, insbesondere durch das größte Boulevardmedium mit den vier Buchstaben auf rotem Grund, ergänzen wir. „Negative Stereotype wie die vom ‘faulen Arbeitslosen’ oder vom ‘Ausländer’, der ‘den Sozialstaat belastet’, werden zur Legitimation verweigerter Unterstützung herangezogen“<sup>208</sup> und zur eigenen Hervorhebung als sog. „Leistungswillige und Fleißige“ in der gespaltenen, „sozial zerrissenen Gesellschaft.“<sup>209</sup>

Unsere „ökologische Lebenskunst“ verlangt aber nicht nur nach einer Rehabilitierung der *Tugendlehre*, sondern kantisch verlangen wir auch nach einer *Rechtslehre*, *einem neuen erweiterten Recht*, sagten wir oben kurz. „Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‘Geschäftsgrundlage’ gestellt werden. Es geht um einen neu-en Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung“<sup>210</sup>, unterstützt uns der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU). „Das kohlenstoffbasierte

---

<sup>205</sup> R.Loske, a.a.O., S.69

<sup>206</sup> Deutsche Zustände, Folge 9, a.a.O., S.20

<sup>207</sup> Deutsche Zustände, Folge 9, a.a.O., S.21

<sup>208</sup> Ebd.

<sup>209</sup> Vgl. vertiefend A.Honneth, Die zerrissene Welt des Sozialen. Sozialphilosophische Aufsätze, 2.erw. Aufl., Frankfurt/a.M. 1999; s.a. A.Wellmer, Endspiele: Die unversöhnliche Moderne, 2.Aufl., Frankfurt/a.M. 1999

<sup>210</sup> Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Hauptgutachten: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, S.1f.

Wirtschaftsmodell ist .. ein normativ unhaltbarer Zustand, denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen. Die Transformation zur Klimaverträglichkeit ist daher moralisch ebenso geboten wie die Abschaffung der Sklaverei und die Ächtung der Kinderarbeit.“<sup>211</sup> Der neue, notwendig erforderliche Weltgesellschaftsvertrag „...kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).“<sup>212</sup> Fest steht aber auch, dass dieser Kulturwandel sich nicht anordnen und herbeireden lässt, sondern nur durch einen partizipativ-pragmatischen Demokratiebegriff und vor allem durch die in Kapitel I.3. genannten Erfolgsfaktoren zur Netzwerkbildung für eine „demokratische Kultur“ befördert werden können. In Anlehnung von Bogumil u.a. haben wir in der Anlage 3 das normative Leitbild der Bürgerkommune graphisch dargestellt.<sup>213</sup>

Bevor wir dieses Grundmodell für die Stadt Erfurt weiter differenzieren und vor allem Konkretisieren (vgl. dazu Kapitel II.4.1.-4.) sowie einen „Lokalen Entwicklungsplan“ (LAP) dazu erstellen (s. Kapitel III.), können wir es im nächsten Kapitel (II.3) auch zur Bestandsaufnahme der derzeitigen Beteiligungssituation in Erfurt nutzen. Denn wir wollen ja eine „realisierbare Vision“<sup>214</sup> vorschlagen, die geschichtlich und soziologischkulturell geerdet ist, Bezug zum Verbesserungswürdigen nimmt. Im Gegensatz zu einer Utopie, das als Gegenbild zum Bestehenden erdacht wird und nur ein Ergebnis der reinen Einbildungskraft ist, wie wir es oben in Kapitel I.2 mit Höffe zum Begriff der Zukunftsfähigkeit gesagt haben.

### **II.3. Bisherige Bürgerbeteiligungssituation in Erfurt.**

Wer als Neubürger nach Erfurt zieht und sich z.B. über die Möglichkeiten zur Beteiligung informieren möchte, der wird bereits auf der Startseite der Stadt-Website unter der Rubrik Service zu einem Link Bürgerbeteiligung und damit zu weiteren Informationen geführt. Dort heißt es dann: “Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, mit denen die Bürgerinnen und Bürger unserer Landeshauptstadt unmittelbar Einfluss auf kommunale Entscheidungen und Aufgaben nehmen, sich aktiv und direkt an

---

<sup>211</sup> WBGU, a.a.O., S.1

<sup>212</sup> WBGU, a.a.O., S.2

<sup>213</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.25

<sup>214</sup> Vgl. O.Höffe ( 2009), a.a.O., S.32 und vor allem 187ff.

städtischen Themen beteiligen können, auch ohne einer Partei oder einem kommunalpolitischen Gremium anzugehören. Die freiwillige Bürgerbeteiligung richtet sich in der kommunalen Praxis auf alle denkbaren kommunalpolitischen Themen.... Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick, welche Formen der Bürgerbeteiligung Ihnen offen stehen.

- Sprechstunde des Oberbürgermeisters
- Sprechstunde des Bürgerbeauftragten
- Einwohnerfragestunde in der Stadtratssitzung
- Einwohnerversammlung
- Bürgerantrag
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Bauleitplanverfahren
- Lokale Agenda 21
- Bürgerbeteiligungshaushalt <sup>215</sup>

Zu jedem Stichwort gibt es Links zu weiterer Information. Leider finden wir auf dieser Seite der Erstinformationen aber nichts zu den Möglichkeiten des Bürgers sich als Kunde der Stadt äußern zu können. Für die „Kundenrolle“ benötigt der Bürger u.a. ein direktes Online-Beschwerdeportal oder ein Onlineforum, das in Erfurt sehr wohl vorhanden ist, aber erst über zusätzliche Suchleistungen gefunden werden kann. Nicht einmal die direkte Eingabe des Stichwortes Onlineforum in der Eingabe „erweiterten Suche“ auf dieser Seite führt zum Ziel. Auch wird von hier aus nicht in der o.g. Systematik der Stichwortaufzählung und Verlinkung der direkte Zugang zum vielfältigen Bürgerengagement in der Stadt ermöglicht. Erst über eine zusätzliche Denk-u. Suchleistung auf dieser Seite, nämlich die Entdeckung des Kopfbrowsers „engagiert“ wird auf die Möglichkeiten zur „Mitgestalterrolle“ hingewiesen. Und das Erfurt als Landeshauptstadt von Thüringen ein vielfältiges Angebot an Ehrenamtsarbeit, Vereinsleben etc. für die freiwilligen Mittun-Wollenden hat, davon zeugt dann die geöffnete Seite „Engagiert“ mit diversen weiterführenden Links und ihren Informationen zum Bürgerengagement. Dort lesen wir nach Öffnung des Links „Ehrenamt in Erfurt“: „Etwa jeder dritte Deutsche ab 14 Jahren engagiert sich ehrenamtlich - immerhin mehr als 23,4 Millionen Menschen. ... Ziel ist es, das Bild vom Ehrenamt zu stärken und zu fördern. Die Stadtverwaltung Erfurt setzt sich aktiv für das

---

<sup>215</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/buergerbeteiligung/>

Ehrenamt ein. In der Landeshauptstadt existieren circa 2000 Vereine, Verbände und Organisationen verschiedener Ressorts, in denen nahezu 50.000 Erfurterinnen und Erfurter ehrenamtlich tätig sind.“<sup>216</sup> Die „Ehrenamtsbeauftragte der Stadt“, das „Kompetenz- und Beratungszentrum“ sowie die „Freiwilligenagentur“ sind die institutionalisierten Kontakt- u. Beratungsstellen<sup>217</sup> zum Ehrenamt. Eine „Kulturvereins-Datenbank und Link zu „Sportvereinen“<sup>218</sup> geben jedem Neubürger sehr schnell mehr als eine nur ausreichende Information über die Bürgergesellschaft, Bürgerkommune Erfurt. Wer theoretisch tiefer einsteigen will, der kann sich sehr gut über den Prozess der Erstellung eines Kulturkonzeptes in Erfurt informieren.<sup>219</sup>

Die insgesamt zehn Links halten also eine große Menge von Informationen, nützlichen Tipps und Kontaktinformationen bereit, sodass festgestellt werden kann, dass dieser Teil der Bürgerbeteiligung, nämlich den Bürger als „Mitgestalter des bürgerschaftlichen Lebens“ in der Stadt anzusprechen, am Besten ausgestaltet ist. Allerdings, wie gesagt, nicht optimal im Finden auf der Start-Website zur Bürgerbeteiligung. Dies ist wohl nicht nur ein EDV-Problem, sondern u.E. die fehlende Gesamtkonzeption einer nach Bürgerrollen durchdachten Beteiligung. Über die „Aufgabenübertragung“ als ein weiteres Instrument für die Bürger in ihrer „Mitgestalterrolle“, das oben (vgl. Kap. II.2) mit Bogumil u.a. als „... aktive(s) Mitproduzieren des städtischen Outputs...“<sup>220</sup>, definiert wurde, kann man im Internet der Stadt nichts erfahren. Eine Anfrage beim Stadtentwicklungsamt ergab, dass „der Erfurter Sportbetrieb.. mit verschiedenen Vereinen Verträge zur Übernahme von eigentlich stadtverwaltungsrelevanten Arbeiten, hauptsächlich zur Pflege und Werterhaltung von Sportstätten, abgeschlossen“<sup>221</sup> hat. Es gibt in Erfurt z.Zt. 21 Pflegeverträge, die überwiegend die Rasen-, Bahn-, Objektpflege beinhalten und 3 Pachtverträge sowie 2 EVN-Kegelbahnen, die in starker Eigenverantwortung von Vereinen betrieben werden. Die „BK (Betriebskosten; E.Ä.) werden anteilig angewiesen, der Rest bis zu 100% wird durch Vereine selbst getragen“<sup>222</sup> Schließlich gibt es neben der Pflege von Sportanlagen noch „...einen Vertrag zwischen der Stadt

---

<sup>216</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/ehrenamt/>

<sup>217</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/ehrenamt/informationen/36927.shtml>

<sup>218</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/vereine/>

<sup>219</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/kulturkonzept/>

<sup>220</sup> J. Bogumil u.a., a.a.O., S.23

<sup>221</sup> Mail vom Stadtentwicklungsamt, SB Jugend, Bildung, Sport, Kultur/Lokale Agenda 21, vom 03.04.12

<sup>222</sup> Ebd.

und der Kolping Dienstleistungs- GmbH zur kostenneutralen Pflege einer Fläche, die temporär als "Stadtgrün" genutzt wird.<sup>223</sup>

Diese Aufgabenübertragung zielt in die richtige Richtung des „aktiven Mitproduzierens des städtischen Outputs“ (s.o.), die sich primär an den Selbstverwirklichungswünschen von Teilen der Bürgerschaft orientiert als an einer Sparstrategie (vgl. unten Kapitel II.4.3.). Hier handelt es sich um vier Projekte der Zwischennutzung von Stadtbrachen, die dem sympathischen Motto folgen: „Erfurt lebt mit Lücken“<sup>224</sup> Auf der Website zu diesen Projekten heißt es: “ Der Vorteil einer solchen Zwischennutzung besteht darin, dass sie als Experimentierfelder wirken, in denen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verbesserung des Wohnumfeldes reagiert werden kann. Auch kann durch eine Zwischennutzung ein Beschäftigungseffekt, ein Ansatzpunkt für bürgerschaftliches Engagement eruiert werden, der gleichzeitig einen Beitrag zur lokalen Ökonomie und Ökologie leisten kann. Mit der Ingebrauchnahme einer Brache durch eine temporäre Nutzung kann diese mit wenigen Finanzmitteln aktiviert werden.“<sup>225</sup> Eine dieser Brachen, nämlich die „Stadtteilgarten-Lagune“ in der Krämpfervorstadt/Werner-Uhlworm-Straße 15, betreibt seit 2006 die Lokale ArbeitsGruppe Urbanes NaturErleben (LAGUNE), die im BUND Stadtverband Erfurt e.V. integriert ist. Der Einreicher dieser Wettbewerbsarbeit zum Zukunftspreis 2012 weiß also durch eigenes, erfolgreiches Tun, wovon der in dieser Beteiligungsexpertise spricht.

Schauen wir uns abschließend die *Ist-Situation* der beiden o.g. Beteiligungsmöglichkeiten *in der „Auftraggeberrolle“* an, hier

- 1.) die „lokale Agenda 21“ und
- 2.) den „Bürgerbeteiligungshaushalt“ (BBH).

Vor allem auch im Hinblick auf die qualitative Ausgestaltung, die wir uns beim vielfältigen Ehrenamtsengagement i.d. „Mitwirkungsrolle“ natürlich nicht angesehen haben. Als Bestandteil der Lokalen Agenda 21 können wir BUND-ler uns durchaus ein Urteil, selbstkritisch versteht sich, erlauben. Ebenso zum Bürgerhaushalt weil unser o.g. Vorstandsmitglied Robert Bednarsky hierzu eine Analyse für die Bündnisgrünen der Stadt durchgeführt hat.

---

<sup>223</sup> Ebd.

<sup>224</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/arbeitsgrp/18857.shtml>

<sup>225</sup> Ebd.

Zu 1.) 1992 verpflichteten sich 178 Staaten auf der „Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro“ auf die Agenda 21, „...die Agenda für eine umweltverträgliche, sozial gerechte und ökonomisch tragfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert.“<sup>226</sup> In vielen Gemeinden sind lokale Agendaprozesse mit mehr oder minderer Intensität und Qualität angestoßen worden. Auch in Erfurt werden 12 Projekte ausgewiesen.<sup>227</sup> Darüber hier im Einzelnen zu berichten und auch noch die umfangreichen, allgemeinen Informationen zum Leitbild, der Chronik, Aktuelles z.B. einzubeziehen, kann hier nicht geleistet werden. Empfohlen wird ein Besuch der entsprechenden Website der Stadt dazu.<sup>228</sup> Damit ist noch nicht die Qualität der kommunalen Agenda-Arbeit beurteilbar, der wir uns nun mit Hilfe der Engagementforschung und aus eigener Erfahrung zuwenden wollen. Schmerzlich stellen wir Praktiker und die Wissenschaft fest: „Die Bilanz der Probleme dieses in Deutschland wohl bekanntesten dialogorientierten Beteiligungsangebotes fällt verheerend aus und lässt auf eine große Distanz der Kommunalpolitiker zur Lokalen Agenda schließen“<sup>229</sup> und ebenso auf Unkenntnis in der Breite der Bevölkerung. Worüber in den Familien nicht ausgiebig diskutiert wird, das kann sich in der Folge-Generation nicht verankern und die wenigen Stunden des pol. Unterrichts im Schulunterricht als Defizit nicht beheben. Das ein kleiner Teil von jungen Leuten und einige Senioren mit rel. hohem Freizeitbudget von diesem negativen Urteil ausgenommen werden müssen, sei hier ausdrücklich gesagt, um pauschale Verallgemeinerungen zu vermeiden. In der von Bogumil u.a. durchgeführten, landesweiten Befragung der Fraktionsvorsitzenden in NRW und Baden-Württemberg wird festgestellt: „Die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden gibt an, dass sich bei der Lokalen Agenda immer der selbe kleine Kreis von in der Dritte-Welt-Arbeit oder der im Umweltschutz Engagierten trifft, dass fast kein Bürger weiß, was man sich unter der Lokalen Agenda überhaupt vorzustellen hat, dass Bürgerinitiativen die Agenda für ihre Interessen instrumentalisieren und dass schließlich wenig von den Beteiligungsergebnissen umgesetzt wurde.“<sup>230</sup> Eine selbstkritische Bestandsaufnahme für Erfurt wäre auch einmal anzuraten.

---

<sup>226</sup> Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, a.a.O., S.15

<sup>227</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/arbeitsgrp/>

<sup>228</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/>

<sup>229</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.54

<sup>230</sup> Ebd.



Drei Gründe für das überwiegende Scheitern der Agendapolitik werden von Bogumil u.a. angeboten. Erstens: "Die Bürger und die Medien nehmen von der Lokalen Agenda häufig nur wenig Notiz, weil der Begriff zu abstrakt ist und sehr unterschiedlich verwendet wird..."<sup>231</sup> Die Themen und Sprache sind also wichtige Faktoren zur Teilnahme, haben wir oben, in Kapitel I.3. zu den Erfolgsfaktoren der Demokratisierung bereits gesagt. Der 2. Punkt des bisherigen Scheiterns ist: „In den Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda ist die Verwaltungsspitze und die Kommunalpolitik häufig unterrepräsentiert, auch weil die dominanten Vertreter von Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen sehr empfindlich auf politische Einflussnahmen reagieren.“<sup>232</sup> Geeignete institutionelle Regelungen und organisatorische Vorkehrungen sind also zu treffen, wie unten Kapitel II.4.1.(2) zum Demokratiebüro nachzulesen sein wird. Dritter Misserfolgsgrund: „Ökonomische Interessen und harte Standortfaktoren haben im Zuge des verschärften Standortwettbewerbs ...für viele kommunalen Entscheidungsträger gegenüber ökologischen Interessen eindeutig Vorrang...“<sup>233</sup> Der hier angeführte Gegensatz von Ökologie und Ökonomie ist ein ernstes Problem in unseren Eigentümergeellschaften (differenzierter Kapitalismus), die sich mit unterschiedlicher Intensität im Wettbewerb untereinander befinden. Der ehemalige Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, widerspricht aber diesem Gegensatz, wie wir auch. Wir wissen, das „...die knappste Ressource.. weder das Öl noch die Kohle oder ein anderer Rohstoff (ist; E.Ä.), sondern die Zeit, die der Mensch braucht, seine Lebensweise an veränderte oder neuerkannte Umweltbedingungen anzupassen... .Der viel diskutierte Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie liegt...letztlich im Faktor Zeit begründet. Mittel- und langfristig ist die umweltadäquate Art zu wirtschaften auch die ökonomisch vernünftigste.“<sup>234</sup> Die Differenzen in den Auffassungen über die Abschreibungs- u. Amortisationszeiten im Verhältnis zu neuen Investitionen in umweltgerechtere und auch effizienteren Produktionsweisen im Wirtschaftssystem können generell durch Verbote, Gebote und Anreizsysteme (VGA) verringert und mit den Verantwortlichen der Wirtschaft sehr wohl diskutiert werden, so die langjährigen Erfahrungen unseres Vorstandsmitgliedes, Herrn Robert Bednarsky, aus seiner ehemaligen, leitenden Tätigkeit in

---

<sup>231</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.55; die Autoren nehmen Bezug auf de Haan u.a., Bürgerbeteiligung in Lokale Agenda 21-Initiativen – Analysen zu Kommunikations und Organisationsformen, Opladen 2000, S.183

<sup>232</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.55;dies fand A.Poppenberg 1999 heraus; siehe diess., Chancen und Risiken der lokalen Agenda 21 für die kommunale Demokratie, GDM-Report 88, Sankt-Augustin 1999, S.80

<sup>233</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.55; Bogumil u.a. greifen dieses Argument von G.Schwarz, Bürgerbeteiligung in Lokalen-Agenda-21- Prozessen – eine Bestandsaufnahme, unveröff. Diplomarbeit, Bochum 2001, S.77 auf.

<sup>234</sup> H.von Lersner, Die ökologische Wende, Berlin 1991, S.60

Konzern- und Staatsbetrieben (PPP-Gesellschaften). Darüber hinaus können gerade wir es uns materiell, als eines der reichsten Länder der Welt, erlauben umweltadäquat zu wirtschaften!

Die Erkenntnisse aus der Agenda-Forschung werden bei der Formulierung des neuen Beteiligungsmodells für die Stadt Erfurt ihre Berücksichtigung finden. Wenden wir uns zuvor der Ist-Beschreibung des Erfurter Bürgerbeteiligungshaushaltes (BBH) zu, dem zweiten Betätigungsfeld in der pol. „Auftraggeberrolle“.

Zu 2.) Obwohl keine „...allgemein anerkannte Definition des Begriffs ‘Bürgerhaushalt’ existiert...“<sup>235</sup>, lautet eine erste Definition so: *“Ein Bürgerhaushalt liegt vor, wenn Bürger bei der Erstellung des kommunalen Haushalts nach vorausgegangener verständlicher Information über die Haushaltsangelegenheiten in einem eigenständigen Verfahren Vorschläge diskutieren und unterbreiten können, über die der Rat nach ernsthaftem Bemühen und deren Annahme entscheidet und anschließend gegenüber den Bürgern Rechenschaft über seine Entscheidungen und deren Umsetzung ablegt.“*<sup>236</sup> (Kursiv durch uns) Zur Geschichte der Bürgerhaushalte oder präziser Bürgerbeteiligungshaushalte (BBH) nur soviel: Am Anfang dieser jüngeren Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Sachen Finanzen stehen „...einige brasilianische Städte (unter ihnen Porto Alegre), in denen Ende der 1980er Jahre erste Bürgerhaushalte entstanden“<sup>237</sup> sind. Derzeit soll es in Lateinamerika zwischen 511 und 920 Bürgerhaushalte geben.<sup>238</sup> Von diesem Kontinent fand ein Export nach Afrika (66-100 BBH)<sup>239</sup>, Australien u. Neuseeland, deren Stadt Christchurch das Vorbild für die Deutschen BBH-te wurde<sup>240</sup>, in Asien erst ab 2005<sup>241</sup>, Nordamerika/Kanada mit 2-10 BBH-ten und Europa<sup>242</sup> statt. In Europa wuchs in den letzten 10 Jahren die Zahl „ von kaum einem Dutzend auf heute 174 bis 296 Bürgerhaushalte ...“<sup>243</sup> an. „Die Kernländer waren zunächst Frankreich, Spanien und Italien- letzteres Land zählt

---

<sup>235</sup> A.Günter, Der Bürgerhaushalt: Bestandsaufnahme- Erkenntnisse- Bewertung, Stuttgart u.a. 2007, S.33

<sup>236</sup> A.Günter, a.a.O., S.35f.

<sup>237</sup> Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit- eine Einladung zur globalen Kooperation, in: Dialog Global, H.25, hrsg. von InWEnt gGmbH- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn Dez. 2010, S.9; im weiteren als Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:..., a.a.O., S.xx zitiert

<sup>238</sup> Ebd.

<sup>239</sup> Vgl. Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:...,a.a.O.,S.18-35

<sup>240</sup> Vgl. Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:...,a.a.O.,S.69-70

<sup>241</sup> Vgl. Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:...,a.a.O.,S.60-69

<sup>242</sup> Vgl. Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:...,a.a.O.,S.36-48

<sup>243</sup> Ebd.

derzeit über 80 Bürgerhaushalte...“<sup>244</sup> Im 3. Statusbericht von 2010 werden für Deutschland insgesamt 140 BBH-te aufgenommen. 67 davon sind sog. „...aktive Kommunen, das heißt sie haben einen Bürgerhaushalt beschlossen (Status „B“), eingeführt („E“), fortgeführt („F“) oder informieren ihre Bürger über den Haushalt („I“) - zum Vergleich im Juli 2009 waren es 58 aktive Kommunen.“<sup>245</sup> 69 Kommunen diskutieren („D“) die Einführung eines BBH-tes und 5 haben einen negativen Beschluss gefasst oder den BBH aufs Abstellgleis („A“) gestellt.<sup>246</sup> Das Wachstum der BBH von den anfänglich 5 in Süddeutschland (ab 1999) und 6 in NRW ( ab 2000) , also von 11 auf die 67 sehr aktive und 69 diskutierende Gemeinden ist binnen der kurzen Zeit von 10 Jahren zu festzustellen.

In Erfurt wurden auf dem 5. Agenda21-Tisch (Dez. 2003) erste Vorberatungen zu einem BBH geführt. „Nach Auswertung weiterer Erfahrungen deutscher Städte befürwortete der Stadtrat mit großer Mehrheit parteiübergreifend am 15. Dezember 2004 einen kommunalen Bürgerhaushalt in Erfurt und erteilte den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen. Am 16. November 2005 wurde dann die Einführung des "Erfurter Bürgerbeteiligungshaushaltes 2008" vom Stadtrat beschlossen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Stadtratsfraktionen, der Kämmerei und des Stadtentwicklungsamtes/Lokale Agenda 21 wurde mit der Durchführung des "Erfurter Modells" beauftragt. ... Im Frühsommer 2007 begann mit dem ersten Schritt Information die Durchführung des ersten Bürgerbeteiligungshaushaltes für den Haushalt des Jahres 2008.“<sup>247</sup> Zwischenzeitlich hat Erfurt vier BBH-te umgesetzt, die Einzelhaushalte 2008, 2009 und 2010 sowie zuletzt den Doppelhaushalt 2011/12.

Parallel und mit finanzieller Unterstützung des Landes Thüringen warb Erfurt für den Aufbau eines Landes-Netzwerk der BBH-te. „Ziel ist es, von den gemeinsamen Erfahrungen zu profitieren und dem Konzept in Thüringen mehr Gewicht zu geben.“<sup>248</sup> Dieses Netzwerk ist nach einer Phase des „Dornrösschenschlafes“ in 2011 wieder zum Leben „erweckt“ worden. Lt. einer aktuellen Studie (durchgeführt von Nov. 2009 bis April 2010) zu den Bürgerhaushalten in Mitteldeutschland haben in Thüringen 7, Sachsen und Sachsen-Anhalt jeweils 3, also insgesamt 13 Kommun-

---

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Vgl. Bürgerhaushalte in Deutschland Statusbericht vom 01.03.2010, in: <http://www.buergerhaushalt.de>, S.2

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2007/>

<sup>248</sup> Ebd.

en einen BBH. Nach drei Kategorien des Entwicklungsstandes geordnet, ist Thüringen als Vorreiter einzustufen und innerhalb Thüringens die Städte Jena (2007), Erfurt (2008), Großbreitenbach (2009) mit den längsten Erfahrungen. Gefolgt von Eisenach, und Suhl, die i.d. Informationsphase sowie Heiligenstadt, die tlw. schon i.d. Konsultationsphase ihres ersten BBH-tes stehen. Nordhausen wird als Kommune der Kategorie (3) erfasst, die einen BBH einführen will. Ein Beschlussantrag ist allerdings noch nicht gefasst worden.<sup>249</sup> Auf der 7.Jahrestagung des bundesweiten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt in Eisenach, am 02. 02.11, sprach der Auftraggeber der Studie von einer „...gewissen Ernüchterung...“<sup>250</sup> im Bezug auf die Umsetzung dieses jungen Instruments der Bürgerbeteiligung in Ostdeutschland.

Diese kurze Darstellung der Geschichte und Verbreitung der BBH, die „...in sehr unterschiedlichen Gesellschaften, Kulturen und politischen Systemen zu finden sind - und nicht alle Länder... sind Demokratien...“<sup>251</sup>, zieht eine Vielfalt der Arten, Formen, Durchführung etc. nach sich. Dennoch kann man die vorhandenen BBH-te in einer Typologie (Idealtypen) erfassen, die in der Anlage 1 wiedergegeben ist. In Deutschland herrscht eine Mischung des Typs 2 und 3 vor, die beide generell durch eine geringe Verfahrensautonomie aus der Zivil-oder Bürgergesellschaft heraus gekennzeichnet sind.<sup>252</sup> Im Grunde stellt der Deutsche und damit auch der Erfurter BBH „lediglich“ eine mit div. Medien/Methoden erhobenen Befragung der Bürger über ihre Zufriedenheit mit den Dienstleistungen und der Infrastruktur ihrer Stadt dar! Norbert Kersting von der Universität Münster, Fachbereich Kommunal-u. Regionalpolitik, hat diesen Typ BBH mit dem Begriff des „Vorschlagswesens“<sup>253</sup> belegt. Die Bürger werden nach Konzept der Bürgerkommune nur in ihrer o. g. „Kundenrolle“ (s.S.36, Abb.2) gesehen. Als „...Auftraggeber.. bei der kommunalen Politikformulierung (d.h.

---

<sup>249</sup> Vgl. Organisationsberatungsinstitut Thüringen (ORBIT), Bürgerhaushalte in Ostdeutschland: Entwicklungsstand und Handlungsempfehlungen, im Auftrage der Heinrich-Böll-Stiftungen Thüringen-Sachsen u. Sachsen-Anhalt e.V. sowie die andere Kommunalpolitik Thüringen (DAKT) e.V., Erfurt-Dresden-Magdeburg 2010, hier Kapitel 4:Entwicklungsstand,S.8-11

<sup>250</sup> Lt. persönlicher Mitschrift durch Robert Bednarsky.

<sup>251</sup> Vgl. Carsten Herzberg u.a., Vom Süden lernen:...,a.a.O.,S.7

<sup>252</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: e weltweit..., a.a.O., S.17

<sup>253</sup> N.Kersting, Bürgerhaushalt-Bürgereinfluss-Qualitätskriterien, Partizipationstrends und – labels, Typologie Bürgerhaushalt und Bürgerhaushalte in Deutschland, Evaluation: Kostenfalle Bürgerhaushalt? Resümee und Konsequenzen, vorgetragen am 23.06.2011 auf der Tagung vom Bündnis Mehr Demokratie e.V. im Erfurter Landtag; vgl. Ralf-Uwe Beck, Es ist Zeit, das zu klären: Bürgerbeteiligung und Finanzen Eröffnungsvortrag Symposium am 23. Juni 2011 im Thüringer Landtag ([http://www.thueringen.mehrdemokratie.de/index.php?eID=tx\\_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV\\_Thuringen/Buergerbeteiligung\\_und\\_Finanzen-Ein\\_fuehrungsvortrag\\_Beck.pdf&t=1311088204&hash=49e4b41ab087d45e1cdf30145766a447](http://www.thueringen.mehrdemokratie.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV_Thuringen/Buergerbeteiligung_und_Finanzen-Ein_fuehrungsvortrag_Beck.pdf&t=1311088204&hash=49e4b41ab087d45e1cdf30145766a447))

bei der Beteiligung an den politischen Zielsetzungen; E.Ä.) und der Planung...“<sup>254</sup>, also an der langfristigen Stadtentwicklungsplanung der Stadt sind die BBH-Interessierten noch nicht beteiligt. Die Konsequenz ist ein konzeptloses, sehr grobes, kategoriales Fragen nach gestuften oder nicht gestuften Akzent-oder Prioritäten-setzungen im Haushaltsjahr. Auch ein Abfragen nach Einspar-u. Investitionsvorstellungen kommen zur Anwendung. Auf den konkreten Haushalt oder seine Teile und deren Effektivität i.d. Politikumsetzung sowie Effizienz der Mitteleinsetzung (Benchmarking etc.) sowie die mittel-u.langfristige Finanzplanung wird in Erfurt (und auch Anderenorts, die als Vorbilder angeboten werden) nicht wirklich eingegangen bzw. damit in den Dialog zwischen der Politik, Verwaltung und der Zivil-sowie Wirtschaftsgesellschaft eingetreten. Der Erfurter BBH ist noch nicht in ein Konzept einer „zukunfts-fähigen Bürgerkommune“, als „integriertes Zukunfts-und Modernisierungskonzept“ eingebunden und fügt sich damit nahtlos in die Deutsche Bürgerhaushaltslandschaft ein.

Wir teilen die Auffassung der „Servicestelle Kommunen.../InWEntgGmbH“, dass die Zufriedenheitserkundung, also das „Effizienzproblem der Verwaltung“ auch mit einem weitaus weniger aufwendigen Verfahren, als es im BBH praktiziert wird, gelöst werden kann.<sup>255</sup> Das die Qualität des Deutschen Typs „...im Allgemeinen niedrig (ist; E.Ä.), da in den meisten Fällen kaum Zeit für eine tiefergehende Diskussion zur Verfügung steht“<sup>256</sup>, sagt die „Servicestelle...“ auch. Darüber hinaus haben die Autoren der vergleichenden Studie zu den weltweiten BBH-ten Recht mit Ihrer Beurteilung, „... dass die Modernisierungseffekte in Deutschland nicht so hoch ausfallen; E.Ä.), wie man es erwarten könnte. Möglicherweise liegt dies.. (an einer Verschiebung während der Implementierung der BBH-te?; E.Ä.), dass in Deutschland die Herstellung von Bürgernähe in den Vordergrund getreten ist. Bürgerhaushalte werden weniger dazu genutzt, Verwaltungshandeln zu optimieren, als die Kontakte zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und politischen ... Mandatsträgern zu verbessern.“<sup>257</sup> Ob den Akteuren der Verwaltung und Politik eine „voll entfaltete Bürgerkommune“ am Herzen liegt, mag eine hier nur gestellte Frage sein: Denn der Aufgabenumbau und evtl. -abbau betrifft die Arbeitsplätze der Verwaltung und „... dass es

---

<sup>254</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.23

<sup>255</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit..., a.a.O., S.43

<sup>256</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit..., a.a.O., S.15

<sup>257</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit..., a.a.O., S.44

in der ausgebauten Bürgerkommune zu einem Machtzuwachs der Bürgermeister und der Bürger und einem Machtverlust der Kommunalvertretung kommt“<sup>258</sup>, das erkennen die Sozialwissenschaftler im voraus. „Die Bürgerkommune wird von großen Teilen von Politik und Verwaltung als eine Konkurrenzveranstaltung gedeutet., die ihren Akteurszielen massiv widerspricht“<sup>259</sup>, sagen Bogumil u.a. .

Dennoch können, sollten die o.g. Ziele einer „Bürgerkommune“ angestrebt werden, auch vor dem Hintergrund der Haushaltsrestriktionen! „Es spricht..nichts dafür...erst..in den ´sieben fetten Jahren´ die Bürgerkommune umsetzen zu wollen. Auch unter sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen sind einige ... Beteiligungsinstrumente umsetzbar“<sup>260</sup>, vertrete wir mit Bogumil u.a.. Dies konnten wir auch aus dem Vortrag vom Finanzdezernenten von Jena mitnehmen, der sich „...gewandelt vom Saulus zum Paulus in Punkto Bürgerhaushalt (vor-)stellte...und..die Vernunft der Bürger und ihren Einsparungswillen lobte (E.Ä.).“<sup>261</sup> Viele Bürger sind, aus vielen Umfragen und Untersuchungen in der Schweiz<sup>262</sup> belegt, viel weiter als die Politik und Verwaltung vermuten. Sie kennen die finanziellen Restriktionen und sprechen sich auch bei uns für die Konsolidierung der Staatsfinanzen aus, anstatt weiteren Steuersenkungsversprechen zu folgen. Der Vollständigkeitshalber wegen sei nur noch erwähnt, dass es in Deutschland lt. Kersting den BH-Typ des sog. „Haushaltsrechners“ (in Hamburg und Leipzig praktiziert) und „Stadtteifonds“ gibt. Beide finden in Erfurt keine Anwendung. Auf die Stadtteifonds kommen wir zurück.

Die Verfahrenspraxis des BBH in Erfurt lehnt sich an die etablierten fünf Verfahrensschritte an: „1.Einleitung des Verfahrens, 2.Information der Bürger, 3. Beteiligung der Bürger, 4. Entscheidung des Rates, 5.Rechenschaft über die Behandlung der Vorschläge.“<sup>263</sup> In Erfurt heißt es:„ **Information - Konsultation - Rechenschaft** sind die drei Phasen, die zusammen den 4. Bürgerbeteiligungshaushalt in Erfurt ausmachen.“<sup>264</sup> Am 15.Juni 2007 begann der Start des Erfurter BBH-tes mit der

---

<sup>258</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.93

<sup>259</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.87f.

<sup>260</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.91

<sup>261</sup> Karolin Schulz, Sind die Bürger die besseren Haushalte?, Ein Rückblick auf die spannende Diskussionsveranstaltung "Bürgerbeteiligung und Finanzen" am 23. Juni im Thüringer Landtag in Erfurt, in: [http://www.thueringen.mehr-demokratie.de/2640.html?&tx\\_ttnews\[backPid\]=933&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=9297&cHash=4413343c07f19c65fd060ce95d6810c6](http://www.thueringen.mehr-demokratie.de/2640.html?&tx_ttnews[backPid]=933&tx_ttnews[tt_news]=9297&cHash=4413343c07f19c65fd060ce95d6810c6); s.a. FN 266

<sup>262</sup> Vgl. M.G.Schmidt, Lehren der Schweizer Referendumsdemokratie, in: C.Offe, (Hg.), Demokratisierung der Demokratie, Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/a.M. 2003, S.111-123

<sup>263</sup> A.Günther, a.a.O., S.77

<sup>264</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/>

**Informationsphase** für den Haushalt 2008. „Woher kommen die Einnahmen der Stadt? Wofür gibt die Stadt Geld aus? In welchen Bereichen sind Investitionen vorgesehen? Warum wird das nicht einfach morgen geändert? Muss das denn alles so sein, brauchen wir dieses oder jenes wirklich? Wo müssen, wo können wir einsparen? Wie hoch sind die Schulden der Stadt und wie ist geplant, sie schrittweise abzubauen? All dies sind Fragen, die Sie zu Hause, im Bekanntenkreis oder auf Ihrer Arbeitsstelle beschäftigen“<sup>265</sup>, unterstellten die Planer des Erfurter-BBH's. Weiter sagten sie: „Gemeinsam wollen wir, die Fraktionen des Erfurter Stadtrates und die Stadtverwaltung, Sie, die Bürgerinnen und Bürger, mit einer Broschüre, Veranstaltungen, dem Amtsblatt und per Internet über den Haushaltsplan 2007 der Stadt Erfurt informieren und Ihnen das Konzept des Bürgerbeteiligungshaushaltes 2008 vorstellen. Zukünftig sollen die Bürger in den Prozess der jährlichen Haushaltsplanung der Stadtverwaltung und die Debatten des Stadtrates einbezogen werden.“<sup>266</sup> In dezentralen und zentralen Bürgerversammlungen und mittels Broschüren zum Bürgerbeteiligungshaushalt der Thüringer Landeshauptstadt wurde rel. umfassend anhand der Haushalte 2007 und 2009 über das Finanzvolumen und die Zuordnung der Mittel informiert.<sup>267</sup> Die Broschüren lagen an „...allen öffentlichen Stellen aus und im Amtsblatt wird der Bürgerbeteiligungshaushalt ausführlich dargestellt.“<sup>268</sup> „Parallel dazu wurden Pressekonferenzen und Vortragsveranstaltungen durchgeführt, Berichte in der Thüringischen Landeszeitung, der Thüringer Allgemeinen Zeitung, Radio Berichterstattung und Interviews im Radio F.R.E.I. und dem MDR-Radio sowie ein Bericht im MDR Thüringen Journal rundeten die erste Informationsphase im Juni 2007 ab.“<sup>269</sup> Ab 2009 wurde als neues Instrument der Information und Kommunikation für den BBH 2010 ein Internet-Forum eingerichtet. „Im erstmalig angebotenen Online-Forum ... können Sie sich nicht nur selbst mit Anregungen und Kommentaren zu 19 konkreten Themenfeldern beteiligen, sondern sich nach Anmeldung auch einfach nur über die von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eingebrachten Ideen und ihre Weiterentwicklung informieren“<sup>270</sup>, kann man im Archiv nachlesen. Gerade übers das Internet „...können zahlreiche Bürger erreicht werden, die sich von den traditionellen Medien eher weniger angesprochen fühlen.

---

<sup>265</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/aktuelles/2007/25704.shtml>

<sup>266</sup> Ebd.

<sup>267</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/haushalt/>

<sup>268</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2008/27357.shtml>

<sup>269</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2008/27357.shtml>

<sup>270</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2010/33587.shtml>

Über die Zugriffe auf der Forenübersicht der Stadt Erfurt kann man nachlesen, dass es seit Eröffnung insgesamt 662 Aufrufe zum BBH 2010/11 gegeben hat. Davon wurden 164 zu Beiträgen und 84 zu Vorschlägen.<sup>271</sup> In den zentralen und dezentralen Bürgerversammlungen erschienen von 1-100 BürgerInnen, so die Information vom Agenda21-Beauftragten der Stadt. Insgesamt liegt die Beteiligung der Bürgerschaft damit weit unter 1% der Bevölkerung von Erfurt. Gute Beteiligungsquoten liegen zwischen 2-3%, wie z.B. die BBH in Potsdam, Berlin-Lichtenberg und Jena.

Am 11. Oktober 2007 begann die erste, öffentliche **Konsultationsphase** für den BBH 2008, die lt. Günter „... den Kern des Bürgerhaushaltsverfahren darstellt.“<sup>272</sup> Im Grunde beginnt sie bereits auf den o.g. Präsenzveranstaltungen, den zentralen u./o. dezentralen Bürgerversammlungen, im Anschluss an die Informationen, wenn bereits erste Fragen, Anregungen, Wünsche der BürgerInnen zum Haushalt geäußert werden. Das setzt „... allerdings eine genaue Protokollierung (Unterstreichung durch uns) der in den Veranstaltungen von Bürgern vorgetragenen Anregungen und Forderungen sowie der Ergebnisse der Diskussionen und der Prioritätensetzung“<sup>273</sup> voraus. Dass „...das Feedback über die Veranstaltung auszuwerten und in geeigneter Form zusammenzufassen sind“<sup>274</sup> und eine Dokumentation im Internet zu erfolgen hat, betonen wir hier. Wir haben im Internet-Archiv keine Dokumente zu den abgehaltenen Präsenzveranstaltungen finden können. „Neben den Präsenzveranstaltungen stellen Befragungen (Unterstreichung durch uns) das zurzeit wohl wichtigste Instrument zur Ermittlung des Bürgerwillens dar. Sie ermöglichen eine gute Erfassung der Meinung der Bürger zum städtischen Haushalt und zu den städtischen Leistungen. Zum Teil werden sie als alleinige Form der Beteiligung gewählt, zum Teil zusätzlich zu Präsenzveranstaltungen und Internetforen durchgeführt.“<sup>275</sup> In Erfurt werden keine repräsentativen Befragungen durchgeführt, wie z.B. zum BBH in Jena, wo 15.000 Haushalte nach einer Zufallsstichprobe an der Erhebung teilnehmen können. Die Stadt Erfurt führt im Rahmen der jährlichen Wohnungs-u-Haushaltserhebungen eine Befragung zum BBH durch. „Im Frühsommer 2010 wurde, wie jedes Jahr, die so genannte Wohnungs- und

---

<sup>271</sup> Vgl. <http://forum.erfurt.de/> am 17.05.2011

<sup>272</sup> A.Günther, a.a.O., S.81

<sup>273</sup> A.Günther, a.a.O., S.84

<sup>274</sup> Ebd.

<sup>275</sup> A.Günther, a.a.O., S.87



Haushaltserhebung in Erfurt durchgeführt. In dieser Befragung wurden 4.000 Personen im Rahmen einer Zufallsstichprobe ausgewählt und erhielten einen umfangreichen Fragebogen. In diesem Jahr wurde zu den 19 ausgewählten Themen des Bürgerbeteiligungshaushaltes die Frage gestellt: Welche Aufgaben würden Sie zurückstellen wollen? Bitte kreuzen Sie die fünf Themenbereiche an, die Sie notgedrungen in ihrer Wichtigkeit zugunsten der anderen Themen zurückstellen würden. Auf welche der folgenden Themen sollten aus Ihrer Sicht im städtischen Haushalt 2010 stärkere Akzente gesetzt werden“<sup>276</sup> Einen Bezug zu den Zahlen des Haushaltes bzw. der 19 Teilhaushalte gab es nicht! Ferner wurden einige Fragen zum Bekanntheitsgrad und dem Interesse am BBH gestellt. Das Interesse der Erfurter Bürgerschaft an einem BBH ist sehr groß (72% in 2009; 68% 2010), wenn auch leicht abnehmend, wie die Auswertung der Haushaltserhebungen zeigen. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte lt. Stadtentwicklungsamt gut gewesen sein, aber die Wirkung ist noch mäßig: Laut Wohnungs- und Haushaltserhebung 2009 kannten nur 17% den BBH. Allerdings mit steigender Tendenz für 2010, wo bereits 23% von ihm gehört haben wollen. D.h. ein langer Atem ist gefragt und zusätzliche Verbesserungen in den einzelnen Phasen des Verfahrens und vor allem eine Gesamtrevision in der Konzeption (vgl. Kap. II.4.4.) sind nötig.

Auch im o.g., neuen Internetforum zum BBH 2010 taucht das unspezifische Fragen wieder auf: “Die Fragestellung in diesem Jahr: Auf welche der folgenden Themen/ Stichwörter sollten aus Ihrer Sicht im städtischen Haushalt 2010 stärkere Akzente gesetzt werden? Schulen und Turnhallen • Volkshochschule, Bibliotheken • Spielplätze • Bau, Unterhaltung und Sanierung von Sportstätten und Bädern • Sanierung von städtebaulich bedeutenden Brachen • Geh- und Radwegenetz, Pflege/Unterhaltung von Wegen und Plätzen • Naherholung, Verbesserung/ Ausbau von Grün- und Parkanlagen • Öffentlicher Nahverkehr-Stadtbahn und Bus • Ordnung und Sicherheit in der Stadt und im öffentlichen Nahverkehr • Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing • energieeffiziente Stadt, Kostensenkung bei Heizung und Strom etc. • Museen und Theater • freie Kultur, Soziokultur und Stadtteilzentren • Bürgerhäuser und Bürgerzentren • Entwicklungskonzepte für Ortsteile • Kindereinrichtungen, Aktionen für Kinder • Jugendsozialarbeit und Jugendförderung • Seniorenpflege/-betreuung, barrierefreie Stadt, Veranstaltungen • Sozialer, moderner, altersgerechter und bezahl-

---

<sup>276</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2011/36848.shtml>

barer Wohnraum“<sup>277</sup> Diese „Wünsch-Dir-was-Liste“ kann u.E. nur eine Vorfrage zur Schwerpunktbildung der Diskussion für das Folgejahr eines BBH-tes darstellen. Nach der Akzentsetzung sollte dann auf 1-3 konkrete Budgets eingegangen werden und an ihnen, auch im Vergleich zur Aufgabenerfüllung in anderen, annähernd vergleichbaren Städten (Benchmarking) die Effizienz (Einsparpotentiale oder Nachholbedarf) und Effektivität (pol. Zielerreichung) der Aufgabendurchführung erörtert werden. Die in der Haushaltsbefragung und ins Internet-Forum gestellten Fragen entsprechen u.E. nicht den Qualitätsanforderungen wie sie im Endbericht zum NRW-Projekt „kommunaler Bürgerhaushalt“ definiert sind. Dort heißt es zur Konsultationsphase sehr richtig: „Auf folgende Punkte sollten Sie bei der Durchführung einer Befragung achten:

1. „Alle Fragen sollten in unmittelbaren Zusammenhang zum kommunalen Haushalt stehen.
2. Eine erste Befragungsrunde kann Prioritäten der Bürger hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunkte abfragen (z.B. Verkehr, Sport, Bildung, Kultur etc.[wie in Erfurt zum BBH 2008 getan; E.Ä.] )
3. Eine zweite Befragungsrunde kann (muss, sagen wir ergänzend) dann vertiefend ein Thema (oder maximal drei; ergänzen wir) behandeln“<sup>278</sup> und zwar konkret am Planansatz des Haushaltes. Der ja „nur“ qualitative Handlungsziele ausdrückt. Wenn möglich sollten mit den BBH-Interessierten sogar in Handlungsalternativen und deren monetäre Abbildung gedacht, diskutiert und schließlich dem Rat zur Beratung überreicht werden.

Günter weist in seiner Bestandsaufnahme zu den BHH zu Recht beim Einsatz des Instruments der Befragung darauf hin, das dies eine intensive Vorbereitung benötigt.<sup>279</sup> Die personellen Kapazitäten sind im Stadtentwicklungsamt nicht vorhanden, wenn man den Kostenansatz von 2500 € im Haushalt für den BBH z.K. nimmt. In Jena gibt es z.B. neben der steig arbeitenden bürgerschaftlichen Arbeitsgruppe von rd. 20 Personen eine Vollzeitstelle im Rathaus und mit Sachkosten ein Budget von 70.000 €/a. Die Qualität fällt entsprechend positiver aus.

---

<sup>277</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2010/33589.shtml>

<sup>278</sup> Kommunaler Bürgerhaushalt: Ein Leitfaden für die Praxis, hrsg. v. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann-Stiftung, Düsseldorf u. Gütersloh 2004, S.24; im weiteren als NRW-Endbericht..., a.a.O., S.xx zitiert

<sup>279</sup> Albert Günther, a.a.O.,S.88

Entsprechend schlecht fällt auch die nächste Phase, die **Rechenschaftsphase**, im BBH in Erfurt aus. Von der Beratungsphase im Rat hören die beteiligten BürgerInnen ebenfalls nichts, außer denjenigen, die sich evtl. als Besucher in den öffentlichen Ratssitzungen und Finanzausschusssitzungen setzen. Die zuvor von der Verwaltung erstellten Stellungnahmen zu den Bürgervorschlägen werden auch nicht veröffentlicht und ins Netz (Archiv für die älteren Jahrgänge) gestellt. Dem Transparenzgebot im BBH-Verfahren entspricht dies nicht! Wir haben nur die unkommentierte Liste der Vorschläge für den BBH 2010 im Netz gefunden.<sup>280</sup> Wir haben uns die Stellungnahmen von der Stadtfraktion B90/Die Grünen geben lassen und müssen feststellen, dass viele Antworten im „Beamtenjargon“ und entsprechender Sprache abgefasst wurden und nicht wirklich auf die konkreten Anliegen der Bürgervorschläge eingehen. Allerdings gehen die Vorschläge der BürgerInnen aufgrund der oben gezeigten, ziellosen Fragestellung auch nicht auf die Haushaltsansätze der Fachverwaltungen ein. Das Mehrebenensystem der Politik, der dazu gehörenden Verwaltung mit ihren Zuständigkeitsregel kennen die meisten BürgerInnen nicht und dies ist Ihnen nicht vorzuwerfen, sondern eine Bringschuld in der Informations-u. Konsultationsphase, die als kritischer Dialog auszugestalten, weiterzuentwickeln wäre. Die 57 Seiten umfassenden BBH-Vorschläge, incl. Kommentierung, geht dann in die Beratung der Fraktionen des Rates. In welcher Intensität und Qualität die Beratungen ausfallen, entzieht sich unserer Kenntnis. Aus internen Quellen wissen wir, welche Vorschläge die Fraktion Bündnis90/Die Grünen aufgenommen haben. Wir zitieren aus der Haushaltsrede der Fraktionsführerin: „Am Anfang meiner Rede ging es um Beteiligung, am Ende will ich noch einmal darauf zurück kommen und mich den Vorschlägen des Bürgerbeteiligungshaushaltes widmen. Leider finden die hier gemachten Vorschläge wenig Beachtung in der aktuellen Diskussion. Wir GRÜNE haben aus dem Bürgerbeteiligungshaushalt die Anregungen zur Sanierung der Stadtteilbibliothek Herrenberg, zum Plastiktütenverbot, zum Mittagessen in Kitas und Schulen von ökologischen Anbietern in Form von Haushaltsbegleitanträgen aufgenommen.“<sup>281</sup>

Wir unterstellen hier positiv, dass die anderen Fraktionen ebenfalls Teile übernommen haben müssen, denn ohne pol. Beschlüsse könnte die Verwaltung nicht zu

---

<sup>280</sup> [http://www.erfurt.de/imperia/md/content/veroeffentlichungen/stadtentwicklung/bbh/bbh\\_2010\\_vorschlaege\\_zusammengefasst.pdf](http://www.erfurt.de/imperia/md/content/veroeffentlichungen/stadtentwicklung/bbh/bbh_2010_vorschlaege_zusammengefasst.pdf)

<sup>281</sup> Kathrin Hoyer - Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Rede zum Haushalt 2011/12 Stadtrat Erfurt, 19. Januar 2011, S.4; Quelle: [http://gruene-erfurt.de/uploads/media/Haushalt\\_2011-12.PDF](http://gruene-erfurt.de/uploads/media/Haushalt_2011-12.PDF)

dem sehr allgemein gehaltenen Fazit des 3. *Rechenschaftsberichtes der Stadtverwaltung* auf der BBH-Website kommen: „Insgesamt ist festzuhalten, dass mit dem dritten Bürgerbeteiligungshaushalt Dreiviertel der Anregungen im Grundsatz oder in einigen Fällen positiv eingeschätzt wurden. Bezieht man laufende Prüfungen und Vorbereitungen so wie die im Alltagshandeln der Verwaltung durchgeführten Kontrollen zu den "sichtbar" realisierten Maßnahmen ein, so ließe sich ca. die Hälfte der Anregungen als umgesetzt beschreiben. Konkret ausgedrückt konnten vom Stadtrat Maßnahmen mit dem Haushalt 2010 nur dann nicht beschlossen werden, wenn diese eine größere Summe Geldes erforderten.“<sup>282</sup> Auch wenn man die zuvor aufgezählten Spiegelstrichbenennungen einiger Anregungen mit einbezieht in die kritische Bewertung der Rechenschaftslegung, dann ist kein konkreter Bezug zu den Anregungen herzustellen, wer (Verwaltung, Fraktionen) mit welchen Begründungen Anregungen abgelehnt oder auch in die Realisierung übernommen hat. Damit sind keine Verantwortungen zuzuordnen, die bei der nächsten Wahl Konsequenzen zur Folge haben könnten. Dabei muß hier positiv berichtet werden, dass der 3.Rechenschaftsbericht für den BBH 2010 gegenüber den Berichten der Jahre 2008 und 2009 der Informativste ist. Für den spät, am 19.01.2011 beschlossenen Doppelhaushalt 2011/12 liegt bis heute noch kein Rechenschaftsbericht vor.<sup>283</sup> „Das Interesse der Bürger an einer baldigen Information darüber, ob ihre Vorschläge und Anregungen im Haushalt Berücksichtigung gefunden haben, erfordert eine zeitnahe Rechenschaftslegung“<sup>284</sup>, sagt uns die Fachwissenschaft. Ihre Analyse der Praxis „... belegen...zum Teil Lücken in der regelmäßigen und (vor allem, E.Ä.) umfassenden Rechenschaftslegung über die getroffenen Ratsentscheidungen und das Fehlen einer systematischen Überwachung der Umsetzung der Ratsbeschlüsse.“<sup>285</sup> Zur Motivation der aktiveren Bürgerschaft im BBH-Verfahren wäre es mehr als wünschenswert zu hören oder zu lesen, welche ihrer konkreten Vorschläge nun von wem mitgedacht, erörtert oder nur in ähnlicher Weise und mit welchen Abweichungen diskutiert wurde. Viel wichtiger noch sind die ablehnenden Begründungen zu veröffentlichen. Auch welche Mehrheiten die Vorschläge fanden, welche Fraktionen mit welchen Begründungen für oder gegen die Vorschläge votierten, welche Vorschläge es nicht schafften überhaupt in die Abschlussabstimmung zu kommen, weil z.B. die Verwalt-

---

<sup>282</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2010/33590.shtml>

<sup>283</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/beteiligung/2011/36850.shtml>

<sup>284</sup> Albert Günther, a.a.O.,S.95

<sup>285</sup> Albert Günther, a.a.O.,S.96

ung Bedenken (welche?) vorgetragen hat. "Im Interesse der Akzeptanz des Bürgerhaushaltes durch die Bürger besteht hier Veranlassung zur Optimierung des bisherigen Verfahrens und zur konsequenten Offenlegung der Entscheidungen des Rates über die Vorschläge der Bürger"<sup>286</sup>, fasst der Verwaltungswissenschaftler sein breiteres Erfahrungswissen zu letzten Stufe im BBH-Verfahren zusammen, das auch für Erfurt gelten kann, wie wir hier ergänzen.

Diese rel. kurze Beschreibung der *Ist-Situation* in den beiden Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen aus Erfurt in ihrer „Auftraggeberrolle“, also 1.) im Prozess der „lokalen Agenda21“ und 2.) beim „Bürgerbeteiligungshaushalt“ (BBH), weisen erhebliche Schwächen aus. Die Mängel resultieren u.E. aus einem **Hauptproblem, nämlich das die Ziele/Inhalte/ Methoden einer Bürgerbeteiligung in der Bürgerkommune im Grunde rel. unreflektiert sind.** "Vor dem Einsatz von Beteiligungsinstrumenten müssen sich die komm. Entscheidungsträger intensive Gedanken darüber machen, „... wann, an welcher Stelle, zu welchem Thema Bürger (-Innen und Organisationen; E.Ä.) wie zu beteiligen sind.“<sup>287</sup> Ohne eine Gesamtkonzeption zur „nachhaltigen“ oder „zukunftsfähigen Bürgerkommune“ und den neuen Rollenverständnissen darin, die von BürgerInnen, Zivilorganisationen, Wirtschaft, gewählten Repräsentanten und Verwaltungen angenommen werden müssten, besteht die große Gefahr, das der BBH u.a. Beteiligungsinstrumente nur eine modische (und evtl. lästige) „Alibiveranstaltung“ ist. Zur oben, in der Legitimationskrise, genannten „Parteien-Politiker Verdrossenheit“ gesellt sich polar evtl. die „BürgerInnenverdrossenheit“ durch die Politik und Verwaltung? **In der Herstellung der Verbindlichkeit, Ernsthaftigkeit des Dialoges zwischen den Gewählten der „repräsentativen Demokratie“ und den „Stakeholdern“ (BürgerInnen in div. Rollen) der ergänzenden, „partizipativen Demokratie“ als Ergänzungsforum in der pol. Diskussion um die Zukunft der Stadt, des Gemeinwesens, schließlich der Weltgesellschaft als Ganzes, liegt die größte Herausforderung der nächsten Jahre, meinen nicht nur wir.** Wie dieses Problem gemeinsam angegangen werden könnte, versuchen wir im nächsten Kapitel zu skizzieren.

**II.4. Das neue Beteiligungsmodell: Zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt.** Aus der Differenz der beschriebenen Beteiligungskultur in Erfurt heute und dem aufge-

---

<sup>286</sup> Ebd.

<sup>287</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O., S.25

zeigten „Politik-u. Demokratiebegriff“ (s.Kapl.1-3) sowie der Begriffe „Bürgergesellschaft“ (s.Kap. II.1) und „Bürgerkommune“ (s.Kap. II. 2) als sog. Maßstab, Orientierung des zukünftigen Handelns, erwächst aus unserer Sicht das neuartige Beteiligungsmodell, die „zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt“. Es ist vor allem durch ein integriertes Zukunfts-und Modernisierungskonzept gekennzeichnet und verabschiedet sich, wie in Kapitel II.2 gesagt, von der ehemals „...´etatistischen´ (auf staatliches Handeln fixierten) Betrachtungsweise...“<sup>288</sup> und nimmt die jüngeren Ergebnisse der Gouvernance-Forschung, d.h. ihre Perspektive ein: „Die Kunst der Politik besteht nun darin, das Handeln Vieler aufeinander zu beziehen und soweit möglich auf gemeinsame Ziele und Handlungsfelder auszurichten.“<sup>289</sup> Dabei ist die Einsicht gereift, dass es zwar „...eine *Steuerung in der* funktional differenzierten Gesellschaft gibt, aber keine *politische Steuerung der Gesellschaft*“<sup>290</sup> von irgendeinem Machtzentrum allein geben kann, wie z.B. durch den Staat oder die Wirtschaft, auch wenn beide Vergesellschaftungsformen sehr dominant sind. Aber auch hier agiert eine Vielzahl von Akteuren, mit unterschiedlichen Interessen, so dass unterschiedliche Bündnisse möglich sind. Auf die Stadtebene bezogen heißt das: „Es gibt demnach *Steuerung in der* Stadtentwicklung, aber *keine* von einem Zentrum ausgehende *Steuerung der* Stadtentwicklung.“<sup>291</sup> Auf der Ebene der konkreten Handlungsausgestaltung der BürgerInnen in der Stadtpolitik ist es sinnvoll die Rollentheorie mit den Begriffen von der „Kunden-,Mitgestalter-u.Auftraggeberrolle“ der BürgerInnen in der Stadt zu benutzen, wiederholen wir hier.

Um die oben (s.Kap. II.2) definierten Ziele einer „Bürgerkommune“, die kongruent zu den langfristigen Trends, gesellschaftlichen Krisen stehen, erreichen zu können, geht es in ihr darum, „...**parallel die Kunden-, Mitgestalter-und Auftraggeberrolle zu fördern**“<sup>292</sup> (Hervorhebung durch uns) , hatten wir gesagt und in allen *drei Säulen der Bürgerkommune* setzt man sachgerechte und damit unterschiedliche Instrumente ein (s.Anlage 3), auf die wir jetzt näher eingehen müssen. Dabei kommt es dann zu auf die Stadt Erfurt bezogenen Rahmenaussagen des in Kapitel II.2 aufgezeigten, allgemeinen Modells von Bogumil u.a. sowie der Anknüpfung an die vorhandene Beteiligungsstruktur in Erfurt, was die geschichtliche Entwicklung sichert. Nicht die

---

<sup>288</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.21

<sup>289</sup> Ebd.

<sup>290</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.10f.

<sup>291</sup> K.Selle, Gemeinschaftswerk?...,a.a.O., S.11

<sup>292</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.23

„Utopie“ aus der bloßen Einbildungskraft, sondern eine „realisierbare Vision“ anzustreben, legte uns der praktisch-politische Philosoph und Kant-Freund Otfried Höffe ans Herz (vgl. S.10). „Sensibel für wechselnde geschichtliche Umstände, darüber hinaus für das Recht auf kulturelle Differenz, hält sich eine realistische Vision zusätzlich mit der Beschreibung konkreter Verhältnisse zurück. Weiterhin rechnet sie nicht mit einem neuen, von Grund auf besseren Menschen.“<sup>293</sup> Sie verlangt „... nichts Unmögliches, sondern nur, was sich tatsächlich realisieren lässt.“<sup>294</sup> Und schließlich begnügen sich „realistische Visionen ...mit Rahmenausagen und lassen deren konkrete Verleiblichung offen“<sup>295</sup>, weil ansonsten der demokratische Prozess der Betroffenen, Beteiligungsberechtigten von sog. Avantgarden (die selbsternannte Vorhut des Utopischen) vergewaltigt wird. Für ungeduldige Zeitgenossen sind die realistischen Visionäre zumeist zu langsam. „Bei der Realisierung von Visionen braucht es einen langen Atem“<sup>296</sup>, wissen erfahrene Visionäre.

**II.4.1 Das gemeinsame Dach der drei Beteiligungsrollen.** Aus dem o.g. Problem der Demokratie u.- Steuerungskrise der Gesellschaft, Kommunen etc. bedarf es z.B. auf der kommunalen Ebene „...einer grundlegenden Umgestaltung des kommunalen Entscheidungssystems, damit die Beteiligungsinstrumente in den einzelnen Rollen ihren vollen Nutzen entfalten können“<sup>297</sup>, sagen Bogumil u.a. zu Recht. Im allgemeinen Modell von Bogumil hatten wir vier Bausteine (*professionelles Partizipationsmanagement, Delegation und Kulturwandel*) benannt und in die Anlage 3 eingezeichnet. Die dort gegebene erste, grobe Skizzierung vertiefen wir hier mit Bezug auf die „zukunftsfähige Stadt Erfurt“, sofern die Politik uns folgen möchte.

(1) Der erste Baustein, *die politikübergreifende Koordination*, müsste in Erfurt auf fruchtbarem Boden fallen, weil nämlich der Oberbürgermeister Andreas Bausewein mit seiner Unterschrift im oben (s. in der Vorrede ) bereits zitierten Eckpunktepapier für eine „Nachhaltige Stadt“ erklärt: „Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Integration der Ressorts und Sachfragen in eine große Perspektive. Deshalb machen wir Nachhaltigkeit zur Chefsache und integrieren diese Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung“<sup>298</sup>, heißt es im dritten Eckpunkt. Etwas weiter ausgeführt wird dies

---

<sup>293</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.193

<sup>294</sup> Ebd.

<sup>295</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.194

<sup>296</sup> Ebd.

<sup>297</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.24

<sup>298</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere\\_Nachhaltige\\_Stadt\\_Oktober\\_2010.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf), S.3

i.d. „Broschüre Städte für ein nachhaltiges Deutschland“ vom Juni 2011: „Die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit muss bei der politischen Spitze angesiedelt sein, um die Wirksamkeit des Anliegens zu sichern. Von hier aus müssen die Nachhaltigkeitsaktivitäten innerhalb der Verwaltung koordiniert sowie die Verbindung zu den politisch Verantwortlichen im Rat, in der Zivilgesellschaft und in der Wirtschaft gesucht werden. Wir sorgen dafür, dass die Verwaltungsleistungen für Nachhaltigkeit und die personellen Verantwortlichkeiten klar erkennbar sind. Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe bedeutet auch, dass wir die Gestaltungskompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine nachhaltige Entwicklung fördern. [...] Es gibt keine Blaupausen und keine einfachen Erfolgsrezepte zur nachhaltigen Entwicklung. Aber es ist gewiss, dass es ohne das überzeugende Beispiel, das mitreißende Engagement und die beharrliche Initiative der politischen Führung nicht geht“<sup>299</sup>, so die 16 Oberbürgermeister jener Städte, die verstärkt eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen wollen.

Wenn also der *politikübergreifenden Koordination* das Wort geredet und die Nachhaltigkeit zur Chefsache ausgerufen wird, was wir voll unterstützen, dann ergibt sich in der Konsequenz daraus die **Einrichtung eines „Bürgerbüros“, das als Stabsstelle beim Oberbürgermeister (OB)**. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die seit 2004 auf den Weg zur Bürgerkommune befindliche Stadt Potsdam<sup>300</sup>. Die bislang vorhandenen Stellen für den Bürgerbeteiligungsbe-reich in Erfurt, nämlich erstens den Bürgerbeauftragten (Kummerkastenfunktion für die „Kundenrolle“), zweitens die Ehrenamtsbeauftragte (Ansprechpartnerin für die Bürger/-Innen in ihrer „Mitgestalterrolle“) sowie drittens des Agenda21-Beauftragten (Ansprechpartner für die Bürger/-Innen in ihrer „Auftraggeberrolle“ ) wären zu bündeln, evtl. personell zu ergänzen und vor allem organisatorisch als Stabsstelle beim OB anzusiedeln. Damit würde der OB bekunden, dass er erstens seinen Worten auch wirklich Taten folgen lassen will und zweitens erhöhte er die Effektivität und Effizienz der bislang parallel arbeitenden Bürgerbeteiligungsstellen im Zusammenspiel mit den Fachämtern, die angewiesen werden könnten, dem neuen „Bürgerbüro“ diese oder jene spez. Fachfrage zuzuarbeiten, um dieses Fachwissen schließlich mit den Forderungen aus den Gesprächen mit den BürgerInnen (Stakeholdern) in ihren div. Rollen zu er-

---

<sup>299</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere Staedte fuer ein nachhaltiges Deutschland texte Nr 36 Juni 2011.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Staedte_fuer_ein_nachhaltiges_Deutschland_texte_Nr_36_Juni_2011.pdf), S.10

<sup>300</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:, a.a.O.,S.7-12



gänzen, evtl. sogar zu vermitteln, und dann erst das Ergebnis der Verwaltungsspitze und den Räten zur Beratung zuzuführen. „Das Büro für Bürgerbeteiligung erhält ..die Funktion des ‘Schnittstellenmanagements’, die Projektverantwortung obliegt weiterhin den Geschäftsbereichen“<sup>301</sup>, heißt es im Potsdam-Konzept. „Zu seinen Hauptaufgaben gehören der Informationsaustausch zwischen der Verwaltung und Bürgerschaft, die Dokumentation von Beteiligungsprozessen sowie die Prozesssteuerung der Bürgerbeteiligungsverfahren“<sup>302</sup>, lesen wir dort weiter und schließen uns an.

Schließlich wäre ein von den Mehrheits-und Oppositionsfraktionen unterzeichneter Kommunikationsvertrag zwischen dem Erfurter Rat und der Bürgerschaft bzw. dem neuen „Bürgernetzwerk-Erfurt“ ( siehe dazu näher Ziffer (2) in diesem Kapitel) zu unterzeichnen, damit der Wille zur neuen Beteiligung nicht nach Wahlen den jeweiligen Mehrheiten zum Opfer fallen kann, also langfristig gesichert ist. Wir hatten auf die unterschiedlichen Interessen von Mehrheits-und Oppositionsfraktionen im Partizipationsmanagement hingewiesen. Auch darauf, dass selbst die gewählten Politiker der Stadtverwaltung die Detailfragen des Partizipationsmanagements zur Bearbeitung und Durchführung überlassen. Das mag auf kommunaler Ebene der ehrenamtlichen Politikdurchführung geschuldet sein, aber birgt die Gefahr der Staats-, Beamtenzentrierung der Politik in sich. Dem wollen wir mit dem „Demokratiebüro“ als ein Element des nächsten Bausteines entgegenwirken lassen. Wichtiger noch ist es, das die kommunalen Entscheidungsträger sich „...vor dem Einsatz von Beteiligungsinstrumenten darüber Gedanken machen, wann, an welcher Stelle, zu welchen Themen Bürger wie zu beteiligen sind“<sup>303</sup>, wiederholen wir. Das Potsdamer-Konzept auf dem Weg i.d. Bürgerkommune benennt vier Leitfragen, die im Vorfeld zu beantworten wären und „...bundesweit bei erfolgreichen Beteiligungsprozessen beachtet (werden; E.Ä.):

1. Was ist der Gegenstand der Beteiligung?
2. Wer sind die betroffenen Akteure und wer muss in die Kommunikation einbezogen werden?
3. Wie groß ist der Handlungsspielraum (Ressourcen/Rahmenbedingungen)?
4. Welche Methoden sind zielführend und wie wird die Kommunikation gestaltet?“

---

<sup>301</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:, a.a.O.,S.7

<sup>302</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:, a.a.O.,S.8

<sup>303</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.25

Dieses Kapitel II.4.1-4. versucht auf diese Richt-, Leitlinien inhaltlich und methodisch eine Antwort zu geben und sollte es vom Rat der Stadt mitgetragen werden, dann wäre das Ergebnis im *Kommunikationsvertrag* als Zielvereinbarung zu verankern. Es wäre die Bekundung, dass die neue Bürgerbeteiligung wirklich ernsthaft von allen Fraktionen gewollt wird und dass sich alle, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, auf ein neues, kooperatives Rollenverständnis geeinigt haben. Zu diesen zwei Grundprinzipien (Ernsthaftigkeit, neues Rollenverständnis), die Beteiligungsprozesse verbindlich machen, kommen mit dem Potsdamer-Konzept gesagt, noch die folgenden hinzu:

- „Die Handlungsspielräume und Möglichkeiten für Beteiligungsprozesse müssen konkret und verbindlich festgelegt werden. Bürgerbeteiligung ohne tatsächlichen Handlungsspielraum der Bürgerschaft ist keine Bürgerbeteiligung, sondern bestenfalls Bürgerinformation
- Für die Beteiligungsprozesse muss ein verbindlicher Rahmen mit festen Ressourcen (Budget, Mitarbeiter) bestehen.
- Öffentlichkeit und Transparenz sind Grundprinzipien bürgernahe Verwaltung. Das heißt: Über Planvorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten muss deshalb frühzeitig informiert werden.
- Politische Entscheidungen von Verwaltung und Politik am Ende von Beteiligungsprozessen müssen erklärt werden (Rechenschaftspflicht).<sup>304</sup>

(2) Damit kein staatszentriertes *Partizipationsmanagement* etabliert wird, plädieren wir parallel zur Ausgestaltung ersten Bausteines (1) für die **Errichtung eines „Demokratiebüros“** aufseiten der Bürgerschaft. Auf dem Bonner Zukunftsforum Föderalismus 2011 sahen die Fachleute „...auch in kommunalen ‘Demokratiebüros’ und ‘Bürgerbeteiligungsfonds’...“<sup>305</sup>, ein Instrument zur Förderung von Partizipation. „Gleichzeitig müsse ein beteiligungsorientierter Kompetenzaufbau innerhalb kommunaler Verwaltungen in die Wege geleitet werden“<sup>306</sup>, wurde resümiert. Demokratiebüros stehen dem ehrenamtlichen Engagement beratend zur Seite, heißt es im Ergebnisprotokoll des Forums. Denn es werde „zwar ... viel über Bürgerbeteiligung

---

<sup>304</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:., a.a.O.,S.4

<sup>305</sup> Bürgerbeteiligung und Demokratie 2.0, in: mitarbeiten, Heft 1/2012, S.1;

vgl. [http://www.mitarbeit.de/mitarbeiten\\_1\\_12\\_3.html](http://www.mitarbeit.de/mitarbeiten_1_12_3.html)

<sup>306</sup> Ebd.

und Bürgerdialog geredet, doch existierten häufig keine Kenntnisse über die praktische Ausgestaltung von Prozessen.<sup>307</sup>

Neben dieser Bildungsaufgabe in die aktive Bürgerschaft, Verwaltung, Parteien und auch in die Wirtschaft mit Ihren Verbänden hinein, fördert das „Demokratiebüro“ auch die Vernetzung von Bürgerorganisationen in der Stadt und darüber hinaus. Das bürgerseitige Partizipationsmanagement wird durch mehrere BürgerInnen-Initiativen,-Arbeitsgemeinschaften, die bereits existieren oder aufgrund unseres Vorschlages zum neuen, „strategischen Stadtentwicklungsbeteiligungshaushalt“ neu gegründet werden (vgl.Kap.II.4.4.), autonom gesteuert. Die heutigen und zukünftigen Vereine, Stiftungen, Verbände, Arbeitsgemeinschaften, Gruppen, Initiativen etc. der freien Bürgergesellschaft Erfurt gründen gemeinsam das neue „Bürgerbeteiligungsnetzwerk (BNW-Erfurt)“, welches das „Demokratiebüro“ in einem Bürgerhaus oder Mehrgenerationenhaus (o.a. geeignete Räumen, wie z.B. der Volkshochschule) betreibt. Es *vernetzt alle Aktivitäten* der bislang womöglich vereinzelt Agierenden, die sich mit Gemeinsinn um das Gemeinwohl in der Stadt Erfurt kümmern, um auch gemeinsame Interessen zu verfolgen, wie z.B. die zukünftige formelle und informelle Bürgerbeteiligung in Erfurt zu verbessern. Das „BNW-Erfurt“ würde sich natürlich mit dem *bundesweiten „Netzwerk Bürgerbeteiligung“* vernetzen, das auf Initiative der Stiftung MITARBEIT im Jahr 2011 gegründet wurde. „Ziel des Netzwerks ist es, die Partizipation der Bürger/innen in unserer Gesellschaft zu stärken und konkrete Initiativen zu starten, um die Zukunft der Bürgerbeteiligung zu gestalten. Auf Basis dieser Grundidee führt das »Netzwerk Bürgerbeteiligung« Menschen und Organisationen aus allen Bereichen zusammen, die die Partizipation von Bürger/innen an politischen Entscheidungen voran bringen und die Zukunft der Bürgerbeteiligung mitgestalten wollen.“<sup>308</sup>

Das „Erfurter BNW“ stünde dem verwaltungsseitigen „Bürgerbüro“ als Ansprechpartner auf Augenhöhe zur Verfügung und bringt die Bestrebungen, Zielsetzungen, Wünsche zur Stadtentwicklung aus der Bürgerschaft in den politischen Dialog mit ein und achtet auf die sachgerechte Ausfüllung des *Kommunikationsvertrages*, d.h. überwacht die Zielvereinbarungen. Dieser soll, wie unter (1) gesagt, die Verbindlichkeit,

---

<sup>307</sup> [http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/zukunftsforum\\_foederalismus\\_ergebnisprotokoll\\_embacher\\_111108.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/zukunftsforum_foederalismus_ergebnisprotokoll_embacher_111108.pdf),S.10

<sup>308</sup> <http://www.mitarbeit.de/1162.html> ; s.a. Internetseite des BNW: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/>

Ernsthaftigkeit des Kommunikationswillens bekunden und absichern helfen. Er wäre zwischen dem Erfurter Rat, dem Bürgerbüro und der BAG nach dem Vorbild der Jenaer-BAG für den BBH<sup>309</sup> abzuschließen. Allerdings würde er umfassender die Ziele, Inhalte und Methoden (Instrumente) der Beteiligung sowie die Pflichten und Rechte zwischen den Beteiligten benennen. Auch ein Rederecht von sachkundigen, durch Wahlen bestimmte, BAG-Sprechern in die entsprechenden Fachausschüsse würde die Verbindlichkeit erhöhen. Die Aufnahme von gewählten Sprechern im noch zu gründenden Nachhaltigkeitsbeirat der Stadt wäre vertraglich zuzusichern.

Wichtig war nach Auffassung der Bürger vor allem auch, das „... die Information über Planungsvorhaben in einfacher Sprache und dass die Anregungen und Wünsche der Bürger hinterher zumindest zum Teil umgesetzt werden“<sup>310</sup>, sagten wir oben bereits. Eine Erkenntnis, die in Kapitel I.3 zu den neun Erfolgsbedingungen für eine „demokratische Kultur“ bereits angesprochen wurde. Zur Vermeidung der sehr stark ausgeprägten selektiven Teilnahme in der Bürgerbeteiligung (starke Mittelschichtdominanz und Vereins-, Verbandsvertreter und männlich), sollten Beteiligungsangebote „...vermehrt auf bestimmte Zielgruppen...“<sup>311</sup> zugeschnitten werden, damit auch andere Kreise als die Dominierenden einbezogen werden. Einseitigkeiten in der Meinungsbekundung können auch dadurch vermieden werden, dass neben den offenen Beteiligungsverfahren (Bürgerversammlungen, Internetforen etc.) insbesondere *repräsentative Beteiligungsinstrumente* (Befragungen, Planungszellen etc.) eingesetzt werden. Denn es wäre eine Perversion der partizipativ-direkten Demokratie, wenn gut situierte und privilegierte Schichten ihre Interessen mittels neuer Bürgerbeteiligungsverfahren gegen die Schwächeren der Gesellschaft durchsetzen. Dies entspricht nicht unserer Absicht zur Demokratisierung der Demokratie.

(3) Der dritte Baustein, die *Delegation* heißt konkret für die kommunale Ebene, dass bei kommunaler Rahmensteuerung die Verantwortungen auf Stadtteilebene, dezentrale Einrichtungen und Bürgergruppen übertragen werden sollten. „ Die Delegation führt zu erhöhten Anreizen der Bürger, sich an der Planung und Umsetzung lokaler Politik zu beteiligen, weil der einzelne Bürger sieht, dass es auf sein Handeln wirklich ankommt und Trittbrettfahrerverhalten aufgrund größerer sozialer Kontrolle unwahr-

---

<sup>309</sup> Vgl. Regelwerk zum BBH in Jena <http://www.jena.de/fm/41/Regelwerk%2007%2009%2009.pdf>

<sup>310</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.26

<sup>311</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.28

scheinlicher ist als in größeren Einheiten.“<sup>312</sup> Die Ortsteilbeiräte sind bereits das normierte Ergebnis aus dieser Erkenntnis. Deren Stärkung sollte weiter ausgebaut werden. Ihnen könnte man im Rahmen des neuen Bürgerbeteiligungshaushaltes (BBH) Stadtteilstiftungs oder die unter (2) genannten Bürgerbeteiligungsfonds zuordnen. Dadurch würden stadtteil- oder quartierbezogene Belange stärker Berücksichtigung finden. Auf der Bildungsseite könnten, „Schul- und Schülerhaushalte“ eingeführt werden (vgl. dazu Kapitel II.4.4).

(4) Das diese Rahmenaussagen zu den Bausteinen des Daches und die nachfolgend beschriebenen Säulen im „Haus Bürgerkommune“ unter der langfristigen Perspektive gedacht zu einem *Kulturwandel* führen werden, das sei hier betont. Dies kann natürlich nicht von einem Akteur allein reflektiert, organisiert und inhaltlich gestaltet werden. „Erfolge sind nur dann wahrscheinlich, wenn es gelingt, ein möglichst breites Spektrum an demokratischen Kräften und Institutionen in ein Netzwerk einzubinden...“<sup>313</sup>, wie es oben gesagt wurde. Wo nur einzelne Engagierte für oder gegen eine Sache kämpfen, „...fühlen sich die engagierten Personen... unzufrieden und überfordert.“<sup>314</sup> Die Vernetzung ist heute eine Modeforderung geworden und oft auch nur ein Leerwort für fehlende pol. Zielsetzungen. Das ist hier aber nicht gemeint, sondern „Netzwerke müssen.. strategisch geplant und bewusst gesteuert werden, wenn sie die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen sollen.“<sup>315</sup> (Unterstreichungen durch uns). Deshalb ist der unter (2) geforderte Ratsbeschluss zu den Richt- oder Leitlinien der Bürgerbeteiligung von ungeheurer Wichtigkeit. Wer ziellos agiert und auch noch „halb-gare“ Instrumente (Mittel) einsetzt, oder nur eine Mitteldiskussion im sog. Kleinklein führt, der darf sich nicht wundern, dass er die Probleme verschärft, anstatt sie zu lösen. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren, einem „kollektiven Wahnsinn“ ausgesetzt zu sein, „...der dadurch nur unheimlicher wird, dass sich die Orientierungslosigkeit hinsichtlich der eigentlichen Ziele (die verfolgt werden müssten; E.Ä.) mit methodischer Perfektion beim Einsatz der Mittel verbindet“<sup>316</sup>, sagt die Politikwissenschaft, vielleicht etwas überpointiert, aber die Wirklichkeit nicht ganz falsch wiedergebend. Die empirische Forschung zur „demokratischen Stadtkultur“ hat *zehn Faktoren für eine erfolgsversprechende Netzwerkbildung* ermittelt,

---

<sup>312</sup> J. Bogumil u.a., a.a.O., S.29

<sup>313</sup> Ebd.

<sup>314</sup> Ebd.

<sup>315</sup> R. Strobl, O. Lobermeier, a.a.O., S.311

<sup>316</sup> V. Höfle, a.a.O., S.14; vgl. auch F. Walter, Die ziellose Republik, Köln 2006

wie wir in Kapitel I.3 und Anlage 4 kompakt wiedergeben haben und die das neue „Bürgernetzwerk“(BNW-Erfurt) zu realisieren versuchen sollte. Wir betonen hier nur noch einmal das Wichtigste: Eine verständliche Sprache schließt ein und „dauerhaftes Engagement ist nur dann zu erwarten, wenn es als emotional befriedigend und bereichernd erlebt wird, wenn also Selbstwirksamkeit (Unterstreichung durch uns) erfahren wird.“<sup>317</sup> Darunter ist mit dem Neu-Kantianer Volker Gerhardt folgendes zu verstehen: „Jeder muss in der eigenen Leistung einen Beitrag zur Entwicklung der menschlichen Kultur und damit zur Bedingung seines eigenen Daseins erkennen können.“<sup>318</sup> Dass dies nicht nur eine individualistisch-egoistische Leistungen sein kann, drückt der Bezug auf den „Beitrag zur Entwicklung der menschlichen Kultur“ aus. Die Leistung mit Bezug auf den, die Anderen, Seinesgleichen eben, steht hier im Vordergrund und die gegenseitige Anerkennung ist der Grundkonsens gemeinsamen Tuns. „In diesem Zusammenhang ist eine positive und wertschätzende Grundhaltung besonders wichtig“<sup>319</sup>, sagen uns die Demokratieforscher. Der Landessprecher von Mehr Demokratie Thüringen e.V., Ralf-Uwe Beck, drückt das so aus:“ Gefragt ist.. eine Beteiligungskultur, bei der die Menschen mit ihren (kritischen) Anregungen willkommen geheißen und nicht wie Störenfriede behandelt werden.“<sup>320</sup>

Kommen wir nun zu den *drei Säulen* des Gebäudes der „zukunftsfähigen Bürgerkommune Erfurt“ und damit zu der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der neuen Bürgerbeteiligung, die sich aus den drei Rollen im Beteiligungsprozess ergeben. Auch hier wollen wir wieder „nur“ Rahmenaussagen treffen. Zur Erinnerung: In Kapitel II.2 hatten wir zur gleichberechtigten Förderung der „Kunden-, Mitgestalter-und Auftraggeberrolle“ in einer Bürgerkommune aufgerufen. Als erste Definition, die nun in den folgenden Kapiteln II.4.2-4 mit Inhalten und Instrumenten ausgefüllt werden sollen, hatten wir mit Bogumil u.a. gesagt: “Die Beteiligung in der Auftraggeberrolle setzt bei der kommunalen Politikformulierung und Planung an..., während die Mitgestalter-und Kundenrolle in der Phase der Politikumsetzung greift. Die Kundenrolle meint eher die passive Beurteilung des kommunalen Outputs..., während unter der Mitgestalterrolle das aktive Mitproduzieren des Outputs...zu ver-

---

<sup>317</sup> R.Strobl,O.Lobermeier,a.a.O., S.315

<sup>318</sup> V.Gerhardt, Immanuel Kant,..., a.a.O., S.7

<sup>319</sup> R.Strobl,O.Lobermeier,a.a.O., S.315

<sup>320</sup> R.U.Beck, Soziale Exklusion- was tun?, in:md-magazin,zeitschrift für direkte demokratie, Nr.92, 1/2012, S.9

sehen ist.“<sup>321</sup> Das die drei Beteiligungsrollen, die von uns als die drei Säulen der Bürgerkommune bezeichnet werden, im unterschiedlichen Maße dazu geeignet sind, die Ziele der Bürgerkommune zu realisieren, wiederholen wir aus Redundanzgründen auch. “Während die Mitgestalterrolle als einzige Rolle in starkem Maße die Effizienz...und die Solidarität...fördert, ist die Auftraggeberrolle im besonderen Maße dazu geeignet, die Revitalisierung der kommunalen Demokratie voranzutreiben. Will man also die Ziele der Bürgerkommune nicht gegeneinander ausspielen, empfiehlt sich eine gleichberechtigte Förderung..(aller;E.Ä.) Beteiligungsrollen.“<sup>322</sup> Die alleinige Fokussierung auf eine der drei Säulen führt i.d. Sackgasse, sagen Bogumil u.a. zu Recht. Wer nur die Aufgabenübertragung anzielt, um z.B. die Haushaltskrise dadurch ein Stück weit zu bewältigen, der wird Forderungen nach Mitsprache in Finanzangelegenheiten der Kommune nicht abwehren können. “Insofern hängen Mitgestalter- und Auftraggeberrolle eng miteinander zusammen.“<sup>323</sup>

Beginnen wir nun mit der Beschreibung der Beteiligungsinstrumente für die Bürgerschaft in ihrer Kundenrolle, also der (passiven) Beurteilung des kommunalen Outputs, also der Zufriedenheitsmessung bei der Bürgerschaft mit ihrer Stadt. Danach wenden wir uns der Mitgestalterrolle als aktiverem Teil der Politikumsetzung zu und schließlich sehen wir uns die Königsdisziplin der Beteiligungskultur an, nämlich die Möglichkeiten Bürgerschaft zur Mitbestimmung an der Politikformulierung und Planung.

**II.4.2. Beteiligung in der „Kundenrolle“** heißt im Kern der Frage nach der Zufriedenheit der BürgerInnen und ihrer div. Organisationen mit den Dienstleistungen und der Infrastruktur der Stadt nachzugehen. Dazu werden zumeist drei Instrumente eingesetzt.

1.) Das die Stadt Erfurt, wie jede andere, kundenorientierte Verwaltung auch, ein „Beschwerdemanagement“ eingerichtet hat, erfährt man leider nicht direkt bei der Öffnung der Website, also der Startseite der Stadt, wie z.B. auf der Website der Stadt Hilden, die einen eigenständigen Link für Mängelmeldungen hat.<sup>324</sup> Auch nicht wenn man den Link „Bürgerservice“ öffnet. Ebenso nicht, wenn man die drei Links der

---

<sup>321</sup> Ebd.

<sup>322</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.23f.

<sup>323</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.24

<sup>324</sup> Vgl. <http://www.hilden.de/>; hier linke Linkreihe

Bürgerservicebüros“ öffnet und sich die Aufgaben/Leistungen ansieht, um darüber zur Beantwortung der Frage nach der Zuständigkeit, die wichtigste Frage jeder Verwaltung, zu kommen. Erst nach Eingabe des Suchbegriffes „Beschwerden“ wird man auf den damit im Zusammenhang stehenden Begriff der „Bürgeranliegen“ hingeführt und die zuständige Stelle wird endlich benannt<sup>325</sup>:

### Zuständige Stelle

Bürgerbeauftragter / Kommunaler Beauftragter für Menschen mit Behinderungen

Der „Bürgerbeauftragte“ ist von uns also erst nach längerem Suchverfahren als Beschwerde- stelle ausfindig gemacht worden. Von einem „aktiven Beschwerdemanagement“, zumindest nach außen hin, zeugt das nicht! Bedienerfreundlicher wäre der Zugang der Beschwerdestelle direkt von der Startseite aus, die als eigenständiges Button in Erscheinung treten sollte. Jene Bürger, die den klass. Weg per Post oder persönlich ins Rathaus zu den heute üblich eingeführten „Bürgerservicebüros“ wählen, kommen sicher schneller zum Ziel und können ihre Frage am Empfang loswerden und direkt zur Beschwerdestelle ins Rathaus am Fischmarkt 1 weiter geleitet. Die Kunden des Servicebüros in der Berliner Str.26 und Löberstr.35 haben dann allerdings einen weiteren, größeren Gang zu machen, während die MA des Büros am Fischmarkt 5 auf einen kurzen Fußweg verweisen können. Gut wäre es, wenn alle Bürger direkt wüssten, dass für Beschwerden der Bürgerbeauftragte zuständig ist und dass dieser im Hauptgebäude des Rathauses sein Dienstzimmer hat, um ihn direkt anlaufen zu können. Für die Internetnutzer könnte das über den o.g. direkten Button mitgeteilt werden. Dass die Beschwerde-stelle direkt dem Bürgermeister zugeordnet ist, wird hier mit Bogumil u.a. unterstellt, weil die Anliegen in kürzester Frist und zentral mit hinreichendem Durchsetzungsvermögen gegenüber den Fachabteilungen bearbeitet werden können.<sup>326</sup> Sollte dies nicht der Fall sein, so nehmen wir Bezug auf unsere Empfehlung unter II.4.1. (1), ein Bürgerbüro als Stabsstelle beim Bürgermeister einzurichten, zu der die Beschwerdestelle auch gehören sollte. Der Bürgermeister sollte diese Beschwerdestelle „...als 'kostenlose Unternehmensberatung' ..“<sup>327</sup> ansehen, sagen wir mit Bogumil u.a. . Das mit dem Personalrat die verbindlichen Spielregeln für diesen Modernisierungsprozess ausge-

<sup>325</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/cocoon/ef/bservice/app/zustaendig/leistungsdetails.html?id=1394&ruid=10019>

<sup>326</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.77

<sup>327</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.78



handelt werden sollte, um die stärkere Kundenorientierung nicht zu Lasten der Mitarbeiterorientierung ausfallen zu lassen, ist für uns und Bogumil selbstredend. Der starken Intervention des Verwaltungschefs oder seiner „Stabsstelle für die Zukunftsfähigkeit oder Nachhaltigkeit“ auf die anderen Mitarbeiter der Verwaltung soll nicht zu deren Demotivierung führen. „Wer als öffentlich Beschäftigter auf der Arbeit nichts zu lachen hat, der kann auch nicht dauerhaft kundenorientiert lächeln“<sup>328</sup>, ist die Grunderkenntnis zwischenmenschlicher Beziehungen überall.

2.) Ein auf der Web-Startseite der Stadt Erfurt Eigenständig zugängliches und ganzjährig geöffnetes „Internetforum zur Befragung der Bürger“ nach ihrer Zufriedenheit mit den Dienstleistungen und der Infrastruktur der Stadt, so wie er im Rahmen des bisherigen BBH-tes für eine kurze Zeit in der Konsultationsphase existiert, gibt es leider noch nicht. Dies wäre das preiswerteste „Instrument“ für die Bürger, um ihre Vorschläge zu platzieren. „Die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien erlaubt die Beteiligung sehr vieler Menschen unabhängig von zeitlichen und räumlichen Beschränkungen. Von großer Bedeutung dabei ist, dass ausreichend viele Menschen über die notwendige Technik verfügen“<sup>329</sup>, mittlerweile >60%. „Ein Vorzug des Mediums Internet ist, dass es die Verteilung von Informationen in jeder Form (Bild, Text, Ton und Kombinationen daraus) ebenso erlaubt wie die Kommunikation zwischen räumlich beliebig weit verteilten Teilnehmern.“<sup>330</sup>

3.) Allerdings wurde oben auch auf die sog. „soziale Schieflage“ dieses Instrument aufmerksam gemacht, weil die Nutzer kein repräsentatives Meinungsbild der Grundgesamtheit, hier der Einwohner der Stadt abbilden. Will man dies erhalten, müsste von Zeit zu Zeit eine klassische, nach einer Zufallsstichprobe durchzuführende *schriftliche oder mündliche Befragung (repräsentative)* stattfinden. Das die Stichprobe rel. klein sein kann, wissen wir aus Erhebungen zum Deutschlandtrend oder nur der Sonntagsfrage, zu der nur rd. 1.200 Bürger befragt werden. In Kapitel II.3 wurde für Erfurt auf die Wohnungs-u.Haushalterhebung von rd. 4000 Einheiten hingewiesen. Dass dieses Instrument gezielter und professioneller für die Kundenzu-

---

<sup>328</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.83

<sup>329</sup> E.Wienhöfer, Unmittelbare Bürgerbeteiligung?- Zum Beispiel Bürgerforen, in: R.Kreibach,Ch.Trapp, Bürgergesellschaft, Floskel oder Programm, a.a.O., S. 53

<sup>330</sup> Ebd.

friedenheitsmessung eingesetzt werden könnte, wollen wir hier anregen. „Um die Gefahr gering zu halten, dass bei der Durchführung und Auswertung Fehler und Manipulationen auftreten, ist neben der technischen auch eine öffentliche Kontrolle z.B. in Form von Bürgerkomitees sinnvoll.“<sup>331</sup> Dies könnte eine weitere Aufgabe des unter II.4.1. (2) vorgeschlagenen Demokratiebüros sein.

**II.4.3 Beteiligung in der „Mitgestalterrolle“** heißt nach unserem Verständnis, sich die Möglichkeiten der Bürgerschaft zur aktiven Betätigung im Stadtleben anzusehen. Dabei sind nicht nur privatistische, sondern auch politische Betätigungsmöglichkeiten sowie die kreative Weiterentwicklung der Stadt in Verbindung mit den Selbstverwirklichungsmöglichkeiten der Bewohner der Stadt in den Blick zu nehmen.

1.) Dass die Landeshauptstadt Erfurt ein vielfältiges Verbände, Vereins- u. Stiftungsleben hat, davon kann sich jeder selbst am Tag der offenen Tür des Thüringer Landtages informieren. Aber auch die Zuziehenden oder breiter aufgestellten Touristen der Stadt Erfurt werden auf der Website der Stadt unter den beiden Button „leben und wohnen“ und „engagiert“ fündig. „Die Stadtverwaltung Erfurt setzt sich aktiv für das Ehrenamt ein. In der Landeshauptstadt existieren circa 2000 Vereine, Verbände und Organisationen verschiedener Ressorts, in denen nahezu 50.000 Erfurterinnen und Erfurter ehrenamtlich tätig sind“<sup>332</sup>, kann man nach Öffnung des Links „Ehrenamt“ lesen. Die „Ehrenamtsbeauftragte der Stadt“, das „Kompetenz- und Beratungszentrum“ sowie die „Freiwilligenagentur“ sind die institutionalisierten Kontakt- und Beratungsstellen<sup>333</sup> zum Ehrenamt. Eine „Kulturvereins-Datenbank und Link zu „Sportvereinen“<sup>334</sup> geben jedem Neubürger sehr schnell ausreichende Informationen über die Bürgergesellschaft, Bürgerkommune Erfurt.

2.) Dem eher privaten und bildungsorientierten Engagementsangeboten stehen die pol. orientierten Bürgerbeteiligungsangebote zur Seite, die auf der Start-Webseite über den direkten Link „*Bürgerbeteiligung*“ einsehbar sind. „Die freiwillige Bürgerbeteiligung richtet sich in der kommunalen Praxis auf alle denkbaren kommunalpolitischen Themen. Dies reicht von der Beteiligung an den wichtigsten kommunalen Plänen wie Haushaltsplan oder Flächennutzungsplan über einzelne Bauprojekte bis

---

<sup>331</sup> Ebd.

<sup>332</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/ehrenamt/>

<sup>333</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/ehrenamt/informationen/36927.shtml>

<sup>334</sup> Vgl. <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/vereine/>

hin zu Aktivitäten in der Kriminalprävention oder zum Umweltschutz. Wir möchten Sie dazu ermutigen, von Ihrem Recht Gebrauch zu machen. Informieren Sie sich über städtische Probleme und Prozesse, bilden Sie sich Ihre Meinung und bringen Sie sich in die Entscheidungsfindung ein<sup>335</sup>, informiert der geöffnete Link. Hier führen zwei Links auch direkt zu den Aktivitäten der „Lokalen Agenda21“ und zum „Bürgerbeteiligungshaushalt“ (BBH). In Kapitel II.3. zur Beschreibung der Ist-Situation der Bürgerbeteiligung in der Mitgestalterrolle wurde bereits festgestellt, dass den BürgerInnen und Touristen eine große Menge von Informationen, nützlichen Tipps und Kontaktinformationen bereit gestellt werden und dass die „Mitgestalterrolle“ am Besten ausgestaltet ist.

3.) Über die „Aufgabenübertragung“ als weiteres Instrument für die BürgerInnen in ihrer „Mitgestalterrolle“ kann man im Internet der Stadt keine direkten Informationen abrufen. Erst eine Anfrage zur Ist-Situation an das Stadtentwicklungsamt ergab die Auskunft, dass es in Erfurt 21 Verträge mit Sportvereinen gibt, die überwiegend die Rasen-, Bahn-, Objektpflege beinhalten. Ferner drei Pachtverträge sowie zwei EVN-Kegelbahnen, die in starker Eigenverantwortung von Vereinen betrieben werden. Schließlich gibt es neben der Pflege von Sportanlagen noch „...einen Vertrag zwischen der Stadt und der Kolping Dienstleistungs- GmbH zur kostenneutralen Pflege einer Fläche, die temporär als "Stadtgrün" genutzt wird.“<sup>336</sup>

Diese Aufgabenübertragung geht u.E. in die richtige Richtung, sagten wir in Kapitel II.3 (s. Seite 36f. zur Bestandsaufnahme) bereits. Hier handelt es sich um vier Projekte der Zwischennutzung von Stadtbrachen. „Der Vorteil einer solchen Zwischennutzung besteht darin, dass sie als Experimentierfelder wirken, in denen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verbesserung des Wohnumfeldes reagiert werden kann. Auch kann durch eine Zwischennutzung ein Beschäftigungseffekt, ein Ansatzpunkt für bürgerschaftliches Engagement eruiert werden, der gleichzeitig einen Beitrag zur lokalen Ökonomie und Ökologie leisten kann. Mit der Ingebrauchnahme einer Brache durch eine temporäre Nutzung kann diese mit wenigen Finanzmitteln aktiviert werden“<sup>337</sup>, gibt die Stadt den speziell Interessierten Auskunft.

---

<sup>335</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/buergerbeteiligung/>

<sup>336</sup> Mail vom Stadtentwicklungsamt, SB Jugend, Bildung, Sport, Kultur/Lokale Agenda 21, vom 03.04.12

<sup>337</sup> <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21/arbeitsgrp/18857.shtml>

Das Entscheidende bei dieser Strategie der Ausfüllung der Mitgestalterrolle scheint uns zu sein, dass hier sowohl eine kreative Weiterentwicklung in der Stadt oder Teilen von ihr, sowie die nichtkommerzielle Selbstverwirklichung ihrer Bewohner ermöglicht werden. Darüber hinaus werden die ehrenamtlich mitwirkenden BürgerInnen in den übernehmenden Vereinen, nicht als „billige Lückenbüßer“ ausgenutzt. „Die Haushaltskonsolidierung sollte nicht der Anlass, sondern höchstens Begleiteffekt sein; ‘sonst kommt irgendwann der Frust, weil sich die Bürger missbraucht vorkommen’“<sup>338</sup>, sagen Bogumil u.a. mit unserer Zustimmung sehr richtig. Die Mitgestalterrolle als primäre Sparstrategie, also „der Abbau der freiwilligen Vereinsförderungen bei gleichzeitig stärkerer Aufgabenübertragung...“<sup>339</sup>, wie es für Nordrhein-Westfalen typisch angewendet wird, lehnen wir für Erfurt und Thüringen ab. Weil bei dieser Strategie immer Konflikte mit den öffentlich Beschäftigten zu erwarten sind. „Diese befürworten nur in einem sehr geringen Maße die Aufgabenübertragung auf Vereine und Bürger.“<sup>340</sup> Aufgabenübertragungen werden als „...Konkurrenzveranstaltungen (und; E.Ä.) auch als Entwertung der bisherigen Arbeit wahrgenommen“<sup>341</sup>. Das müssen sie aber nicht sein, wenn man die Mitgestalterrolle kreativ, wie z.B. in den 4 Projekten der Stadt Erfurt und u.g. Projekte gestaltet. „Die Bürger beteiligen sich dann nicht nur an den Plänen und Projekten ihrer Kommune“<sup>342</sup>, sondern auch an der Erzeugung der Wohlfahrtsproduktion, wie das Zitat 350 von der Stadt ja belegt und üben die geforderte „ökologische Lebenskunst“ mit ein. „Diese neue Kultur des ‘Selbermachens der Bürgerschaft’ eröffnet einerseits die Chance, dass mancherorts überhaupt noch kommunale Leistungen angeboten werden können- und dass Selbermachen dabei auch Andersmachen und Bessermachen bedeutet.“<sup>343</sup> Das Anders-u.Bessermachen sollte nicht als Kritik an den Leistungen der öffentlich Beschäftigten verstanden werden, sondern die oft noch verbesserungsbedürftige, staatliche Leistungserfüllung ist möglicherweise nur durch das starre Korsett struktureller Vorgaben bürokratischen Handelns verursacht. Die Chancen und Risiken, Vor- u. Nachteile der Übertragung einzelner Aufgaben gilt es in jedem Einzelfalle am Maßstab der oben grob beschriebenen „ökologischen Lebenskunst“ zu messen, abzuwägen und zuzulassen oder abzulehnen. Beispiele von „guten“ Aufgabenüber-

---

<sup>338</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.61

<sup>339</sup> Ebd.

<sup>340</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.63

<sup>341</sup> Ebd.

<sup>342</sup> Ebd.

<sup>343</sup> Ebd.

tragungen werden von uns hier nur aufgezählt: „Bürgerbusse“, „Autofreie Stadtteile“, „Bürgerkraftwerke“ wie z.B. die Elektrizitätswerke Schönau (von Stromrebellengegründet), „Betrieb von Sportstätten“, „Bürgerhäusern“, „Familien-und Seniorenzentren“ etc. „Die ... Projekte und viele weitere Beispiele in großen und kleinen Städten und Gemeinden zeigen, dass Bürger als Einzelne und vor allem organisiert in lokalen Bürgergruppen die kommunale Entwicklung zugunsten von mehr Nachhaltigkeit mitgestalten können. Sie können ihr Wissen, ihre Kraft und ihre Leidenschaft für mehr Nachhaltigkeit vor Ort einsetzen. Sie können lokal handeln: manchmal vergebens, oft erfolgreich - nie umsonst.“<sup>344</sup> Vor allem werden diese Aktivitäten in einer ganz anderen Währung getauscht, als jene, die der einseitig monetären Wachstumsideologie, also der fast religiösen Anbetung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) folgen. Diese Tonnage-Ideologie, als Relikt aus der fossilen Weltwirtschaftsordnung, die nicht zukunftsfähig ist, wie wir mit Otfried Höffe<sup>345</sup> aufzeigten, kann den qualitativen Zeit- und Zuwendungswohlstand nicht erfassen. Unser Wohlstandsverständnis oder die oben geforderte „ökologische Lebenskunst“ ist auch etwas ganz anderes, als nur die „Lifestyle-Modernisierung“ einer Stadt, die auch ihre Berechtigung hat, aber man darf bei ihr allein eben nicht stehen bleiben!

**II.4.4 Die Beteiligung in der „Auftraggeberrolle“** ist u.E. die Königsdisziplin für die BürgerInnen, Vereine, Verbände, Initiativen, Einzelpersonen als zur Mitbestimmung Aufgerufene in der (Stadt-)Politik. Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung auf der von innen sowie die Mitbestimmung als der nach außen gerichteten Seite einer jeden Person, machen die ganze Menschenwürde und seine auf den, die Mitmenschen gerichteten Aktivitäten (Sozialität) aus, wiederholen wir unser Politikverständnis aus dem Kapitel I . Das dieses ethische Verständnis von Demokratie, die „demokratische Beteiligung ... vor allem an konkrete Projekte (zu; E.Ä.) binden“<sup>346</sup> ist, das können wir im Ergebnisprotokoll des Bonner Zukunftsforum Föderalismus 2011 nachlesen. Unter dem Thema „Vitalisierung der Demokratie durch Bürgerengagement“ wird z.B. darauf hingewiesen, dass “die Energiewende .. sich vor diesem Hintergrund als zentrales Projekt zur Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung an(-

---

<sup>344</sup> Zukunftsfähiges Deutschland..., a.a.O., S.568

<sup>345</sup> Wir wiederholen hier das Zitat 191 (s.S.31): „Eingestehen müssen wir uns deshalb, dass gegen die Natur ein strukturelles Laster vorherrscht, eine „Kultur“ der Habsucht im globalen Maßstab. Aufzuheben ist sie nur durch eine ebenso globale Kultur der freiwilligen u. gesetzlich geregelten „Selbsteinschränkung“ O.Höffe, (1973), a.a.O., S.165

<sup>346</sup> [http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/zukunftsforum\\_foederalismus\\_ergebnisprotokoll\\_embacher\\_111108.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/zukunftsforum_foederalismus_ergebnisprotokoll_embacher_111108.pdf), S.3

bietet; E.Ä.), da mit der Energiefrage und den damit verbundenen Infrastrukturproblemen grundlegende Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenleben verbunden seien<sup>347</sup>, lesen wir weiter und pflichten dieser Aussage voll und ganz bei. Das dies ein sehr wichtiges Zukunftsprojekt ist, bezweifelt heute, nach Tschernobyl und Fukushima, wohl kaum einer mehr. Aber die Stadtentwicklung kennt noch andere, wichtige Projekte, die der direkten Bürger-Mitbestimmung bedürfen. Wir können sie z.B. aus dem vom Rat am 29.10.2008 beschlossenen „*Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) 2020*“ entnehmen. Dort sind 13 Handlungsfelder benannt, die in Kapitel 4.2 zu fünf thematischen Konzeptbausteinen verdichtet werden:

Baustein 1: Wirtschaft und Innovationen

Baustein 2: Wohnen und Lebensqualität

Baustein 3: Stadt und Freizeitlandschaft

Baustein 4: Zentrenfunktion, Stadtteile und Ortschaften

Baustein 5: Gemeinwesen und Daseinsvorsorge.

Die Bausteine werden jeweils mit Leitsätzen eingeleitet und mit strategischen Projekten abgeschlossen. Exemplarisch seien für den Baustein 5 dann folgende Aussagen zum strategischen Projekt der „Energieeffizienten Stadt Erfurt (EeffE)“ zitiert: „Die Landeshauptstadt Erfurt wird bis 2020 mindestens 65 % des Stroms aus Kraft-Wärmekopplung (KWK) – darunter 10 % durch Einsatz von Biogas – und weitere 20 % aus erneuerbaren Energien – davon 10 % durch Photovoltaik – erzeugen. Gegenüber 2008 sollen 10 % des Strombezuges sowie 20 % des Nutzwärmebedarfs eingespart werden. Weiterhin wird im Verkehrsbereich eine Reduktion der innerstädtischen Emissionen um 20 % angestrebt. Hierzu wird ein Energiekonzept erarbeitet, das einen integrativen Ansatz verfolgt. ... Aufbauend auf dem ISEK werden beispielhaft Teilenergiekonzepte für einzelne Stadtgebiete entwickelt und diese zu einem Gesamtenergiekonzept innovativ zusammengeführt.“<sup>348</sup>

Weitere Projekte aus dem fünften und den anderen Bausteinen könnten entnommen und vorgetragen werden und böten sich für die bürgerschaftliche Auftraggeberrollenbeteiligung besonders an. Auch die bisherigen AGENA21-Projekte könnten diesen Bausteinen zugeordnet werden. Auch das o.g. „*BürgerNetzwerk-Erfurt*“ (vgl.

---

<sup>347</sup> Ebd.

<sup>348</sup> Integriertes Stadtentwicklungskonzept Erfurt 2020, hrsg. vom Stadtentwicklungsamt, Erfurt am 05.12.2008, S.113f.

II.4.1(2)) hat als Vertreter der Erfurter Bürger-, Stakeholdergesellschaft Interessen- u. Arbeitsruppen, die zu den Bausteinprojekten passen. Eine neue Gruppe, die sich bilden müsste, wäre sicher die „*Bürgerhaushalts-AG*“. Sie würde die sog. Königin unter der informellen Bürgerbeteiligung darstellen und am Wirkungsvollsten mit einem neuen, dem „*strategischen Bürgerbeteiligungshaushalt (BBH)*“ arbeiten können. Der „*strategische Stadtentwicklungs-BBH*“ ist nicht unsere Erfindung, sondern wird im Endbericht des Modellprojektes „*Kommunaler Bürgerhaushalt in NRW*“ als Ausblick kurz dargestellt. Wir lesen den Ausblick als Empfehlung für die zukünftige Entwicklung, weil das Instrument der strategischen Steuerung den Kommunen dabei helfen soll, die in den o.g. fünf Bausteinen genannten Politikfeldern „... Handlungsfähigkeit zu wahren sowie langfristig und nachhaltig die kommunale Entwicklung zu steuern.“<sup>349</sup> In sechs Städten und fünf Landkreisen in NRW hat die Bertelsmannstiftung unter dem Namen „*Kompassprojekt*“ „... modellhaft Konzepte zur politischen Steuerung entwickelt- zielorientiert, kennzahlengestützt und unter Beteiligung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung.“<sup>350</sup> Die Städte Hilden und Vlotho waren nicht nur BBH-Kommunen, sondern auch „*Kompass-Kommunen*.“ „Der Bürgerhaushalt und Kompass haben eine gemeinsame Klammer: die Finanzen. Das Zusammenspiel Bürgerhaushalt und strategische Steuerung ermöglicht den Bürgern eine ganzheitliche Sicht auf die Entwicklung unserer Stadt...“<sup>351</sup> wird ein Teilnehmer aus Vlotho zitiert. Das sehen die in der Vorrede bereits zitierten 16 Bürgermeister für eine „*Nachhaltige Stadt*“ auch so, wenn sie zu Protokoll geben: „Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt und auf der Grundlage generationengerechter Finanzen betreibt, ist die beste Basis für die Zukunft unserer Städte.“<sup>352</sup> Die kurz- u. mittelfristige Finanzplanung soll demnach mit einer nachhaltigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Stadtentwicklung verbunden werden und bietet für die zukunftsbesorgten aber auch kreativ anpackenden Bürger, Organisationen, Vereine etc. einen besonderen Anreiz zur Mitarbeit auf, so meinen wir.

Der strategische „*Stadtentwicklungs-BBH*“ kommt damit seinen Wurzeln, nämlich dem Modell des Bürgerhaushaltes aus der Stadt Christchurch, Neuseeland wieder

---

<sup>349</sup> Innenministerium NRW & Bertelsmann Stiftung, *Kommunaler Bürgerhaushalt: Ein Leitfaden für die Praxis*, Düsseldorf 2004, S.36

<sup>350</sup> Ebd.

<sup>351</sup> Innenministerium NRW & Bertelsmann Stiftung, a.a.O., S.37

<sup>352</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere\\_Nachhaltige\\_Stadt\\_Oktober\\_2010.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf), S.3

näher. „In Deutschland war ursprünglich nicht Porto Alegre, sondern Christchurch das Vorbild für den Bürgerhaushalt“<sup>353</sup>, bezeugt die weltweite Analyse durch die „Servicestelle...“. Hier erfolgt die Partizipation der Bürger „...sowohl zum jährlich aufzustellenden Haushalt als auch zum strategischen Mehrjahresplan.“<sup>354</sup> Dies zukünftig in Erfurt auch so zu tun, wird hier vorgeschlagen. Damit überwinden wir die Ziellosigkeit in den bisherigen BBH-ten, wie wir sie in Kapitel II.3. als Defizite in der Fragemethodik<sup>355</sup> vorfanden. Die Weiterentwicklung des Bürgerbeteiligungshaushaltes von der „Zufriedenheitserkundung und Suche nach Bürgernähe“ in Richtung eines „politisch-strategischen Instruments zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen/Städte des Landes“ entspricht der vorausschauenden Politik, die Probleme erst gar nicht entstehen lässt, sei aus Kapitel I.2. in Erinnerung gerufen. Wir sagen: Eine Politik verletzt ihre Grundaufgabe, wenn sie erst eingreift, wenn sprichwörtlich das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. „Eine gesteigerte Zukunftsfähigkeit sieht voraus, dass bestimmte Entwicklungen Schwierigkeiten hervorrufen können, und sucht die Entwicklungen so zu beeinflussen, dass es zu Schwierigkeiten gar nicht kommt. Hohe Zukunftsfähigkeit löst viele Probleme, indem sie diese Probleme erst gar nicht entstehen lässt.“<sup>356</sup> „Mit Strategien oder strategischen Prozessen versucht ein Gemeinwesen, den Lauf der Welt langfristig und möglichst stark (in die von der Bürgerschaft gewünschte Richtung; E.Ä.) zu beeinflussen“<sup>357</sup>, sagt der mehrfach zitierte politische Philosoph Otfried Höffe.

Aus unserer Kritik am bisherigen „BBH als Vorschlagswesen oder Zufriedenheitsmessinstrument“ in Erfurt und Deutschland insgesamt (vgl. Kapitel I.3.), folgt unter dem zuvor Gesagten, das wir vorhandene Verfahren und Instrumente verbessern helfen wollen. Wir beginnen mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen zu den 3-5 Phasen des BBH-Erfurt, die wir unter Kap. II.3 mit den Schwächen ausführlich dargestellt haben und zeigen dann neue Instrumente auf, die angewendet werden sollten.

---

<sup>353</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit..., a.a.O., S.69

<sup>354</sup> Ebd.

<sup>355</sup> Das offene, themenunabhängige Befragen der Bürger kommt bei diesen evtl. gut an und mag auf den ersten Blick in ihrem Interesse sein sowie den oft vorhandenen Kenntnislücken in Fachthemen entgegenkommen, aber „damit kann Politik und Verwaltung.. überhaupt nicht sicherstellen, dass die Bürger über Themen diskutieren, in denen prinzipiell (mangels Aufgabenverteilung der verschiedenen Politikebenen; E.Ä.) kommunale Handlungsräume bestehen“, bestätigen Bogumil u.a. das Problem bei der (fast) themenfreien Beteiligung i.d. Kommunen. Die Fach-Verwaltung wird dann unnötig in Stellungnahmen zur Weiterleitung der Vorschläge an den Rat zur Beratung gebunden, die entsprechend „genervt“ ausfällt. Der in II.3 kritisierte Beamten-Jargon i.d. Sprache ist eine berechtigte Abwehrreaktion, die vermieden werden kann!

<sup>356</sup> O.Höffe (2009), a.a.O., S.31

<sup>357</sup> O.Höffe, Ist die Demokratie zukunftsfähig?, a.a.O., S. 16



## 1.) Verbesserungsvorschläge zum derzeitigen BBH:

Dass die o.g., neue, Erfurter „BBH-AG“ im „*Bürger Netzwerk (BNW)-Erfurt*“ den BBH autonom steuert, natürlich im Zeitplan abgestimmt mit dem Haushaltssetzungs- u. bildungsprozessen der Verwaltung und des Rates, versteht sich für uns nach der Kritik an der Staatszentriertheit der Deutschen BBH-te von selbst. Dass die jährlichen Schwerpunktsetzungen im engen Bezug zu den oben genannten Bausteinen, Projekten des ISEK 2020 sowie zu den unten, unter 2) abgehandelten Instrumenten des „strategischen Stadtentwicklungs-BBH-tes“ zu stehen hat, sollte im Kommunikationsvertrag festgelegt werden. Ebenso sollte, wie es die BBH-AG in Jena praktiziert, die Erfurter „BBH-AG“ ihre gewählten Schwerpunkte mit dem unter Kapitel II.4.1(1) beschriebenen, verwaltungsseitigen „Bürgerbüro“ (und dieses intern der Verwaltungsspitze und dem Finanz-u. Hauptausschuss) abstimmen und die Zustimmung zur Bearbeitung einzuholen. Erst danach beginnt die Arbeit im bekannten Verfahrensprozess laut Kapitel II.3. (s.S.43-47). Die dort beschriebenen Schwächen in den einzelnen Verfahrensstufen veranlassen uns folgende Änderungsvorschläge zu unterbreiten:

- In der **Informationsphase** sollte für den Gesamthaushalt auf die dezentralen Bürgerversammlungen aus Aufwandsgründen verzichtet werden. Die Teilnahme von 100 bis 1 Person (< 0,05% der Einw. von Erfurt) in den bisherigen Jahren rechtfertigt diese Empfehlung. Solche Veranstaltungen sollten zukünftig nur den Diskussionen über die Nutzung der Stadtteifonds vorbehalten sein.
- Die Haushaltsbroschüre sollte nicht mehr hergestellt und verteilt werden, weil ein an Fachbereichen/Aufgaben gegliederte Darstellung des Haushaltes aus Sicht des Bürgers uninteressant ist. Er orientiert sich eher an öffentl. Dienstleistungen, Produkten und ihren Preisen (Stichwort: Doppikhaushalt, der eingeführt werden sollte), die er z.B. für die Kita-Gebühren bezahlen muß. Und ob diese Leistung preiswert, d.h. wirtschaftlich effizient angeboten wird, kann er nur im Vergleich zu anderen, privaten (freien) Anbietern i.d. Stadt und zwischen den Städten ermitteln. Eine Darstellung der Fachbereichseinnahmen und -ausgaben ohne Hinführung auf eine bestimmte Fragestellung, die die Bürgerschaft diskutieren und beurteilen, entscheiden sollte, führt am Ziel eines Bürgerhaushaltes, der sich mit monetären Leistungen beschäftigen

sollte, vorbei. Dagegen wäre eine Informationsform i.d. Art eines kritischen Zeitungsartikels zu setzen, die ein bis maximal drei kontroverse haushälterische Fragen aufgreift und vom Bürger eine Bewertung von Alternativvorschlägen für Leistungen oder Investitionen abverlangt. Die Alternativen sollten i.d. Finanz-AG, unter Zuarbeit der Kämmerei und Fachverwaltungen, erarbeitet werden. Um Kosten zu sparen, können diese sog. „HaushaltsNachrichten“ als Beilage zum Amtsblatt verteilt werden oder ein ständiger Teil von ihr werden? Die Wirkungsanalyse des Jenaer-BBH durch die Fachhochschule- Jena stützt unseren Änderungsvorschlag. Denn über die offen verteilte Haushaltsbroschüre wurden nur ein Prozent (1%) der Urteile abgegeben, während die Internetabstimmung zu 6,9 % beitrug und 92,1% von den insgesamt abgegeben 2531 Stimmen über die repräsentative Befragung eingeholt werden konnten. Eine starke Begründung die Haushaltsbroschüren nicht mehr einzusetzen.

- Das in der Wirkung beste Instrument für die **Beteiligungs-, Konsultationsphase** ist also die repräsentative Befragung der Bevölkerung, wie der BBH in Jena belegt. Es müssen mit diesem Instrument nicht 15.000 Haushalte, wie in Jena, befragt werden, um die Repräsentativität zu sichern. Auch hier ließen sich Kosten einsparen. Das Ziel des ausgewogenen Meinungsbildes wäre aber anzustreben und deshalb ist dieses Instrument unverzichtbar. Zusätzlich sollte die bisherige offene Internetplattform für ein bestimmtes Zeitfenster in der Konsultationsphase eingesetzt werden. Allerdings darf die Wirkung dieses Instrument nicht überschätzt werden, wie die Jenaer Analyse zeigt. Bei beiden Instrumenten muß die Fragestellung professionell erarbeitet sein.
- In der Vor-**Entscheidungsphase des Rates**, welche Finanzvorschläge der Finanz-AG übernommen oder verworfen oder aufgeschoben werden sollen, schlage wir ein für Erfurt bisher nicht eingesetztes, aber anderenorts bekanntes Instrument vor. Nachdem die Fachverwaltung ihre Stellungnahme zu den Befragungen abgegeben hat und dies breit veröffentlicht und auf der BBH-Website dokumentiert wurde, sollte den Sprechern der AG ein Rederecht im Finanzausschuss eingeräumt werden, um im realen Dialog zum Meinungsbildungsprozess des Rates beizutragen. Demokratie ist wirkliches (und nicht nur virtuelles) reden, überzeugen und dies geht nur in der Arena des

„Parlamentes“, in der neben der Sachlichkeit auch emotional engagiert für oder wider einer Sache gerungen, gestritten wird. Sachentscheidungen basieren hochgradig auf Werthaltungen, Emotionen, wie es die Konsumforschung beweisen kann. Die nicht gewählten Vertreter von diesem Wettbewerb um die besten Argumente im Rat/Parlament auszuschließen, hieße sie nicht ernst zu nehmen, weil doch jedes politisch aktive Individuum lt. Volker Gerhardts in Kapitel I.1. dargestelltem Re-Präsentationsbegriff das Ganze repräsentiert, sofern es sich dem kantischen Universalisierungsgebot unterwirft und seinen subjektiven Standpunkt zugunsten der Verallgemeinerung seiner Handlungsabsicht überwindet. Das Rederecht zeigt den Mitgliedern oder Sprechern der Finanz-AG auf, das sie etwas bewirken können. Die Selbstwirksamkeit schafft demokratische Kultur, sagten wir in Kap.I.3. auf

- Dass die **Rechenschaftslegung** insgesamt verbessert werden muß, zeigten wir bereits in Kap.II.3. Zeitnah, konkret und begründet sollten die BürgerInnen und AG-Mitglieder erfahren, was von ihren Finanzempfehlungen ganz oder nur tlw. umgesetzt, verworfen oder aufgeschoben wurde. Allgemeinplätze wie die, dass rd. 50% der Bürgervorschläge übernommen worden seien, können nicht befriedigen und lassen auch Verantwortlichkeiten nicht erkennen. Diese Informationen sind aber für zukünftige Wahlentscheidungen der Bürger notwendige Grundlage, wenn sich die Gesellschaft aufgrund von politischen Entscheidungen rational weiter entwickeln soll. Mit dem Vorlegen eines qualitativen Rechenschaftsberichtes beginnen die Vorbereitungen zur Informationsphase des „jährlichen BBH“ wieder von neuem usw. usw.
- Über alle Stufen des Verfahrens hinweg, müssen die **Dokumentation und Archivierung** der Protokolle, Beschlüsse, Stellungnahmen etc. wesentlich verbessert werden.

## **2.) Die Einführung weiterer, neuer Instrumente:**

- Als **neues Instrument**, parallel zum überarbeiteten „Jahres-BBH“, sollte die Stadt Erfurt im Rahmen der Nachwuchsförderung für die Parteien, Verbände etc. und auch für den Nachwuchs in der BBH-AG, **Schul-u. Schülerhaushalte** ermöglichen. Vorbild könnten die Schulbudgets der 93 Gymnasien i.d. französischen Region Poitou-Charentes sein. „Das Verfahren umfasst die Verwaltung von 10

Mio. Euro durch Schüler/-innen und kann für kleinere Projekte und Investitionen von max. 150.000 Euro ausgegeben werden (das Gesamtbudget des Schulhaushalts beträgt 110 Mio. Euro).<sup>358</sup> Die De-facto-Entscheidungsgewalt über rd. 10% des Schulhaushalts durch die Schüler- u. Lehrerschaft ist beeindruckend finden wir mit den Autoren der vergleichenden Studie BBH-weltweit.

- Zum Baustein 3 „*Delegation*“ des gemeinsamen Daches der in Kapitel II.4.1 allgemein beschriebenen Bürgerkommune gehörte die Empfehlung bei kommunaler Rahmensteuerung **Stadtteifonds** einzurichten. Damit würde Verantwortung auf Stadtteilebene, dezentrale Einrichtungen und Bürgergruppen übertragen werden, sagten wir. „Die Delegation führt zu erhöhten Anreizen der Bürger, sich an der Planung und Umsetzung lokaler Politik zu beteiligen, weil der einzelne Bürger sieht, dass es auf sein Handeln wirklich ankommt und Trittbrettfahrerverhalten aufgrund größerer sozialer Kontrolle unwahrscheinlicher ist als in größeren Einheiten“<sup>359</sup>, wiederholen wir. Die Ortsteilbeiräte sind bereits das normierte Ergebnis aus dieser Erkenntnis, deren Stärkung durch Erhöhung ihrer Budgets zu Stadtteifonds weiter ausgebaut werden sollte. Dadurch würden stadtteil- oder quartierbezogene Belange stärker Berücksichtigung finden, so unsere Vorstellungen. In Anlehnung an das Bürgerkommune-Konzept des Stadtteils Berlin-Lichtenberg sollte der „Aufbau eines Kooperations- u. Informationsnetzwerkes mit wichtigen Schlüsselpersonen im Stadtteil und stetiger Kontakt in die Verwaltung (Bürgerbüro und Demokratiebüro des *BNW-Erfurt*, E.Ä.)“<sup>360</sup> erfolgen. Die „Mitwirkung bei der Erarbeitung von Maßnahmeplänen von Zielen und Stadtteilprofilen für den Stadtteil... (sowie die; E.Ä.) „Mitarbeit bei der Durchführung eines geeigneten Stadtteilmonitorings...“<sup>361</sup> wären weitere wichtige Aufgaben von **Stadtteilbüros**, **Stadtteilzentren** etc.
- Zusätzlich zum modernisierten „*jährlichen BBH*“ wurde oben die Einführung eines „**Mehrjahres-BBH**“ empfohlen, der inhaltlich in jedem Falle dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) 2020“ folgen muß und damit erheblich zur Zukunftsfähigkeit beitragen könnte. Im Grunde entspricht das den üblichen 5-10 Jahresplänen in der Wirtschaft oder der mittelfristigen Finanzplanung in den

---

<sup>358</sup> Dialog Global: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit..., a.a.O., S.46

<sup>359</sup> J.Bogumil u.a., a.a.O.,S.29

<sup>360</sup> Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Rahmenkonzeption „Berlin-Lichtenberg auf dem Weg zur Bürgerkommune“, Berlin-Lichtenberg 11. Februar 2009,S.14

<sup>361</sup> Ebd.

Kommunen, die u.E. aber den Blick weiten sollte für die o.g. hauptsächlichen gesellschaftlichen Problemstellungen, den erkennbaren Chancen wie Risiken moderner Industriegesellschaften. Die kameralistisch-betriebswirtschaftlich verengte Sicht der Betriebswirtler, Finanzpolitiker oder Haushälter sollte auf die volkswirtschaftlich-soziologisch-politische Perspektive geweitet werden, auch auf der Ebene einer Kommune, so der dahinter stehende Gedanke. Als wirksames Instrument für diese der Zukunft zugewandten Meinungsbildungsprozesse, auch „**Diskurse**“, „**diskursive Verständigung**“ genannt, haben sich „*Runde Tische*“, „*Perspektivwerkstätten*“, „*Planungszellen*“, „*Bürgerforen*“ etc. bewährt. „Diskursive und konsensorientierte Konfliktaustragung bedeutet nicht unbedingt Einigung auf den kleinsten gemeinsamen, meist trivialen Nenner. Es geht vielmehr um eine Konfliktaustragung, bei der die Argumente in aller Klarheit wechselseitig wahrnehmbar und die unterschiedlichen Werte und Interessen explizit dargelegt werden. Häufig enden diese Diskurse mit einem Konsens über den Dissens. In diesem Falle wissen alle Teilnehmer, warum die eine Seite für eine Maßnahme und die andere dagegen ist. Die jeweiligen Argumente sind dann aber im Gespräch gegenseitig auf Schwächen und Stärken hin überprüft worden. Die verbleibenden Unterschiede beruhen nicht mehr auf Scheinkonflikten oder Fehlurteilen, sondern auf klar definierbaren Differenzen in der Bewertung von Entscheidungsfolgen... Die Diskurspartner wissen um die Folgen ihrer jeweiligen Präferenzen mit allen damit verbundenen Unsicherheiten. Das Ergebnis eines Diskurses ist mehr Klarheit, nicht unbedingt Einigkeit“<sup>362</sup>, sagt uns die Wissenschaft.

- Für den mehrjährigen „strategischen *Stadtentwicklungs-BBH*“ schlagen wir nach dieser Aufklärung den Einsatz des Instruments „**Bürgerforum nach dem Modell der Planungszelle**“ vor. Am Ende dieses Dialoges zwischen den Bürgern, Experten (Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden etc.) sowie Politiker und der Verwaltung steht ein „*Bürger-Gutachten*“ mit konkreten Empfehlungen an den Rat einer Stadt oder die Fraktionen des Landtages, um auch die Landesebene nicht aus den Blick für die BBH-Diskussion zu verlieren. Diese Empfehlungen sollten auch in den Festlegungen zu den Schwerpunkten der „jährlichen BBH“ Berücksichtigung. Beide Bürger-Haushaltstypen sind von uns eng verzahnt gedacht! Zur Ausgestaltung des Bürgerforums nach dem Konzept der Planzelle

---

<sup>362</sup> E.Wienhöfer, Unmittelbare Bürgerbeteiligung?- Zum Beispiel Bürgerforen, in: Bürgergesellschaft, Floskel oder Programm, hrsg. von R.Kreibich, Ch.Trapp, Baden-Baden 2002,S.47

nur soviel: „Planungszellen sind...Gruppen von im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgern, die für einen bestimmten Zeitraum von ihren alltäglichen Verpflichtungen freigestellt, Empfehlungen zu Kontroll-, Bewertungs- oder Planungsproblemen erarbeiten sollen. Die Ergebnisse dieser Beratungsprozesse werden von einem neutralen Durchführungsträger in Bürgergutachten zusammengefasst und der Öffentlichkeit sowie den gegebenenfalls vorhandenen Entscheidungsträgern und Auftraggebern vorgelegt.“<sup>363</sup> Am Anfang des Diskurses steht immer die Benennung und Eingrenzung des Beteiligungsprozesses sowie die Auswahl der Experten, die den Informationsinput geben sollen. Eine eminent wichtige Vorentscheidung auf das Ergebnis, wird an dieser Stelle bereits getroffen. Diese Vorentscheidung ist zwischen dem Rat und der Finanz-AG einvernehmlich herzustellen, wird es im Kommunikationsvertrag heißen, so unsere Empfehlung, abgeleitet aus dem Autonomieanspruch der Bürgergesellschaft. Die Zufallsauswahl der sog. „Laien-Gruppe“ im Bürgerforum „...bietet ... eine Gewähr dafür, dass keine Entscheidungen zustande kommen, die einseitige Interessen dienen.“<sup>364</sup> Das die Stichprobe eine geschichtete Zufallsauswahl sein muß, um nicht nur Bürger, sondern auch Wirtschafts-, Arbeitnehmer-u.a. Verbandsvertreter zu berücksichtigen, darauf sei hier nur hingewiesen. Die „Stakeholder-Gesellschaft“ der Stadt sollte repräsentativ vertreten sein. „Der aufgabenorientierte Gruppenprozess des Bürgerforums stellt mit seinen Informations- und Entscheidungsvorgängen erhebliche Anforderungen an den einzelnen Teilnehmer. Dieser muss z.B. kontinuierlich anwesend sein. Deshalb wird er in Analogie zur Teilnahme sachkundiger Bürger (Experten; E.Ä.) an kommunalen Gremien für seine der Allgemeinheit zugute kommenden Leistungen vergütet“<sup>365</sup>, was das Instrument teuer macht, aber die freistellenden Arbeitgeber auch entlastet. Dagegen stehen Einsparungen für externe Gutachten, die für viel Geld nur Standardweisheiten in portionierten Textblöcken über die Republik verteilen. Das auch Kosten gespart werden können, wenn eine straffe Ablaufplanung gewährleistet wird, gut vorbereitete Vorträge gehalten und professionelle Materialien eingesetzt werden etc., das sind Erkenntnisse, die wir nicht vertiefen müssen. Beispiele gelungener Bürgerforen gibt es genug und sie befassten sich mit Themen wie der „Biotechnologie/Gentechnik“, „klimaverträglichen Energieversorgung“, „Standort-

---

<sup>363</sup> E.Wienhöfer, a.a.O., S.54

<sup>364</sup> E.Wienhöfer, a.a.O., S.56

<sup>365</sup> E.Wienhöfer, a.a.O., S.55

auswahl für Abfallversorgungsanlagen“, „Zusammenleben mit Ausländern“, „Planungen von Wohngebieten o. neuen Verkehrssystemen“, „wirtschaftliche oder soziale Strukturfragen“ etc.<sup>366</sup>

**3.) Die Wiedererweckung des „BBH-Netzwerk Thüringen“:** Das die Vernetzung eine wichtige Erfolgsbedingung zur Erreichung einer „*demokratischen Kultur*“ ist, haben wir in Kap. II.4.1 gesagt. Das gilt auch für jede inhaltliche Fachebene diverser Projekte, wenn sie erfolgreich arbeiten wollen. Insofern verwundert es nicht, dass wir empfehlen das „Netzwerk BBH-Thüringen“ zu reanimieren. Thüringen ist das erste und bislang einzige Land, das ein Ländernetzwerk-BBH hat. „Mit dem Thüringer Praxisnetzwerk verbinden sich drei Ideen. Zum ersten ganz einfach: wenn Jena es macht, hört Erfurt nicht auf- ein sportlicher Ansatz. Zum zweiten ist ein ‚bench learning‘ der Kommunen miteinander unter den Thüringer Bedingungen angestrebt, um den Bürgerhaushalt dort weiter zu qualifizieren. Lassen sich zudem aus den Erfahrungen aller Kommunen verallgemeinerbare Ergebnisse ableiten, kann mit mehr Gewicht auf die Thüringer Landesregierung zugegangen werden um künftig ggf. in Satzungen und Gesetzen auf diese Erfahrungen zu reagieren. Es können aber auch drittens kosteneffizient gemeinsame Infrastrukturen wie z.B. die Einführung einer E-Partizipationsplattform oder ein Grundgerüst von Evaluationskriterien erarbeitet werden.“<sup>367</sup> Gute Zielsetzungen, denen wir nichts hinzuzufügen haben, aber die widerständige Praxis will nicht immer so, wie es eine evtl. praxis-oder lebensweltferne Theorie empfiehlt. Warum das so ist, darüber wurde auf dem bundesweiten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt in Eisenach am 02. Februar 2011 diskutiert. „Ernüchterung sei bei den BBH in Mitteldeutschland eingetreten“, berichtete ein Referent, der Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V., Dr. Marco Schrul, auch Vorsitzender des Finanzausschusses in Jena. U.E. liegt es meistens am Fehlen weniger Personen oder gar nur einer Person, die klug, engagiert und ausdauernd so ein Projekt vorantreibt. Ferner könnte ein Vorschlag aus der Diskussionsrunde ein Hinweis geben, woran es bei den BBH mangelt und stärkeres Mittun verhindert. Sinngemäß wiedergegeben: „Wir sollten das Finanzinteresse über Verknüpfungen mit anderen Interessen herstellen“! Das diese richtige Idee hier nachgewirkt und zum „*Stadtentwicklungs-BBH*“ geführt hat, ist nicht zu leugnen. Das

---

<sup>366</sup> E.Wienhöfer, a.a.O., S.59-64

<sup>367</sup> J.Ahlke, Bürgerhaushalte in Deutschland..., a.a.O., S.3

dieses vernetzt auch auf der Landesebene getan werden sollte, damit die „Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit“ in vielen Kommunen gleichgerichtet, aber nicht gleichgeschaltet, verläuft, kann nur empfohlen werden. Gleichgerichtet zu arbeiten heißt eben nicht Ergebnisgleichheit anzielen zu wollen, um Missverständnissen vorzubeugen. „Es führen viele Wege nach Rom“, heißt es im Volksmund und beim Einsatz der Mittel, von Instrumenten zu standardisieren, um effizienter die selbst gesetzten Ziele zu erreichen, heißt richtig, rational zu handeln. Vernünftige Menschen tun dies auf ihrem Weg zur (kantisch orientierten) Weltbürgergesellschaft! Der Kant-Freund und Soziologe Ralf Dahrendorf bringt unser Leben auf den Punkt: „Konflikt ist die Quelle des Fortschritts zur Zivilisation und am Ende zur Weltbürgergesellschaft.“<sup>368</sup> Möge dieser Konflikt zivilisiert, nach vereinbarten Regeln also, ablaufen. Die hier vorgelegte Konzeption einer partizipativen Demokratie in einer zukunftsfähigen Bürgerkommune möge der Konfliktregelung dienen, so unsere Absicht und Hoffnung.

### **III. Die Umsetzung der Konzeption und Anschubfinanzierung mithilfe des Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz (LAP-Lokale Aktions-Pläne)**

Während eines am 09. 05.2011 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Seminars zu „Mitwirkungsmöglichkeiten in Lokalen Aktionsplänen (LAP), wurden wir darauf aufmerksam gemacht, das die Möglichkeit besteht, die hier unterbreitete, neue Bürgerbeteiligungskonzeption im Rahmen des Thüringer Landesprogramms zur Stärkung der Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz fördern zu lassen. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt in Thüringen kann in der Förderperiode 2011-2013 beim Sozialministerium des Landes einen Antrag zur Implementierung von „lokalen Aktionsplänen“ stellen. „Die Förderung durch Landesmittel beträgt bis zu 50.000 €. Ziel ist die Etablierung einer langfristigen und kontinuierlichen Arbeit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten“<sup>369</sup>, heißt es im Programm. „Die Kommune ist .. der entscheidende politische Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

---

<sup>368</sup> R.Dahrendorf, (1994), a.a.O., S.282

<sup>369</sup> Freistaat Thüringen, Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Erfurt 2010, S.19 ( vgl. [http://www.thueringen.de/imperia/md/content/kostg/thueringer\\_landesprogramm\\_fuer\\_demokratie\\_toleranz\\_und\\_weltoffenheit.pdf](http://www.thueringen.de/imperia/md/content/kostg/thueringer_landesprogramm_fuer_demokratie_toleranz_und_weltoffenheit.pdf) ); auf der o.g. FES-Veranstaltung wurde abweichend zur Internetauskunft ein Förderbetrag von insgesamt 100.000 € für den Antragsteller Kommune genannt, die über die Förderperiode von 3-4 Jahren zur Auszahlung kommen können.



gelebt wird. Kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für ein solches Handeln zu befähigen, ist ein zentrales Ziel des Thüringer Landesprogramms“, heißt es weiter. Gegen ein demokratiefeindliches, intolerantes, extremes Verhalten im Namen welcher Ideologie auch immer, setzt das Programm auf „...die Aktivierung und Unterstützung der Zivilgesellschaft..., die Entwicklung und Förderung partizipativ-demokratischer und pluraler Alltagskulturen sowie die gezielte Förderung präventiver Maßnahmen in Erziehung, Bildung und Ausbildung...Die Prävention ist.. Kernanliegen dieses Landesprogramms. Prävention... soll die Menschen in Thüringen befähigen, demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln, zu festigen und weiterzugeben. Wir sind davon überzeugt, dass Prävention letztendlich die effektivste und wirksamste Form der Bekämpfung von demokratiefeindlichem Gedankengut und daraus resultierenden Verhaltensweisen ist.“<sup>370</sup> Alle sind gefordert, „... alle Bürgerinnen und Bürger als Teil der Zivilgesellschaft und Eltern und Erzieher, Lehrer und Jugendarbeiter, Schulen und Universitäten, Jugend- und Sportverbände, Parteien und Politiker, private und staatliche Institutionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Sozialpartner und die Medien.. . Der Schutz von Demokratie und Freiheit beginnt mit dem Schulterchluss der Demokraten.“<sup>371</sup>

„Zentrale Orte für eine erfolgreiche Prävention sind die Familie, die Kindertageseinrichtungen, die Schulen und Hochschulen, die außerschulische Jugendarbeit, die Erwachsenenbildung, die Arbeit mit Senioren und ganz allgemein die Zivilgesellschaft. Darüber hinaus kommt den Kommunen besondere Bedeutung beim Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu“<sup>372</sup>, sagt das Programm konsequent und richtig weiter. Neben der bisher geleisteten, guten Arbeit durch „...die vielen lokalen und kommunalen Initiativen, Bündnisse, Runden Tische, Kriminalpräventiven Räte, Lokalen Aktionspläne usw....“<sup>373</sup>, die gegen die rechts-, links- u. islamistischen Gefährdungen unserer Demokratie auftreten, verweist das Sozialministerium, wie wir in Kapitel I.2. und II.2. (Demokratie- u. Legitimationskrise), auch auf die belegten Defizite unserer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. „In weiten Teilen der Thüringer Gesellschaft können Hinweise auf eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der Politik und ihren Institutionen, den Parteien und dem politischen Personal nachgewiesen

---

<sup>370</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.3

<sup>371</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.4

<sup>372</sup> Ebd.

<sup>373</sup> Ebd.

werden....Außerdem zeigt sich ein deutlicher Rückgang der konventionellen politischen Partizipation (Wahlbeteiligung) und nachlassende Bereitschaft, sich in gesellschaftlich relevanten Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen) zu engagieren. Die grundsätzliche Unterstützung der Idee der Demokratie oder der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung ist von diesen Tendenzen aber kaum betroffen, lediglich die Bewertung der demokratischen Praxis leidet darunter“<sup>374</sup>, sagten wir schon in der Vorrede und im Kapitel II.2 mit Belegen aus der empirischen Demokratieforschung.

Dem kann das hier vorgelegte Reformkonzept entgegenwirken helfen! Es umfasst die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Lehrern, z.B. mit den vorgeschlagenen Schul- u. Schülerhaushalten. Ebenso die Einbeziehung div. Vertreter, Akteure gesellschaftlicher Organisationen (Stakeholdergesellschaft) in die Stadtentwicklungsplanungen und den finanziellen Auswirkungen von Handlungsalternativen, die Erwachsenenbildung zur Fortbildung der Bürger in Fragen der (alternativen) kollektiven Gesellschaftsgestaltung, der Finanz- u. Wirtschaftskompetenz, der privaten Lebensführung etc. in der VHS oder anderen Lernorten. „Die frühe Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen wie emotionale Ausgeglichenheit, Empathie, ein gesundes Selbstwertgefühl, Konfliktfähigkeit, Offenheit und Wissensdrang sind daher auch aus diesem Zusammenhang heraus eine wichtige Aufgabe der Erziehungsverantwortlichen, der Eltern, der Kindertageseinrichtungen, der Schulen und der Jugendarbeit. Aufklärung und Wissensvermittlung, Mitgestaltung und Miterleben, gemeinsames Lernen und Erfahren, die Anerkennung von Vielfalt und Verschiedenheit und damit Wertebildung gehören ebenso dazu, wie die deutliche Grenzziehung zu antidemokratischen und menschenverachtenden Positionen“<sup>375</sup>, um die Lernziele genauer zu benennen und die wir natürlich mit der Dewey’schen Demokratie- u. Erziehungskonzeption im Einklang befindlich erkennen. Dass die Medien als kritische Unterstützer und Informationsvermittler einbezogen werden sollen, müssen wir angesichts der Aufgabe des Reformzieles für das zu gründende, unter II.4.1 beschriebene *Bürger Netzwerk* in Erfurt nicht besonders betonen.

Das die Lernziele für die verschiedenen Handlungsfelder in der Schule, außerschulischen Jugendarbeit, Erwachsenenbildung noch auf die Feinziele mit ihren

---

<sup>374</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.7

<sup>375</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.8

Mittel-Zeitplänen herunter gebrochen werden müssen, versteht sich von selbst und kann nicht Gegenstand dieser Arbeit sein, die ja „nur“ Rahmenaussagen machen will. Gegen die aufgezeigte Politik-, Parteienverdrossenheit kommt „der politischen Bildung ... im Rahmen dieses Landesprogramms eine besondere Bedeutung und ein besonderes Gewicht zu“<sup>376</sup>, zitiere wir zustimmend das Landes-Programm. Die Bedeutung dieses Lernfeldes ist deutlicher als bisher hervorzuheben und muss sich in einer entsprechenden Ausstattung mit Ressourcen und der Entwicklung von inhaltlich sowie didaktisch-methodisch zielführenden Programmen und Lernarrangements ausdrücken. Dabei gewährleistet die Vielfalt der Träger und Konzepte ein breites Spektrum an Lernmöglichkeiten. Politische Bildung ist als lebenslanger Prozess zu verstehen, der alle Altersgruppen – Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Erwachsene, Senioren - im Blick hat und Lernangebote für spezifische Zielgruppen bereitstellt. Antidemokratische Einstellungen sind kein Jugendphänomen, sondern in allen Altersgruppen zu finden<sup>377</sup>, ist auch die praktische Lebenserfahrung der jungen und reiferen Autoren dieser Studie. „Zur Sicherstellung der Qualität der Bildungsangebote ist auf langjährige Erfahrung im Themenfeld Demokratieförderung, auf einheitliche Qualitätsstandards und auf Kontakt zur bundesweiten Fachdebatte zu achten“<sup>378</sup>, sagt das Programm und soll hier auf dem Weg in die „zukunftsfähige Bürgerkommune“ durch Einbeziehung der Universität, Fachhochschule und der Volkshochschule Erfurt bei der Erarbeitung der Fein-Curricular beachtet werden.

Als Antragsteller für einen LAP kommt nur die Kommune, mit einem federführenden Amt, das die „*Koordinierungsstelle*“ bildet, in Frage. Mittelempfänger können nur Vereine oder andere gemeinnützige Organisationen, wie z.B. das neue *Bürger Netzwerk-Erfurt* sein, so unsere Mitschrift im o.g. Seminar. Ein „*Begleitausschuss*“, in dem die Kommune und alle relevanten Akteure der Zivilgesellschaft vertreten sind, steuert und evaluiert die Ziele des LAP. Wenn der Rat und die Verwaltung der Stadt Erfurt nach intensiver Diskussion die hier vorgelegte Konzeption mittragen, ihr also zustimmen, dann ist die Schaffung dieser LAP-Strukturen nur noch Handwerk, so meinen wir. Ebenso wären zusätzliche Förderungs-möglichkeiten für evtl. Haupt- u. Teilzeitstellen aus dem sog. „Topf der Arbeitsmarktförderung“ zu ermitteln, obwohl dieser Titel gerade massiv gekürzt wird, wie den TV-Nachrichten und der

---

<sup>376</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.12

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> Freistaat Thüringen..., a.a.O., S.22

schreibenden Presse zu entnehmen ist<sup>379</sup>. Als Kostenschätzung können bislang zwei Zahlen benannt werden. In Jena ist lt. dem Kämmerer der Stadt für den BBH eine Kostenstelle mit 70 T€ eingerichtet worden und für das Bürgerbüro in Potsdam werden 40 T€ veranschlagt<sup>380</sup>. Für das hier vorgelegte Konzept gehen wir deshalb von einem Mittelwert, also von 55 T€ aus. Dagegen wird in Erfurt für den stark verbesserungsbedürftigen BBH z.Zt. nur 2 T€ ausgegeben. Qualität hat ihren Preis bestätigt sich auch hier wieder einmal, obwohl der Fairnisshalber gesagt werden muß, dass für diesen „billigen BBH“ eine beachtliche Leistung von dem Verantwortlichen im Stadtentwicklungsamt erbracht wird.

**IV. Umsetzungs- und Maßnahmenplanung.** Auch hier nur wieder Rahmenaussagen, die im Diskussions- u. Umsetzungsprozess laufend verfeinert und um einen Zeitplan ergänzt werden müssen. Wir orientieren uns an der Stadt Potsdam auf ihrem Weg in Richtung Bürgerkommune<sup>381</sup>:

1. Beschluss des Rates der Stadt und Erklärung des Oberbürgermeisters zum *Grundkonsens* als Grundlage für das Konzept der „zukunftsfähigen Bürgerkommune Erfurt“ (vgl. Anlage 2, eine Ratsbeschlussempfehlung)
2. Öffentlicher Aufruf zur Gründung des „*Bürgernetzwerk(BNW) Erfurt*“ und Einberufung einer „*verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung*“, zur Erarbeitung des Kommunikationsvertrages mit dem BNW sowie Antragstellung und Koordinierung des LAP.
3. Einrichten des o.g. „*Demokratie-u.Bürgerbüros*“. Schaffung der Kommunikationsstrukturen und Vorbereitungen treffen für die Ingangsetzung der notwendigen Instrumente zu den drei Beteiligungsrollen sowie Auswahl der ersten Projekte aus dem ISEK 2020 für den strategischen Bürgerbeteiligungshaushalt ab 2013.
4. Schaffung des „*Online-Beschwerdemanagements*“ und ganzjährig geöffnetes „*Internetforum*“ zur Abgabe von Vorschlägen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie Änderung der vorhandenen „*BBH-Dialog-Plattform*“ nach Abstimmung mit dem Ländernetzwerk BBH-Thüringen.
5. Einrichten von „*Schul- und Schülerhaushaltsfonds*.“
7. Erweiterung der Aufgaben der Ortsteilbeiräte mittels „*Stadtteillfonds*.“

---

<sup>379</sup> Vgl. u.a. [www.zeit.de/politik/deutschland/2011-06/gruendungszuschuss-kuerzung](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-06/gruendungszuschuss-kuerzung) und [www.zeit.de/politik/deutschland/2010-12/sozialer-arbeitsmarkt-hartz-iv](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-12/sozialer-arbeitsmarkt-hartz-iv)

<sup>380</sup> Vgl. Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:, a.a.O.,S.9

<sup>381</sup> Bürgerbeteiligung. Ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung:, a.a.O.,S.19f.

8. Durchführung von „*repräsentativen Bürger-u.Haushaltsbefragungen*.“
9. Diskussion von „*Aufgabenübertragungen*“ in der kreativen Bürgerschaft.
10. Durchführung von „*qualitativen Dialogveranstaltungen*“ zu spez. und langfristig wirkenden Beteiligungsprojekten der Stadt Erfurt ( z.B. Zukunftskonferenzen, Perspektivwerkstätten zur Klima-und Energiewende, einem Verkehrswegeplan, der Demographie-Entwicklung und den zu ziehenden Konsequenzen daraus oder der BUGA-Bewerbung oder dem Bau des Steigerwaldstadions usw., usw.)
11. Regelmäßige Evaluation durch beauftragte Lehrstühle von der Fachhochschule oder Universität Erfurt oder andere Institute. Ob eine Pretestphase in besonderen Stadtteilen durchgeführt werden sollte, ist mit der bestellten Wissenschaft und o.g. Büros (Arbeitsgruppen) zu eruieren.

Erfurt, den 15.04.2012

#### **Anlagen:**

**Anlage 1: Typologie der Bürgerbeteiligungshaushalte-weltweit**

**Anlage 2: Ratsbeschlussempfehlung (Zusammenfassende Darstellung)**

**Anlage 3: Die Bausteine einer zukunftsfähigen Bürgerkommune**

**Anlage 4: Erfolgsfaktoren für eine demokratische Netzwerkbildung**